Morgenausgabe

Nr. 559
A 284
44. Jahrgang

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.— Reichsmark, voraus zahlbar. Unter Streifband im In- und Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts", mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Zeit" sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen", „Aus der Filmwelt", „Stadtbeilage", „Frauenstimme", „Der Kinderfreund", „Jugend-Vorwärts", „Blick in die Bücherwelt", „Kulturarbeit" und „Technik" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Sonnabend
26. November 1927

Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einspaltige Nonpareillezeile 80 Pfennig. Reklamezeile 5.— Reichsmark. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pfennig (zulässig zwei fettgedruckte Worte) jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellengesuche das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt-Zeile 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Zeile 40 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292—297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37 536 — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65 Diskonto-Gesellschaft, Depositenkasse Lindenstr. 3

Faschistendämmerung in Litauen.

Verhandlungen mit der Linken. — Die Kriegsbefürchtungen.

Kowno, 25. November. (Eigenbericht.)

Die außenpolitische Lage Litauens und die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse scheinen jetzt die Machthaber davon überzeugt zu haben, daß ihre faschistischen Methoden auf die Dauer weder nach der einen noch nach der anderen Seite hin zu irgendeinem Erfolge führen können. Man ist deshalb bestrebt, einen Ausgleich mit den anderen Parteien zu finden und eine Umbildung der Regierung in demokratischer Richtung herbeizuführen. Als Ministerpräsident wird der Gouverneur von Memel, Oberst Merkys, genannt. Im Zusammenhang mit diesen Bestrebungen sind in den letzten Tagen aus dem Konzentrationslager von Warna auch eine Anzahl politische Gefangene entlassen worden.

In der vergangenen Nacht wurden in Kowno Proklamationen verbreitet, die in Wilna gedruckt worden sind und die zum bewaffneten Aufstand gegen das Woldemaras-Regime auffordern.

*

Es ist mit einem Male viel die Rede von einem bevorstehenden Einmarsch bewaffneter litauischer Flüchtlinge mit polnischer Unterstützung von Wilna aus nach Litauen und von der Absicht der polnischen Machthaber, also Pilsudskis, die dann eintretenden Kämpfe in Litauen zur Besatzung und Annexion dieses Landes auszunutzen. Militärisch wäre das leicht möglich: die Heereskräfte Polens können mit denen eines Ländchens von kaum zwei Millionen leicht fertig werden. Es heißt nun sogar, daß litauische Offiziere selbst die Diktatur stürzen wollen.

Im Wilnagebiet haben viele Litauer, die nach dem Tauroggener Aufstand vor dem weißen Schrecken der Putschregierung Smetona-Woldemaras geflüchtet waren, Asyl gefunden. Auf dem Rigaer Flüchtlingskongreß sind Vertreter dieser Wilnaflüchtlinge dafür eingetreten, die litauische Nationalforderung nach Rückgabe des gewaltsam, vertragswidrig durch Polen (Zeligowski-Offensive) geraubten und alsbald annektierten Wilna zunächst mal aufzugeben und statt dieser ständigen Kriegsdrohung lieber unter Verzicht auf Wilna Freundschaft mit Polen zu schließen. Den Befürwortern dieser Politik ist enge Verbindung mit Polen, geradezu Polendienst nachgesagt worden, die anderen verließen den Kongreß und haben gegen die Wilnaverzichtler, soweit sie der litauischen Sozialdemokratie angehören, das Tischtuch zerschnitten.

Neue Nahrung haben die Einmarschgerüchte, die besonders von Moskau her verbreitet werden, in der demonstrativen Reise Pilsudskis nach Wilna und seinen dort abgehaltenen Besprechungen mit Generälen, schon einem Kriegsrat ähnlich, gefunden. Moskau zeigt sich ängstlich besorgt um die Weiterexistenz Litauens, mag es auch von Faschisten beherrscht werden, die die Kommunisten auf das brutalste verfolgen; aber solche Zustände sind für Moskau kein Grund gegen Freundschaft — mit England ganz und mit Frankreich dreiviertel verkracht, steht es mit Mussolini recht gut. Danach könnte Moskau gute Freundschaft auch mit Polen halten, wo man nicht nur auf das Parlament pfeift, sondern wo kommunistische Stimmzettel nichts gelten, wo kommunistische Zeitungen, Vereine und Versammlungen einfach verboten sind und kommunistische Agitation mit schwerster Strafe, sogar mit dem Tod von Polizistenhand bedroht ist; aber natürlich sind Rußland, da man aus seinem früheren Machtgebiet Nationalstaaten gemacht hat, möglichst viele kleine und schwache Stäätlein lieber als ein noch mehr vergrößertes Polen. Es ist aber nicht recht einzusehen, was Polen nach dem Besitz Litauens streben lassen sollte. Polen hat bereits weite nichtpolnische Gebiete im Besitz, noch dazu Weißrussen und Ukrainer, die in Polen Minderheitsvölker mit all den Fatalitäten dieses Rechtszustandes sind, daneben aber ihre Volksgenossen in eigenen Sowjetrepubliken national frei leben sehen. Da diese Völker aus Bauern bestehen, kann die Sowjetverfassung sie nicht abstoßen — im Gegenteil: in der Sowjetunion durften sie das Herrenland besetzen, in Polen nicht. Zu den nichtpolnischen Völkern sollte sich Polen auch noch die Litauer aufhalsen? Und was für Reichtümer böte das Litauerland? Holz hat Polen selbst genug. Oedland auch und ans Meer reicht Litauen nur ganz knapp; sonst freilich höchstens im Memelland, und das würde Polen, selbst wenn die Großmächte ihm Litauen gönnten, schwerlich auch noch schlucken können. Polen selbst, das auf der letzten Völkerbundstagung den allgemeinen Nichtangriffspakt vorgeschlagen hat, wird von seinem alten Gönner Frankreich, zumal solange Briand dessen Außenpolitik leitet, sicherlich zum Friedenhalten gedrängt, selbst wenn es andere Absichten hätte. Dies aber erscheint unwahrscheinlich schon aus folgender Erwägung:

Für die Wiederherstellung und Erhaltung eines selbständigen Polens, besonders für die Abtrennung Kongreßpolens mit seiner ganz auf den Bedarf des industriearmen weiten Rußland eingestellten Industrie hat es wirtschaftliche Gründe nicht gegeben; Polens Existenzgrund ist nichts anderes als das — von uns Sozialisten immer betonte — Recht jeden Volkes auf nationale Selbständigkeit. Nimmt jedoch Polen den Litauern ihre Staatlichkeit, so verneint es damit die Berechtigung seiner eigenen!

Die Besprechung Litwinow-Stresemann.

WTB. meldet: Der stellvertretende Volkskommissar der Sowjetregierung, Herr Litwinow, hat gestern mittag dem Reichsaußenminister seinen Besuch gemacht. Wie wir hören, sind bei dieser Gelegenheit die laufenden politischen Tagesfragen besprochen worden. Neben der Abrüstungsfrage kamen dabei auch andere, die beiden Ländergemeinsam interessierenden Fragen, wie besonders die Frage der litauisch-polnischen Beziehungen zur Erörterung. Litwinow gab dem Reichsaußenminister Kenntnis von der in Warschau überreichten Antwortnote, in der diese ihren Besorgnissen über die litauisch-polnische Spannung und über die sich daraus möglicherweise ergebenden Gefahren Ausdruck gegeben hat. Es bestand Uebereinstimmung darüber, daß es im allgemeinen Interesse dringend wünschenswert ist, jede Störung der friedlichen Entwicklung zu vermeiden und allseitig die Bemühungen auf die baldige Behebung der bestehenden Schwierigkeiten zu richten.

Immer wieder Wilna.

Kowno, 25. November.

Zur Feier des neunjährigen Bestehens der litauischen Armee brachte der offiziöse „Lietuvis" einen Begrüßungsartikel, der mit dem Wunsch schloß, daß Litauens Krieger bald das Banner Litauens auf die alte Burg Gedimins in Wilna tragen möchten. Großfürst Gedimin, unter dem Litauen im Mittelalter eine gebietende Stellung in Osteuropa einnahm, wird als Nationalheld verehrt.

Was kostet uns Herr Dr. Schacht?

Berlin unter Anleihesperre. — Stillegung von Bauten. — Wachsende Erwerbslosigkeit.

Nur wenige werden wissen, daß die Abdrosselung der kommunalen Kredite, die der Reichsbankpräsident in seiner Bochumer Skandalrede noch einmal bekräftigt hat, sich bereits seit längerer Zeit in allen Großstädten und insbesondere in Berlin auf das gefährlichste fühlbar macht. Um das zu verstehen, muß man bedenken, daß Berlin damit rechnen durfte, die zur Erweiterung seiner städtischen Betriebe unumgänglich notwendigen Mittel im Laufe des Etatsjahres aus Anleihen hereinzubekommen. Die Gesamtsumme von 175 Millionen sollte in zwei Posten von 100 und 75 Millionen zur Zeichnung aufgelegt werden.

Alle kommunalen Betriebe begannen daraufhin mit den unaufschiebbaren Arbeiten, von denen die wichtigsten der Ausbau des Schnellbahnnetzes, insbesondere der Strecken Neukölln—Gesundbrunnen und Frankfurter Allee, sowie die Erweiterung der Licht-, Wasser- und Kanalisationsanlagen waren. Es handelt sich im einzelnen um folgende Summen:

Brücken- und Kanalbauten	8,3 Mill.
Nordsüdbahn	18,3 „
G.-R.-Bahn	47,8 „
Untergrundbahn Lichtenberg	37,5 „
Straßenbahn	20,0 „
Fleischgroßmarkthalle	3,0 „
Kanalisation	10,0 „
Wasserwerke	10,0 „
Stadtfuhrpark	1,0 „

Dazu kommen die im Etat 1927 noch nicht vorgesehenen, sehr erheblichen Mittel (etwa 67 Millionen) für den Ausbau der Elektrizitätswerke.

Kein Mensch wird sagen, daß eine einzige dieser Arbeiten auch nur den Verzug von einigen Monaten vertragen habe.

Herr Dr. Schacht, der in der angenehmen Lage ist, keines der öffentlichen Verkehrsmittel von Berlin in Anspruch nehmen zu brauchen, wird immerhin genügend über die Verkehrsverhältnisse Berlins orientiert sein, um zu wissen, daß die Ueberfüllung von Straßenbahn und Omnibus den sofortigen Ausbau des Schnellbahnnetzes zur Notwendigkeit macht, wenn wir nicht in den nächsten zwei, drei Jahren zu **ganz unhaltbaren Zuständen** kommen wollen. Er wird auch nicht wollen, daß die städtischen Elektrizitätswerke eines Tages die Angliederung von Neuanschlüssen ablehnen oder großen Teilen der Industrie die Lieferung von **Strom sperren** müssen, weil ihre Betriebe der erhöhten Beanspruchung nicht mehr gewachsen sind. Die Berliner Elektrizitätswerke haben augenblicklich die phantastische Zahl von 800 Neuanschlüssen täglich zu erledigen. Ist es da ein Wunder, daß sie einen durchschnittlichen Jahresbedarf von mindestens 60 Millionen für den Ausbau ihrer Anlagen haben müssen, um dieser sich überstürzenden Entwicklung einigermaßen gerecht zu werden? Kann irgendein Zweifel darüber bestehen, daß sich dieses Anlagekapital geradezu glänzend verzinsen wird?

Jedenfalls mußten diese Arbeiten unverzüglich begonnen werden und sie sind begonnen worden. Die Kosten wurden — in der sicheren Erwartung der künftigen Anleihe — zunächst auf schwebende Kredite übernommen. Die erste Anleihe kam; sie wurde durch die „Beratungsstelle von 100 auf 70 Millionen zusammengestrichen — ein Musterbeispiel bureaukratischer „Streichtechnik", wenn nicht etwa auch hier schon der Wille nach einer möglichst starken

Erschwerung der öffentlichen Wirtschaft

maßgebend war. Die Werke mußten natürlich weiterbauen, trotz dieser unnützen Kürzung der ersten Anleihe, weil eine vorübergehende Stillegung begonnener Bauten ganz unverhältnismäßig hohe Kosten verursacht. Berlin wollte nun gerade jetzt die zweite Anleihe in Höhe von 120 Millionen begeben — da tritt die völlige Sperre ein.

Erfolg: Berlin trägt ein Jahr lang die Last ungezählter Millionen aus kurzfristigen Krediten mit sich herum,

auch wenn es sich angesichts der neuen Sachlage zu den einschneidendsten Maßnahmen entschließt. Der unnötig hohe Zinsendienst zählt natürlich auch nicht nach Tausenden, sondern nach Millionen, die durch die Aufnahme einer Anleihe erspart werden könnten.

Nun setzen aber die indirekten Wirkungen ein. Berlin mit seiner geordneten Etats- und Finanzwirtschaft, die das unverminderte Vertrauen auch des Auslandes besitzt, ist durch die plötzliche Anleihesperre auf einmal in seiner Liquidität bedroht. Alle verfügbaren Mittel müssen für die Fortführung der Bauten bei den werbenden Betrieben eingesetzt werden, die eigentlich aus Anleihemitteln finanziert werden sollten. Weitere Mittel sind nicht vorhanden. So erfolgt zwangsläufig die

Sperrung derjenigen Bauten, die aus laufenden Etatsmitteln errichtet werden sollten.

Es ist bekannt, daß angesichts dieser Notlage der Magistrat den Beginn aller noch nicht angefangenen Bauten, — auch der im Haushaltsplan bereits genehmigten — für dieses Jahr gesperrt hat. Weil Herr Dr. Schacht also die Mittel für produktive Bauten aus Anleihen nicht freigeben will, müssen die „unproduktiven" Bauten notgedrungen stillgelegt werden. Es handelt sich dabei natürlich in erster Linie um

Schulen und Krankenhäuser.

Sowohl in Moabit wie im Friedrichshain können die dringend notwendigen neuen Pavillons nicht in Angriff genommen werden. **Aber was kümmert einen Reichsbankpräsidenten die Erziehung der Jugend, die Gesundheit der Bevölkerung!** Die Ausgaben dafür gehören offenbar zu jenen „Luxusausgaben" der Städte, gegen die er in seiner Bochumer Rede vom Leder zieht. Wir aber, die wir besser zu rechnen gewohnt sind als ein Reichsbankpräsident mit Untertassenhorizont, wir wissen, daß die „Er-

sparnisse" auf diesen Gebieten die Stadt und die Allgemeinheit ungezählte Millionen kosten. — Aber die mangelnde Liquidität der Stadt greift nun auch schon weiter.

Die ersten Arbeiterentlassungen bei den Bauten am Hermannsplatz gaben das Alarmsignal.

Man spricht von der „vorläufigen" Entlassung von 500 Arbeitern, die notwendig geworden ist, weil kein Geld mehr für die Fertigstellung der dort begonnenen Bauten flüssig ist. Die Arbeiten am Hermannplatz müssen eingestellt werden — kann man sich einen größeren Widersinn denken? — weil der Stadt Berlin die Mittel zur Fortführung durch den Starrsinn eines einzigen Mannes verweigert werden! Weitere Stillegungen sind bei Fortdauer der Kreditverweigerung unvermeidlich. Das bedeutet natürlich nicht nur Arbeitslosigkeit dieser 500 oder 1000, das bedeutet vielmehr Arbeitslosigkeit, Arbeiterentlassungen bei den Werken, die bisher hierfür lieferten, bei den Betrieben, die das Material transportierten. Das bedeutet also:

Steigerung der Erwerbslosigkeit in Berlin, Steigerung der Wohlfahrtsausgaben.

Sind das auch „Luxusausgaben", Herr Reichsbankpräsident, die die Stadt dann nach Ihrem Willen zu leisten hat?

Und weiter ziehen sich die Kreise. Berlin hat gleichzeitig mit der zweiten 120-Millionen-Rate für seine Werke eine Auslandsanleihe von 150 Millionen für Wohnungsbauten beantragt. Die „Beratungsstelle", die darüber zu entscheiden hat, läßt es gar nicht erst zur Entscheidung kommen, sie hat sich einfach bis ins Unbestimmte hinein „vertagt". Nachdem das teure Haberland-Projekt durch den Widerstand der sozialdemokratischen Fraktion zum Scheitern gebracht ist, wartet ganz Berlin mit gespannter Aufmerksamkeit auf das Zustandekommen eines billigeren, mit städtischen Mitteln finanzierten großen Planes.

Der Reichsbankpräsident hat Zeit. Die Wohnungsnot der Tausenden drückt ihn nicht.

Die Beschäftigung der Arbeiterschaft durch den Wohnungsbau, die Beschaffung von Wohnräumen für die wohnungslose Bevölkerung sind für ihn keine „Zahlen", die er in Rechnung stellt. Uns aber kostet der Eigensinn dieses Mannes den unwiederbringlichen Verlust von Tausenden von Wohnungen für die allernächste Zeit. — Ja, noch mehr: auch den

Verlust des Bodens,

auf dem billige Wohnungen erstehen könnten. Mit einer hämischen Geste hat der Reichsbankpräsident in seiner Bochumer Rede auf den „Ankauf von Gütern" verwiesen. Er meint damit ganz offensichtlich die Stadt Berlin, und er bezeichnet solche Ankäufe ausdrücklich als „Luxusausgaben". Glaubt Herr Dr. Schacht wirklich — oder will er es einen anderen glauben machen —, daß der Ankauf von Britz, von Düppel-Dreilinden, von Biesdorf oder auch nur von Vogelsdorf, einen „Luxus" darstellt? Weiß er nicht, daß dieser Ankauf erfolgt, um der Berliner Bevölkerung billigen Grund und Boden für den Bau ihrer Wohnungen zur Verfügung zu stellen, um diese Gelände der privaten Terrainspekulation zu entziehen? Will er sich dem Vorwurf aussetzen, sich zum Sachwalter der Terrainspekulanten aufgeworfen zu haben, wie er den Vorwurf eines Schrittmachers der Privatindustrie in ihrem Kampfe gegen die kommunalen Betriebe, gegen die öffentliche Wirtschaft schon jetzt nicht mehr von sich abweisen kann? Weiß er nicht, daß die städtischen Rieselgüter oder die Kanalanlagen Berlins im Dreck ersaufen würden, wenn sie nicht durch den Ankauf neuer Rieselfelder entlastet werden? Wenn er das nicht weiß, so sollte der Reichsbankpräsident schweigen. Wenn er es aber weiß, so fehlt jeder Ausdruck, um seine darauf bezüglichen Aeußerungen gebührend zu kennzeichnen!

Aber er hat es schon geschafft: Berlin würgt augenblicklich an dem dringend erwünschten Ankauf des Gutes Biesdorf, weil ihm die — bei der Höhe seines Etats — lumpigen 1½ Millionen Anzahlung nicht zur Verfügung stehen. An größere Pläne ist überhaupt nicht zu denken. Der Grund und Boden wird bei der Fortsetzung der Reichsbankpolitik wieder

die uneingeschränkte Domäne der Baumarktlöwen

werden, weil die Stadt keine Mittel hat, um regulierend auf den Grundstücksmarkt einzuwirken und eine planmäßige Bau- und Siedlungspolitik zu erzwingen. Was hier von der Minute ausgeschlagen, bringt keine Ewigkeit zurück. Ungezählte, unzählbare Millionen wird diese Hemmung städtischer Bewegungsfreiheit die wohnungsuchende Bevölkerung Berlins kosten. Herr Dr. Schacht aber redet von „Luxusausgaben" . . .

Bleiben zum Schluß noch die sozialen Aufgaben und Ausgaben Berlins. Auch hier beginnt sich schon die katastrophale Verknappung der liquiden Mittel der Stadt verhängnisvoll auszuwirken. Die wieder steigende Erwerbslosigkeit, die durch die Politik des Reichsbankpräsidenten ganz unmittelbar gefördert wird, zwingt zu außerordentlichen Maßnahmen. Aber

Berlin hat weder die Mittel zur Arbeitsbeschaffung, noch zur Linderung außergewöhnlicher sozialer Notstände.

Es muß sogar begonnene Bauten, wie bereits gesagt, über kurz oder lang stillegen, kann neue Bauten nicht in Angriff nehmen. Für außerordentliche Unterstützungen sind keine flüssigen Mittel vorhanden, obgleich der Etat, d. h. die finanzielle Lage der Stadt an sich die Möglichkeit dazu bieten würde.

Lediglich die Verweigerung von Anleihen, lediglich die Katastrophenpolitik des Reichsbankpräsidenten, lediglich sein Kampf gegen die Städte und ihre öffentlichen Wirtschaftsbetriebe stellt die Stadt Berlin mit ihrer mustergültigen Finanzwirtschaft vor eine solche widersinnige Zwangslage.

Diese Politik einer sogenannten „Sparsamkeit" ist in Wahrheit eine Politik maßloser Verschwendung.

Die arbeitende Bevölkerung Berlins, die letzten Endes die Kosten dieser Verschwendung zu tragen hat, wird sich die Maßnahmen der „Beratungsstelle", die Maßnahmen des Herrn Dr. Schacht, auf die Dauer nicht gefallen lassen. Sie wird in allernächster Zeit mit dieser Politik und der Politik der dahinterstehenden privatkapitalistischen Parteien abrechnen, daß ihnen die Augen übergehen werden!

Städteabwehr gegen Schacht.

Beschlüsse des Deutschen Städtetages.

Duisburg, 25. November. (Eigenbericht.)

Am Freitag trat in Duisburg der Vorstand des Deutschen Städtetages zusammen. Er befaßte sich insbesondere mit den letzten Ausführungen des Reichsbankpräsidenten Schacht gegen die Städte und Gemeinden. Schacht hat darin seine alten Vorwürfe gegen die Finanzpolitik der Städte wiederholt. Der Vorstand des Städtetages beschloß deshalb „Abwehrmaßnahmen" und billigte die ihm zu diesem Zweck von dem Präsidenten des Städtetages Dr. Mulert unterbreiteten Vorschläge.

Vermittlungsversuche im Zigarrenkrieg.

Der Reichsarbeitsminister greift ein. — Die Parteien für Mitte nächster Woche zu Besprechungen geladen.

Das Reichsarbeitsministerium hat dem Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller und die Tabakarbeiterorganisationen zur Beilegung des Konflikts in der Zigarrenindustrie zu neuen Besprechungen eingeladen, die Mitte der nächsten Woche stattfinden sollen. Es handelt sich bei dieser Besprechung auch diesmal zunächst nur um einen Versuch, die beiden Parteien einander näherzubringen und noch nicht um eigentliche Schlichtungsverhandlungen.

Deutschnationale gegen Brüninghaus.

Die Regierung soll einschreiten!

Nach der Sozialdemokratie und dem Zentrum interpellieren nunmehr auch die Deutschnationalen die Reichsregierung, um diese aufzufordern, gegen die Aussperrung etwas zu unternehmen. Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

„In den letzten Tagen des Monats Oktober sind in Mitteldeutschland als Folge vertragswidriger Lohnforderungen Lohnstreitigkeiten in örtlichen Grenzen entstanden. An diesen Streitigkeiten sind Mitglieder der christlichen Gewerkschaften nicht beteiligt. Nachdem der deutsche Tabakarbeiterverband höhere Lohnforderungen im gesamten Tabakgewerbe erhoben hat, ist am 14. November in Abwehr dieses tarifwidrigen Vorgehens die Aussperrung von rund 120 000 Zigarren- und Tabakarbeitern verfügt. Durch diese Maßnahmen ist über viele deutsche Familien großes Elend gekommen. Auch die kleinen Landwirte leiden unter der Nichtabnahme ihrer Rohware und der Nichtbeschäftigung ihrer weiblichen Mitglieder. Der Reichsarbeitsminister hat ein behördliches Eingreifen abgelehnt, obwohl die Zahl der ausgesperrten Arbeitermassen ein solches dringend erwünscht hätte erscheinen lassen müssen. Was gedenkt die Reichsregierung zu tun, um die der Tabakarbeiterschaft, dem gesamten Tabakgewerbe und den betroffenen Gemeinden entstehenden nachhaltigen Schädigungen abzuwenden?"

Die beiden größten Regierungsparteien verlangen also von der Regierung, sie solle Admiral Brüninghaus, Major von Eisenhart und ihr Gefolge zur Raison bringen. Sie werfen dem Reichsarbeitsminister gewissermaßen vor, nichts gegen die unter militärischem Kommando stehenden Zigarrenfabrikanten getan zu haben. Dieser Vorwurf ist übrigens unbegründet. Der Reichsarbeitsminister hat am Vorabend der Generalaussperrung einen Versuch gemacht, den Zigarrenfabrikanten Vernunft beizubringen. Dieser Versuch war aussichtslos, weil die militärischen Befehlshaber des RdZ. nun einmal Krieg spielen wollten, sei es auch gegen ausgemergelte Frauen und Kinder.

Die Interpellation der Deutschnationalen behauptet, der Tabakarbeiter-Verband habe Lohnforderungen gestellt, und darauf wäre die Aussperrung verfügt worden. Selbst wenn diese Behauptung so richtig wäre, wie sie falsch ist, würde sie eine Verdammung der Politik der Unternehmer sein. Es gab nämlich noch ein einfacheres Mittel: die Lohnforderungen abzulehnen. Der Tabakarbeiter-Verband, dessen Tariftreue über jeden Zweifel erhaben ist, würde während der Dauer des Vertrags nie zur Arbeitsniederlegung gegriffen haben. In Wirklichkeit sind die Lohnforderungen von beiden Verbänden erst nach erfolgter Kündigung durch die Unternehmer und teilweise vollzogener Aussperrung erhoben worden.

Wenn selbst die Deutschnationalen sich bemüßigt sehen, Krokodilstränen über das Elend der Tabakarbeiter zu vergießen, dann kann man ermessen, wie schlecht es um die Sache der militarisierten Zigarrenfabrikanten bestellt ist. Vielleicht erkundigen sich die interpellierenden Regierungsparteien aber beim Reichsfinanzminister, wie tief die Aussperrer bei ihm in der Kreide stehen. Wenn die Zigarrenfabrikanten Geld genug zu einer wahnwitzigen Stillegung einer ganzen Industrie haben, dann müßten sie erst recht so viel Geld haben, um das zu tun, was ihre ausgehungerten Arbeiter tun müssen: ihre Steuern sofort zu zahlen.

Deutschfreundliche Reden in Belgrad.

Zu der außenpolitischen Debatte der Skupschtina.

Belgrad, 25. November. (TU.)

In der Skupschtina wurde heute die außenpolitische Debatte fortgesetzt. Nachdem Außenminister Marinkowitsch noch einmal den französisch-südslawischen Vertrag gestreift und dabei die Friedensliebe Südslawiens betont hatte, nahm der Abgeordnete Sowan Jowanowitsch, der frühere Gesandte in Wien und London, das Wort. Er erklärte u. a.: Unsere außenpolitische Orientierung ist Deutschland und Rußland. Diese Mächte werden in naher Zukunft das Verhältnis der einzelnen Staaten in Europa bestimmen. **Die Interessen Deutschlands und unsere Interessen werden sich nicht kreuzen, sondern immer in Einklang kommen.**

Raditsch, der Führer der Kroatischen Bauernpartei, befaßte sich sodann mit der Frage des Anschlusses Oesterreichs an Deutschland und meinte, daß dieses Problem **bald aktuell und im Sinne der beiden Länder** werde entschieden werden müssen.

Dr. Ninitschitsch dementierte im weiteren Verlauf der Aussprache noch einmal die vom „Echo de Paris" erfundenen Erklärungen über Deutschland. Bemerkenswert ist, daß im Laufe der Debatte eine freundschaftliche Stimmung für Oesterreich und Deutschland bei allen Parteirichtungen festgestellt werden konnte.

Genfer Erregung über den Tirana-Vertrag.

Genf, 25. November. (Eigenbericht.)

Der italienisch-albanische Schutzbündnisvertrag hat hier einen höchst peinlichen Eindruck hervorgerufen, zumal er auf den Völkerbundspakt überhaupt nicht Bezug nimmt. In maßgebenden Kreisen macht man gar kein Hehl daraus, daß der Inhalt des Vertrages

dem Geist der Völkerbundssatzung direkt zuwiderläuft,

da mit dem Artikel 3, in dem bestimmt wird, daß die Bündnispflicht eintritt, wenn „eine der Vertragsparteien von einem nicht provozierten Kriege bedroht wird" und mit der zu dem Vertrag gehörenden Erklärung unbedenklich und in aller Form sogar auf das Prinzip des Präventivkrieges zurückgegriffen wird. Damit wird allen Versuchen des Völkerbundes, die Bezeichnung des wirklichen Angreifers zur Grundlage eines allgemeinen Kriegsverhütungssystems auszubauen, entgegengehandelt.

Trotzdem dürfte nicht verhindert werden können, daß der Vertrag im Völkerbundssekretariat registriert wird und so völkerrechtlich in Kraft tritt, da das Völkerbundssekretariat weder das Recht noch die Pflicht hat, die ihm eingesandten ratifizierten Staatsverträge einer formellen oder materiellen Prüfung zu unterziehen. Allerdings haben die Mitgliedsstaaten des Völkerbundes gemäß Art. 20 des Pakts die feierliche Verpflichtung übernommen, „in Zukunft keine mit dem Völkerbundspakt unvereinbare Abkommen einzugehen". Eine rechtliche Grundlage für die Prüfung der Verträge, d. h. für die Ausübung irgendwelcher Kontrolle, ob den Verpflichtungen von Artikel 20 auch nachgekommen wird, fehlt in der Völkerbundssatzung, und ein Eingreifen des Völkerbundsrates kann nur auf dem Wege vor sich gehen, daß ein Staat ihn auf Grund von Artikel 11 (Friedensgefährdung) anruft.

Wiener Dollaranleihe.

Dort hat Schacht nichts zu verbieten.

Wien, 25. November. (Eigenbericht.)

Die Wiener Gemeindeverwaltung hat bei einer New-Yorker Bank eine Anleihe von 30 Millionen Dollar zu 6,8 Proz., also unter sehr günstigen Bedingungen, abgeschlossen. Die Anleihe hat eine 25jährige Laufzeit und wird ausschließlich nur zur Ausgestaltung von städtischen Unternehmungen, wie Straßenbahn, Elektrizitätswerk usw. verwendet.

Kritik der Außenpolitik Seipels.

Wien, 25. November. (Eigenbericht.)

Im Haushaltungsausschuß des Nationalrats wies Genosse Dr. Renner in einer Debatte über die auswärtige Politik darauf hin, daß die Militärkontrolle für Deutschösterreich immer noch besteht! Er stellte dann fest, daß fast in jedem Monat in Ungarn an der österreichischen Grenze große Demonstrationen veranstaltet werden, an denen auch ein Habsburger teilnimmt und die die Rückgabe des Burgenlandes fordern. Aber auch diese „Revanchepolitik" auf ungarischem Boden würde wahrscheinlich sehr bald ein Ende finden, wenn die deutschösterreichische Regierung und ihre Parteien entschieden erklären würden, daß Deutschösterreich unter allen Umständen am Burgenland festhält und es notgedrungen auch mit der Wehrkraft seines Landes verteidigen werde. Auch aus dem Gegensatz zwischen Italien und Jugoslawien ergebe sich für Oesterreich eine ernste Sorge, weil jede kriegerische Verwicklung zwischen den beiden Ländern das österreichische Kärnten in eine unglückliche Lage bringen würde. Trotzdem aber sehe man bisher nicht, daß die österreichische Regierung dagegen etwas unternehme.

Am Schlusse verlangte der sozialdemokratische Redner Auskunft über die Gründe der Abberufung des Gesandten in Moskau, unseres Genossen Otto Pohl.

Die Flimmerkiste der Reichswehr.

Das Wehrministerium läßt seinen Filmagenten fallen.

Obwohl der Bericht des mit der Untersuchung der sogenannten Phöbus-Affäre betrauten Sparkommissars noch nicht veröffentlicht ist, das Material vielmehr noch immer dem Reichskanzler vorliegt, werden bereits die ersten Folgen der Untersuchungsergebnisse sichtbar: Durch Verfügung des Reichswehrministers Dr. Geßler vom 12. November ist der in dieser Affäre verwickelte Leiter der Seetransportabteilung im Reichswehrministerium, Kapitän z. S. Walter Lohmann, seines Postens enthoben und zur Verfügung des Chefs der Marineleitung gestellt worden. Sein Nachfolger ist Kapitän z. S. Lahs, der bisher zur Dienstleistung beim Reichswehrministerium kommandiert war.

Nach dieser Maßnahme, die der Reichswehrminister natürlich im Einvernehmen mit dem Reichskanzler getroffen hat, dürfte die Entlassung Lohmanns aus dem Dienst bevorstehen, falls er nicht selbst vorher seinen Abschied nimmt. Ob gegen ihn auch ein Disziplinarverfahren wegen seines Verhaltens in der Phöbus-Affäre eingeleitet werden wird, ist noch nicht bekannt.

Endlich?! Die Hauptverhandlung im Fall Arensdorf dürfte aller Voraussicht nach am 12. Dezember vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. d. O. beginnen, und zwar gegen August Schmelzer wegen Totschlags und gegen seinen Vater wegen Anstiftung zu diesem Verbrechen. Eine Verzögerung könnte nur noch infolge neuer Beweisanträge der Verteidigung eintreten.

Unsere Werbewoche.

Vorläufiges Ergebnis aus einem Teil der Bezirke.

Die ziffernmäßigen Erfolge der von der Sozialdemokratischen Partei veranstalteten Werbewoche sind noch nicht endgültig zu übersehen. Vorläufig liegt nur ein Teilresultat vor. Danach sind

42 466 neugewonnene Mitglieder, darunter 8540 Frauen, und 44 123 neue Leser der Parteipresse

zu verzeichnen. Die endgültigen Ziffern dürften wesentlich höher sein, da aus den weitverbreiteten Bezirken erst die Hälfte der Ortsvereine über den Ausgang der Werbewoche Bericht erstattet haben. Von zwei Bezirken und von über 50 Zeitungen lagen bis zum 24. November Meldungen überhaupt noch nicht vor. Immerhin zeugt aber auch das obige Teilresultat schon davon, daß die Partei auf der ganzen Linie marschiert.

Filippo Turati 70 Jahre alt.

Jubiläumsfeier im Exil.

Heute feiert in Paris als politischer Flüchtling der Führer der italienischen Sozialistischen Partei, Genosse Filippo Turati, seinen 70. Geburtstag.

Vor Jahresfrist entkam er, trotz schärfster Ueberwachung durch Polizisten und Spitzel, die seine Mailänder Wohnung Tag und Nacht belagerten, den Schergen Mussolinis. Mit Hilfe treuer Freunde, die, obwohl sie zum Teil nicht einmal der Partei angehörten, ihr Leben für seine Freiheit einsetzten, entkam er nach Korsika. Seitdem lebt Turati teils in Südfrankreich, teils in Paris, und entfaltet, soweit es ihm sein Gesundheitszustand gestattet, eine für einen Siebzigjährigen erstaunliche Aktivität für die schwer geprüfte Sache der italienischen sozialen Demokratie.

Kein höheres Lob konnte ihm zuteil werden als die Wut, die Mussolini zeigte, als er von der geglückten Flucht seines gefürchteten Gegners erfuhr. Die Freunde und Helfer wurden nach ihrer Rückkehr verhaftet und angeklagt, aber ihre tapfere Beantwortung machte sogar auf das faschistische Gericht Eindruck, das sie zu relativ niedrigen Strafen verurteilte.

Turati ist nicht nur einer der klügsten Köpfe, einer der besten Redner und Schriftsteller der italienischen Demokratie, er ist auch ein Mann von solcher moralischer Größe, daß sein Ansehen weit über die Kreise der Partei und der Arbeiterbewegung außerordentlich stark ist. Die Arbeiter ebenso wie die bürgerlichen Intellektuellen verehren in ihm den Mann aus adliger Abstammung und reicher Familie, der vor Jahrzehnten seine Kraft und sein Vermögen ganz in den Dienst des Sozialismus gestellt hat. Stets, wenn es galt, Opfer zu bringen, Mut zu zeigen — so auch im Weltkrieg, wo er für die Neutralität eintrat — stand Turati in den vordersten Reihen. Leider wurden nach dem Kriege seine Ratschläge und Warnungen überhört: die radikalen Demagogen gewannen in der Arbeiterschaft die Oberhand mit dem Resultat, daß die Gelegenheit zur wirksamen Verteidigung des demokratischen Staates versäumt wurde und daß schließlich der Faschismus siegte.

Wie groß das Ansehen ist, daß Turati über die eigene Partei hinaus genießt, zeigte sich vor zwei Jahren, als seine langjährige Lebensgefährtin Anna Kulischoff in Mailand zu Grabe getragen wurde. Trotz der schon damals drückenden Faschistenherrschaft folgten Tausende von Menschen aus allen Bevölkerungsschichten dem Sarge; neben den Arbeitern sah man bürgerliche Politiker von Ruf, wie den Senator Albertini, den damaligen Besitzer des „Corriere della Sera", und zahlreichen Universitätsprofessoren, die gerade bei dieser Gelegenheit ihre moralische Solidarität mit den verfolgten italienischen Sozialisten bekunden wollten.

So ist Filippo Turati für die italienische, ja für die europäische Demokratie zu einer Art Symbol geworden. Der Siebzigjährige, zu dessen Ehren die zahlreichen in Paris versammelten italienischen Flüchtlinge am Sonntag abend eine schlichte Feier veranstalteten, verkörpert den unbeugsamen Willen der italenischen Volksmassen, für die Wiedergewinnung ihrer Freiheit auch unter den schwersten Umständen zu kämpfen.

So entbietet auch die deutsche Sozialdemokratie dem Genossen Turati ihren herzlichen Gruß und Glückwunsch. Sie hegt mit der gesamten sozialistischen Arbeiterinternationale die feste Hoffnung, daß der Tag nicht fern sein möge, an dem der anerkannte Führer des italienischen Sozialismus wieder auf freiem italienischen Boden im Interesse jener italienischen Arbeiterklasse wird wirken können, die ihm so vieles verdankt.

Baldwin-Dämmerung.

Selbst in konservativen Hochburgen.

Bei einer Nachwahl für den zum Lord ernannten Sir Ronald Mac Neill im Wahlkreis Canterbury, einer alten konservativen Hochburg, hat zwar der Kandidat der Regierungspartei gesiegt, aber die konservative Mehrheit ging um über 6000 Stimmen zurück. Der liberale Kandidat gewann 3000 Stimmen, die der konservative verlor. Ein Arbeiterparteikandidat war in diesem Wahlkreis weder vor drei Jahren noch jetzt aufgestellt worden.

Polnisches Minderheitenrecht.

Calonder schafft Abhilfe.

Kattowitz, 25. November.

Auf Anordnung der Wojewodschaft haben Aufschriften und Vordrucke für Bücher und Akten der deutschen Minderheitsschulen ausschließlich in polnischer Sprache zu sein und die Minderheitsschullehrer ihre Eintragungen in polnischer Sprache zu machen. Dagegen hat der Deutsche Volksbund die Gemischte Kommission angerufen. Ihr Präsident Calonder hat nun entschieden, daß diesen Aufschriften und Vordrucken in polnischer Sprache eine deutsche Uebersetzung beizufügen ist. Auch ist den Lehrern der deutschen Schulen zu gestatten, die Eintragungen und Mitteilungen in deutscher Sprache vorzunehmen.

Umgruppierung in der GPU.

Die monarchistische Geheimorganisation in Rußland bestand zum größten Teil aus Spitzeln der GPU. unter Leitung des Oberspitzels Opperput.

„Also herhören: Wir müssen uns umstellen. Iwan macht linksoppositionelle Geheimdruckerei, die beiden Monarchisten da sind von heute ab Trotzkisten, und du Kolja — du mit deinen Füßen kannst mal Plattformist spielen!"

Reichsregierung und Einheitsstaat.

Das Programm der Länderkonferenz.

Das Reichskabinett beschäftigte sich in der Sitzung am Freitag mit dem Problem des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern, insbesondere mit Beziehung auf Sparaktion und Verwaltungsreform. Es beschloß, der in der zweiten Januarwoche stattfindenden Konferenz mit den Ministerpräsidenten und Vertretern der Länder folgende Fragen zu unterbreiten:

1. Veränderung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern.
2. Maßnahmen zur Gewährleistung sparsamster Finanzwirtschaft.
3. Verwaltungsreformen im Reich und in den Ländern.

Ueber die Bestellung von Berichterstattern zu diesen Fragen finden noch Verhandlungen mit den Ländern statt.

Köhlers neuer Haushaltsplan.

Reichsbedarf für das nächste Jahr 9502 Millionen Mark. Keine Anleihen.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler gibt den Inhalt des soeben fertiggestellten Haushaltsplans für 1928 durch ein Interview der Oeffentlichkeit bekannt. Der Etat ist danach mit größerer Klarheit und Durchsichtigkeit aufgestellt worden als bisher. Insbesondere wurde zum erstenmal eine Liste der Ausgabenreste aufgestellt, die noch aus übertragbaren Posten des Jahres 1926 geblieben sind. Es ist nicht beabsichtigt, im Jahre 1928 eine Reichsanleihe aufzunehmen, obwohl noch 900 Millionen Mark für Arbeiten gebraucht werden, die in den beiden abgelaufenen Jahren vorgenommen und deren Deckung bereits beschlossen ist.

Der Gesamthaushalt für 1928 schließt jetzt gegenüber dem Haushalt für 1927 von 9135 Millionen mit 9502 Millionen ab, also mit einem Mehr von 367 Millionen, während allein die Mehrbelastung aus dem Dawesabkommen für den Reichsetat 1928 im ganzen rund 100 Millionen beträgt. Der außerordentliche Haushalt ist in dem eben genannten Gesamtbetrag mit 146 Millionen enthalten, die völlig ohne neue Inanspruchnahme des Anleihemarktes gedeckt werden. Der ordentliche Haushalt schließt in seinem Bruttoergebnis mit 9356 Millionen gegenüber einem Soll für 1927 von 8650 Millionen, also mit einem Mehr von 607 Millionen ab.

Der Nettohaushalt — also nach Abzug der Ueberweisungen an die Länder in Höhe von 3218 Millionen — stellt sich für 1928 auf 6138 Millionen, für 1927 auf 5766 Millionen, so daß sich trotz der mehrfach genannten zwangsläufigen Mehrausgabe nur ein Mehr von 372 Millionen ergibt. Die Ueberweisungen an die Länder haben sich gegenüber 1927 um 325 Millionen dadurch vermehrt, daß die Einnahmen aus den Ueberweisungssteuern und den anderen den Ländern nach Abzug der Verwaltungskosten zukommenden Steuern einschließlich der Biersteuer entsprechend höher eingestellt sind.

Bei diesen Zahlen ist noch zu berücksichtigen, daß bei dem Vergleich mit 1927 nur das jetzige Haushaltssoll zugrunde gelegt ist, während sich die tatsächlichen für 1927 durch die in einem Nachtragshaushalt noch nachzufordernden Mehrausgaben, insbesondere für Beamtenbesoldung und Liquidationsentschädigungen, noch erhöhen werden.

Berufung gegen das Münchener Schandurteil. Die Verteidigung im Münchener Landfriedensbruchprozeß hat gegen das Urteil gegen die 15 linksstehenden Arbeiter wegen der Vorfälle in der Humboldtstraße Berufung eingelegt.

Der neue Stadtpräsident von Lodz ist unser polnischer Genosse Abgeordneter Szlachlenski.

„Hinkemann."

Erstaufführung in der Volksbühne.

Ernst Tollers anklagende Tragödie gegen Krieg und Lieblosigkeit „Hinkemann", von Toller selbst und Ernst Lönner inszeniert, erweckte in der Volksbühne lebhaften Wiederhall. Im eindrucksvollen ersten Teil ertönte mehrfach Beifall auf offener Szene. Am Schluß wurden der Darsteller des Hinkemann, Heinrich George, und der Autor gerufen. dgr.

Wilhelm macht Reklame für Piscator.

Gerichtsverfügung gegen die „Rasputin"-Aufführung.

In Laufe des gestrigen Nachmittags wurde der Piscatorbühne eine einstweilige Verfügung des Landgerichts I zugestellt, die auf Antrag des Exkaisers Piscator verbietet, den früheren Kaiser auf die Bühne zu bringen. Als Gründe gibt der Beschluß an:

„Der Antrag auf einstweilige Verfügung wendet sich gegen eine Szene des Stückes, in der der Antragsteller gleichzeitig mit dem früheren Kaiser Franz Josef und dem Zaren Nikolaus II. handelnd auftritt. Die Mitglieder des Gerichts haben am 23. November 1927 der Aufführung beigewohnt und dabei folgenden Eindruck gewonnen: Die Maske, unter der der Antragsteller vorgeführt wird, ist unverkennbar, der Antragsteller wird mit den beiden genannten Kaisern in Verbindung gebracht. Die Worte, die der Autor sie sprechen läßt, bewegen sich in entsprechenden Gedankengängen, in denen der frühere Kaiser Franz Josef als völliger Trottel und der Zar Nikolaus als bigotter und charakterloser Dummkopf hingestellt werden, und drängen die Auffassung auf, daß auch der Antragsteller ebenso charakterisiert werden soll."

Dieser Beschluß, der also eigentlich nicht an der Charakterisierung und dem Auftreten Wilhelms II. selbst Anstoß nimmt, sondern nur daran, daß Wilhelm mit den anderen beiden Monarchen in Beziehung gebracht wird, hat die Piscatorbühne veranlaßt, bis zur Erledigung ihres Einspruchs gegen diese einstweilige Verfügung den Monolog Wilhelms ausfallen zu lassen, während die Monologe von Franz Josef und Nikolaus in dieser Szene weiter gehalten werden. An Stelle Wilhelms trat Leo Lania auf, verlas die wesentlichsten Punkte der einstweiligen Verfügung, erklärte, daß der beanstandete Monolog Wilhelms ebenso authentisch und auf Grundlagen historischer Reden zusammengestellt sei, wie die Reden der beiden anderen Kaiser und überließ es dem Publikum, zu entscheiden, ob diese Szene als Karikatur oder als Wiedergabe historischer Geschehnisse betrachtet werden könne. Das Publikum, das das Theater bis auf den letzten Platz füllte, quittierte die Lösung der Piscatorbühne mit stürmischem Beifall und die Sätze der einstweiligen Verfügung, die auf die Beziehung Wilhelms zu den anderen Monarchen hinweisen, mit starkem Gelächter.

Kommunisten untereinander.

Die linken Kommunisten hatten Freitag abend im Ledigenheim, Pappelallee, eine Kundgebung einberufen, in der Ruth Fischer sprach. Die Versammlung sollte um 8 Uhr beginnen, **schon um 5 Uhr war der Saal bis zum letzten Platz besetzt.** Von 5 bis 8 Uhr tobte ein unerbittlicher Kampf um den Zutritt zu dem Saal. **Die linken Kommunisten ließen durch Polizei den Saal sperren.** Die Versammlung selbst verlief etwas stürmisch. Es kam verschiedene Male zu Schlägereien, bei denen Parteikommunisten an die Luft gesetzt wurden.

Die Versammlung ergab das eine: die Diskussion zwischen beiden Gruppen wird nicht mehr sachlich geführt, beschränkt sich auf persönliche Gehässigkeit.

Bei der sehr lebhaften Diskussion, die sich ungefähr vier Stunden hinzog, kam es zu Tumultszenen in der Versammlung. Mehrmals schlugen sich beide Gruppen. Auffallend war, daß die Hälfte der Versammlungsteilnehmer rote Binden trugen und nach Aussage von Scholem zu den Stoßtrupps der linken Kommunisten gehören, die jede Sprengung der Versammlung verhindern würde. Daß sie gut zuschlagen konnten, bewiesen diese Ordner recht oft. Im ganzen war die Versammlung ein jämmerliches Bild der „einzigen Arbeiterpartei".

Die Abstimmung aus Versehen!

Auf unsere gestrige Feststellung hin gab Herr Abg. Torgler in der Reichstagssitzung vom Freitag die Erklärung ab, daß die kommunistische Fraktion aus Versehen nicht gegen den deutsch-französischen Handelsvertrag gestimmt hat.

Merkwürdig: Sechzehn von den übriggebliebenen 30 Moskauer Kommunisten saßen auf ihren Plätzen — keiner hat etwas gemerkt, als man sich der Abstimmung enthielt. Merkwürdig: die völkischen Abgeordneten und die Wirtschaftspartei stimmten, wie sie es angekündigt, gegen das Gesetz, die Kommunisten aber haben nichts gemerkt. Wie tief muß ihr Schlaf gewesen sein!

Tagung des ADGB.

Lohnpolitik. — Werksgemeinschaft. — Erwerbslosenunterstützung.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung: „Fragen der Lohnpolitik" sprach der Vertreter der sozialpolitischen Abteilung beim Bundesvorstand Spliedt. Er erörtert Vorschläge einiger Verbände zur Aenderung des Hausarbeitsgesetzes. Eine weitere Ausdehnung der amtlichen Lohnfestsetzung in den Industrien mit starker Heimarbeit könne der Bundesvorstand nicht gutheißen. Bei Meinungsverschiedenheiten der Verbände über die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen müsse rechtzeitig der Bundesvorstand zur Klärung und Beilegung des Falles angerufen werden.

Spliedt unterzieht sodann die Lage einer Prüfung, die auf lohnpolitischem Gebiete entstanden ist durch Lohnbewegungen während der Geltungsdauer eines Tarifvertrags und durch die sich häufende Anwendung der Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen.

Die Zahl der Fälle, in denen ein Schlichtungsverfahren bis zur Verbindlichkeitserklärung durchgeführt wurde, hat im Jahre 1926 abgenommen. Ueber die Zahl der an diesen Fällen beteiligten Arbeitnehmer liegen keine Feststellungen vor. Ein Urteil über die Wirkung der Verbindlichkeitserklärung sei daher außerordentlich schwer. Schwerwiegende Gründe werden sowohl für wie gegen die Verbindlichkeitserklärung angeführt.

In der Aussprache wurde

die Frage der Verbindlichkeitserklärung

eingehend erörtert. Es kamen auch alle Bedenken zu ihrem Recht, die gegen die von Unternehmern vielfach gewünschte Beseitigung der Verbindlichkeitserklärung sprechen, das heißt gegen das Recht des Staates im gesamtwirtschaftlichen Interesse in die Arbeitskämpfe einzugreifen. Die starke Propaganda der Unternehmer gegen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen, gegen Zwangstarife, ist schon ein deutlicher Beweis, daß ihre Beseitigung von ihnen erstrebt wird, um von den Tarifverträgen überhaupt loszukommen. Die Beseitigung kann daher nicht in Frage kommen. Die Verbindlichkeitserklärung darf aber nicht zur Regel werden, sie muß Ausnahme bleiben, ihre mißbräuchliche Anwendung muß beschränkt werden. Insbesondere wurde die lange Dauer von Zwangstarifen als ein Mißbrauch der Verbindlichkeitserklärung von den Rednern hervorgehoben.

Indessen darf auch nicht übersehen werden, daß unter Umständen die Verbindlichkeitserklärung von Schiedssprüchen sich als eine Zwangserziehung der Unternehmer zum Kollektivvertrag auswirken kann. Es liegt auf der Linie der allgemeinen wirtschaftsorganisatorischen Ziele der Gewerkschaften, die Stellung des Staates gegenüber der Wirtschaft zu stärken. Aber selbstverständlich besteht auch ein nicht weniger starkes Interesse der Gewerkschaften, die Handlungsfreiheit der Organisationen nicht unnötig zu beschränken. Die Gewerkschaften können und wollen nicht darauf verzichten, aus eigener Kraft und unter eigener Verantwortung mit den Unternehmern zu Tarifverträgen zu gelangen und dem Gedanken des Kollektivvertrags

durch die Macht ihrer Organisationen

Geltung zu verschaffen. Die Macht der Gewerkschaften ist die Voraussetzung dafür, daß das Eingreifen des Staates durch Zwangsschiedssprüche nicht eine Ausdehnung erfährt, die der Freiheit der Organisationen Grenzen zieht.

In seinem Schlußwort führte Spliedt aus: Der Schutz der Heimarbeit ist nicht dadurch möglich, daß dem Zwischenmeister sein Lohn garantiert wird. Mit dem Zwangstarif schaffen die Gewerkschaften für Millionen Unorganisierte rechtsgültige Tarifabkommen, ohne daß sie einen Finger zu rühren brauchen. Im lohnpolitischen Ausschuß muß die Frage in ihrer ganzen Tragweite weiterhin ernsthaft unter allen Gesichtspunkten geprüft werden, ohne daß ihm dafür eine bindende Richtlinie gegeben wird.

Leipart faßte die Aussprache noch einmal zusammen. Der Bundesausschuß hat durch die Debatte zum Ausdruck gebracht, daß es der Idealzustand wäre, wenn die Gewerkschaften durch eigene Macht die Unternehmer allgemein zum Abschluß von Tarifverträgen erziehen würden. Man kann es nicht ablehnen, dem Staat die Möglichkeit zu geben, in die Lohnstreitigkeiten einzugreifen und auch Verbindlichkeitserklärung auszusprechen. Aber es ist auch Zeit, diese Befugnisse der Behörden einzuschränken.

Der Jugendsekretär beim Bundesvorstand, Maschke, sprach zum dritten Punkt der Tagesordnung:

Werkssportvereine und Werksjugendpflege.

Die Werkssportvereine sind nicht einheitlich zu beurteilen. Sie können nicht ohne weiteres in Bausch und Bogen als gelbe Vereine bezeichnet werden. Eine überragende Bedeutung für die Arbeitgebergewerkschaften haben sie nicht. Die Gewerkschaften halten die Werkssportvereine für sachlich unbegründet. Wo sie bestehen, müssen aber die Gewerkschaften Einfluß nehmen, um zu verhüten, daß die Vereine die Arbeiter von wichtigeren Interessen ablenken.

Ganz eindeutig ist die sogenannte Werksjugendpflege zu beurteilen. Nicht nach ihrem Umfang, aber grundsätzlich ist diese Werksjugendpflege von Bedeutung. An allen in Deutschland bestehenden Werksschulen zählt man etwa 17 000 Schüler; hiervon ist nur ein geringer Teil durch die Werksjugendpflege erfaßt. Sie ist also für uns kein bedeutender Faktor, aber die Tendenz der Dinta, den Betrieb gewissermaßen zur Erziehungsanstalt zu machen, zwingt uns zur Stellungnahme.

Gesert als Vertreter des Arbeiterturn- und Sportbundes bekräftigte in seinen Darlegungen die Ausführungen von Maschke. Die Jugendgruppen, die von den Gewerkschaften gebildet worden sind, zeugen davon, welche Bedeutung die Gewerkschaften der Jugenderziehung beimessen. Die Jugend bahnt sich ihre Wege, die sie gehen will. Die Gewerkschaften müssen auf die aus der Jugend selbst hervordrängenden Bestrebungen eingehen. Sie müssen sich auch des Dranges nach Gesundung, der sich in der Sportbewegung äußert, annehmen. Die Gewerkschaften müssen mit den sportlichen Organisationen zusammenwirken, um gemeinsam Erziehungsarbeit zu leisten. Die Arbeitersportbewegung ist mit den Gewerkschaften und den politischen Organisationen unbedingt verbunden.

Die Gesamtorganisation der Arbeitersportvereine wünscht ein innigeres Zusammenwirken mit Partei und Gewerkschaften,

in der Zentrale wie in den Orten. Die selbstverständliche Folge dieses Zusammenwirkens wird sein, daß die Bedeutung der Werkssportvereine zurückgedrängt wird.

Folgende Entschließungen wurden vom Bundesausschuß angenommen:

Werkssportvereine und Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften haben das lebhafteste Interesse daran, daß die Arbeiterschaft im Vollbesitz ihrer körperlichen Kräfte und ihrer Gesundheit ist. Der Bundesausschuß spricht deshalb seine Freude über die erfolgreiche Entwicklung der Arbeitersportbewegung aus, die von dem Willen zeugt, in gesunden Leibesübungen die gesundheitlich schädlichen Wirkungen schlechter Lebensverhältnisse und einseitiger, oft Gefahren mit sich bringender Arbeitsverrichtungen entgegenzutreten. Die Arbeiterturn- und Sportvereine sind die Stätten, in denen alle Arbeiter ihr Bedürfnis nach vernünftiger sportlicher Betätigung befriedigen können.

Wenn private oder öffentliche Unternehmungen die Absicht haben, der sportlichen Betätigung der werktätigen Bevölkerung materielle Förderungg zuteil werden zu lassen, so mögen sie den Gemeinden besondere Mittel zur Errichtung von öffentlichen Turn- und Spielplätzen, Turn- und Schwimmhallen, Jugendheimen und dergleichen geben. Für die Gründung besonderer Werkssportvereine besteht jedoch keine sachliche Notwendigkeit. Die Praxis vieler bestehender Werkssportvereine zeigt, daß mit ihnen häufig betriebsegoistische Zwecke verfolgt werden, in

SDP. - Metallarbeiter!
Besucht die
Wahlkörper - Versammlungen!

manchen privaten und auch öffentlichen Betrieben werden sie benutzt, um eine Gesinnungsbeeinflussung der ihnen angehörenden Arbeiter, Angestellten und Beamten herbeizuführen.

Die Gewerkschaften wenden sich deshalb

gegen die Gründung von Werkssportvereinen.

Die den bestehenden Werkssportvereinen angehörenden Arbeitnehmer sich selbst bzw. der Beeinflussung durch die Beauftragten der Werksleitungen zu überlassen, liegt aber nicht im Interesse der Arbeiterbewegung. Es wird deshalb Aufgabe der zuständigen Gewerkschaften sein, im Benehmen mit den Arbeitersportvereinen von Fall zu Fall über die Haltung zu den bereits vorhandenen oder noch entstehenden Werkssportvereinen zu entscheiden. Wenn es zweckmäßig erscheint, sollen die Gewerkschaftsmitglieder veranlaßt werden, den Werkssportvereinen beizutreten, um Einfluß auf ihre Leitung zu erhalten und sie geistig wie organisatorisch in die Arbeitersportbewegung hineinzuführen.

Werksjugendpflege und Werkschulen.

In den verschiedensten Industriezweigen sind Unternehmungen dazu übergegangen, die von ihnen betriebene berufliche Ausbildung der Jugend in Lehrwerkstätten zu verbinden mit einer Gesinnungsformung, deren Leitgedanke die Werksgemeinschaft ist. Durch die organisierte Werksjugendpflege und auch durch die Werkschulen wird versucht, den heranwachsenden Arbeitern die sogenannte „Werkverbundenheit" zu geben. Um das zu erreichen, werden sie planmäßig von den Veranstaltungen der Arbeiterorganisationen ferngehalten, indem man die ganze freie Zeit der Lehrlinge vom Werk aus mit Beschlag belegt. Durch Bestimmungen des Lehrvertrags müssen die gesetzlichen Vertreter ihr Erziehungsrecht auf die mit der Ausbildung beauftragten Personen übertragen und sich z. B. verpflichten, die Lehrlinge anzuhalten, „die von dem Leiter des Ausbildungswesens für Berglehrlinge im Interesse der geistigen und körperlichen Ertüchtigung des Berglehrlings angesetzten Veranstaltungen an den verschiedenen Abenden der Woche regelmäßig zu besuchen". Dieses Vorgehen dient ganz offensichtlich dazu, den Arbeiterorganisationen den Nachwuchs fernzuhalten. Solange nicht das Gesetz solche Anmaßung, die ein Mißbrauch der wirtschaftlichen Machtstellung der Unternehmer ist, verhindert, müssen die Arbeitereltern es ablehnen, sich diesen entwürdigenden Bedingungen zu unterwerfen. Dem Betrieb kann unmöglich Einfluß auf oder gar ein

Bestimmungsrecht über Weltanschauung,

Religion und politische und soziale Auffassungen der bei ihm tätigen Arbeiter eingeräumt werden.

Die Gewerkschaften erheben keine Einwendung gegen die Errichtung von Lehrwerkstätten in größeren Betrieben, erkennen im Gegenteil ihren Nutzen für die sachliche Ausbildung des Nachwuchses durchaus an. Entschieden abzulehnen sind aber die Bestrebungen der Betriebe, in ihren Werkschulen Unterricht in Lebens- und Staatsbürgerkunde zu erteilen, wenn die an den Werkschulen tätigen Lehrer vom Betrieb eingestellt und von ihm abhängig sind. Wenn auch die Schulaufsicht vom Staat ausgeübt wird, so liegt doch die Auswahl der Lehrer völlig beim Betrieb, wodurch die Möglichkeit gegeben ist, gewisse dem Betrieb erwünschte Gesinnungen und Anschauungen herrschen zu lassen. Die Gewerkschaften müssen deshalb fordern, daß in den Werkschulen, die Anspruch erheben, Ersatz für die öffentliche Berufsschule zu sein, die Lehrer vom Staat anzustellen sind.

Zum Punkt 3 der Tagesordnung berichtete Schlimme über die Vorschläge der Kommission, die für die

Vereinheitlichung des Unterstützungswesens

der Gewerkschaften dem Bundesausschuß zur Beschlußfassung vorliegen. Trotzdem das Arbeitslosenversicherungsgesetz ab 1. Oktober dieses Jahres den Arbeitslosen einen Rechtsanspruch auf Unterstützung nach dem Durchschnittsverdienst der letzten 13 Wochen gewährt, soll die Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften weiter gewährt werden. Da nur wenige Verbände die Unterstützung an Arbeitslose, Kranke und Reisende als gesonderte Einrichtungen führen, wird zum Zwecke der Einheitlichkeit vorgeschlagen, die Erwerbslosenunterstützung als zusammenfassende Unterstützung einzuführen. Die überaus differenzierten Unterstützungen sollen eine Angleichung dadurch erfahren, daß künftig ein einheitlicher Multiplikator nach dem wöchentlichen Hauptkassenbeitrag der Mitglieder zur Grundlage der Berechnung der täglichen Unterstützung genommen wird.

Hinsichtlich der Unterstützungsdauer — die in den einzelnen Verbänden zwischen 24 bis zu 280 Tagen beträgt — ist eine Angleichung als notwendig erklärt worden. Da für die Höhe der Unterstützung die Zahl der geleisteten Wochenbeiträge vielfach entscheidend ist, wird eine Beschränkung auf höchstens fünf Staffelungen vorgeschlagen. Für die übrigen sozialen Unterstützungen sind den Vorständen entsprechende Vereinheitlichungsvorschläge unterbreitet worden, über die eine spätere Sitzung des Bundesausschusses zu entscheiden hat. Die angestrebte Vereinheitlichung soll nicht etwa zu einer Uniformierung des gewerkschaftlichen Unterstützungswesens führen, sondern nur die außerordentlichen Spannungen vermindern und ausreichende Mittel für Kampfzwecke für die Zukunft sicherstellen.

Der Bundesausschuß stimmte den Kommissionsvorschlägen einstimmig zu. Aufgabe der künftigen Verbandstage ist es nun, die vom Bundesausschuß verabschiedeten Richtlinien nach Möglichkeit in die Satzungen der Einzelverbände zu übernehmen.

Knoll gab einen Bericht über die bisherigen Vorarbeiten zur Presseausstellung. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei werden in einem gemeinsamen Gebäude „Haus der Arbeiterpresse" untergebracht werden. Die Ausstellung der Gewerkschaften soll eine Gesamtausstellung der Verbände sein einschließlich einer historischen Ausstellung. Der Bundesausschuß war mit dem Bericht wie auch mit der vorgeschlagenen finanziellen Regelung einverstanden.

Neuer Vorschlag im Bauanschlägerstreik

Die Arbeiter nehmen ihn an.

Am Freitag voriger Woche beschlossen die Bauanschläger wegen Unnachgiebigkeit der Unternehmer den Streik zu verschärfen und weitere Betriebe stillzulegen. Daraufhin versuchte der Schlichter von Groß-Berlin noch einmal eine Verständigung zwischen den Parteien herbeizuführen. Die Verhandlungskommission der Bauanschläger, die noch nie eine Verhandlung ausgeschlagen hatte, erklärte sich auch diesmal bereit, mit den Unternehmern wieder zu verhandeln. Nach einer Rücksprache mit dem Metallarbeiterverband wurde am Mittwoch vormittag nochmals mit den Unternehmern vor dem Schlichter verhandelt.

Die Verhandlungskommission der Bauanschläger hielt an der alten Forderung fest, die Stundenlöhne um 20 Pf. und die Akkorde um 20 Proz. zu erhöhen. Die Unternehmer machten jedoch keine Angebote, so daß schließlich der Schlichter den Parteien einen Vergleichsvorschlag machte, für den die Erklärungsfrist auf heute, Sonnabend mittag, festgesetzt ist. Der Vergleichsvorschlag sieht vor, daß die im letzten Schiedsspruch ab 15. November vorgesehene Erhöhung der Stundenlöhne um 10 Pf. und der Akkord um 10 Proz. nicht bis zum 30. Juni 1928, sondern nur bis zum 31 Dezember d. J. gelten soll. Ab 1. Januar bis 31. März 1928 soll eine weitere Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. und der Akkorde um 5 Proz. eintreten. Das Lohnabkommen kann mit vierwöchiger Frist erstmalig zum 31. März 1928 gekündigt werden.

In der zu gestern abend nach dem Verbandshaus der Metallarbeiter einberufenen Versammlung der Bauanschläger gab zunächst Genosse Fuchs vom Metallarbeiterverband einen eingehenden Bericht über die Verhandlungen vor dem Schlichter. Nach einer längeren Aussprache in der Stimmen sowohl für als auch gegen die Annahme des Vergleichsvorschlages laut wurden, wurde eine geheime Abstimmung vorgenommen, die nicht die statutarisch notwendige Dreivierteilmehrheit zur Fortführung des Streiks ergab. Damit ist der Vorschlag angenommen. Falls also auch die Unternehmer dem Vergleichsvorschlag zustimmen, so wird am Montag früh in allen bestreikten Betrieben die Arbeit wieder aufgenommen werden. Wenn die Unternehmer jedoch den Vergleichsvorschlag ablehnen, dann geht der Streik nicht nur wie bisher weiter, sondern wird noch verschärft. Die streikenden Bauanschläger kommen heute, Sonnabend, mittags 12 Uhr, im Verbandshaus der Metallarbeiter zusammen, um je nach der Entscheidung der Unternehmer die weiteren Beschlüsse zu fassen.

Angestelltenversicherungswahlen.

Morgen, Sonntag.

Für den Wahlkreis **Niederbarnim** sind acht Stimmbezirke eingerichtet. Es wird in den Stimmbezirken Alt-Landsberg, Birkenwerder, Erkner, Falkenberge, Sachsenhausen, Zepernick, Neuenhagen o. d. Ostbahn und Liebenwalde von 12 Uhr mittags bis 4 Uhr nachmittags gewählt.

Die freigewerkschaftliche Vorschlagsliste des Zentralverbandes der Angestellten trägt den **Buchstaben** A. Die Vorschlagsliste des Deutschen Werkmeisterverbandes trägt den **Buchstaben** D.

Die Stadt **Bernau i. d. Mark** bildet einen eigenen Wahlkreis, für den in der Zeit von 12 Uhr mittags bis 3 Uhr nachmittags im Rathaus zu Bernau gewählt wird. Die Liste des Zentralverbandes der Angestellten trägt den **Buchstaben** B.

Der Wahlkreis **Osthavelland** ist in acht Stimmbezirke eingeteilt. Die Wahlzeit ist von 12 Uhr mittags bis 5 Uhr nachmittags. Gewählt wird in den Stimmbezirken Nauen, Kremmen, Retzin, Fehrbellin, Falkensee, Velten, Bornstedt und Henningsdorf. Die Vorschlagsliste des Zentralverbandes der Angestellten trägt den **Buchstaben** C.

Im Wahlkreis **Zauch-Belzig** ist die Wahlzeit von 9 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags festgesetzt worden. Die einzige freigewerkschaftliche Liste des Zentralverbandes der Angestellten trägt den **Buchstaben** A. Gewählt wird in folgenden zwölf Stimmbezirken: Beelitz, Belzig, Brück, Niemegk, Treuenbrietzen, Werder, Golzow, Großkreutz, Gollwitz, Caputh, Wiesenburg und Lehnin.

Die in diesen Wahlkreisen wohnenden, aber in Berlin beschäftigten Angestellten üben ihr Wahlrecht in ihrem Wohnort bzw. im zuständigen Stimmbezirk aus.

Freie Gewerkschaftsjugend Groß-Berlin. Heute, Sonnabend, folgende Veranstaltungen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 18. Uebungsabend der Kreisspielleiter. **Südkreis:** Werbeveranstaltung im Sitzungssaal des Bezirksamts Kreuzberg, Yorckstr. 11. Programm: Musik, Ansprache, Sprech- und Bewegungschor; „Gesänge vom Werktag", Reigentänze, Fechtübungen. Einlaß 19½ Uhr. Unkostenbeitrag 30 Pf. — **Morgen, Sonntag: Kreis Oberspree:** 18 Uhr Jugendheim Köpenick, Sing-, Spiel- und Tanzabend. „Wer macht mit?" **Nordkreis:** Jugendheim Weißensee, Parkstr. 36. Lichtbildervortrag: „Arbeit unter Tage." — **Vorzumerken!** Mädchenzusammenkunft am Montag, 28. November, um 19½ Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 85—86. „Die Stellung der Frau in der Gesellschaft."

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: G. Klingenhäfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: K. H. Döscher; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer & Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3.
Hierzu eine Beilage und „Unterhaltung und Wissen".

Los vom Waschfaß!

Die amerikanische Hausfrau ist längst dazu übergegangen, die Wäsche jede Woche aus dem Hause zu geben. Schon aus hygienischen Gründen, denn es ist selbstverständlich, daß zusammengeballte schmutzige Wäsche von vier Wochen eine gärende Brutstätte für Bazillen und Fäulnisstoffe bildet. Auch hat sie sich praktisch davon überzeugt, daß die Wäsche in einer Waschanstalt, die mit allen modernen Techniken und Maschinen arbeitet, viel mehr geschont wird als in der Eigenwäsche. Während im Hauswaschen der Schmutz mit mehr oder weniger einwandfreien Waschpulvern durch Reiben und Bürsten der Gewebe gelöst und entfernt werden muß, waltet in der modernen Dampfwäscherei das gegenteilige Prinzip, die Wäsche ohne jede Reibung, nur durch den Kochprozeß bei Verwendung von säurefreien Waschmitteln und durch ausgiebige Spülung so schonend wie möglich zu behandeln. Die Besichtigung eines solchen Wäschereibetriebes gibt darüber ein anschauliches Bild.

Im Hof rollen die großen Autokolosse heran, die ununterbrochen die Wäsche bei den Kunden einsammeln und rein wieder abliefern. Unten im Maschinenhaus steht der große Dampfkessel unter sieben Atmosphären, die den Dampf und die Heizkraft durch alle Fabrikräume senden; Pumpen arbeiten, die kaltes oder heißes Wasser in die Wäscheapparate senden. Im Nebenraum eine große Kläranlage, die das Leitungswasser durch ein Kalk- und Kieselbett führt, damit es weich und gereinigt wird. In einem Raum zu ebener Erde sammeln sich die schmutzigen Bündel, sie werden von flinken Händen sortiert, gezählt, gewogen, auf fehlerhafte und farbunechte Stücke geprüft, gezeichnet und mit Laufzetteln versehen. Dann wandern sie in den Waschraum. Hier geschieht nun das Wunder, wie es schon äußerlich sichtbar ist. Ueberall schwabbelt, gischt, sprudelt und zischt es und das Gewässer zieht in Flußbetten auf dem Steinboden mit einer beispiellosen Verschwendung vorbei. Keine Dunstwolke, keine Berge von Schaum sind zu sehen, kein häßlicher Geruch von alkalischen Stoffen macht sich bemerkbar. In großen geschlossenen Wiegen schaukeln die Wäschestücke in einem zweimaligen Kochprozeß unter Dampf hin und her; dort steht der Bottich mit flüssiger Kernseife, dort einer mit Feinsoda, hier ein riesiger Blautopf, in der Ecke das weiße Stärkebad. Nirgends wird die Wäsche mit der Hand bearbeitet. Die Wandungen der Kupferkessel sind glatt und weich, so daß die Wäsche weder gerieben noch gezerrt wird. Und doch wird sie rein, und das ist das Wunder, daß alles natürlich zugeht. Aber ein Geheimnis ist doch dabei, wie der Betriebsleiter versichert, allen Hausfrauen sei es verraten: es ist dies die gründliche Spülung. Während die Hausfrau etwa 1000 Liter auf einen Zentner Wäsche verbraucht, verschwendet der Betrieb 4000 Liter Wasser auf das gleiche Quantum. Ja, hier vor diesen Spülkesseln könnte man schon Wasserstiefel anziehen. Die gewaschene Wäsche, die vollständig geruchlos ist, wandert nun in große Zentrifugen, wo ihr durch Schleudern der letzte Wassertropfen abgewrungen wird. Schnell läuft das gereinigte Stück nach dem Exhaustor, der sich als großer warmes Föhn betätigt und die Wäsche im nu trocknet. Manche Wäscherei nennt diese Vorrichtung „Rasenbleiche". In besonderen Wärme- und Windkästen werden die gespannten Gardinen getrocknet, in einem Nebensaal sitzen geübte Kunststopferinnen, die Gardinen und Feinwäsche ausbessern.

Dann eine Etage höher das lustigste Bild in „Weiß", die Feinplätterei, mit den vielen Maschinen, auf denen „Glanz" gedrückt statt geplättet wird. Auch hier waltet das Prinzip, die Wäsche nicht durch Zerren und Stoßen zu knissen, sondern durch sinnvolle Vorrichtungen durch Druck über Dampf oder mit heißen Platten zu rollen oder zu plätten, was mit demselben Effekt für die nötige Eleganz geschieht.

Es wird gefordert, daß gute Wäsche vierzig- bis fünfzigmal den Prozeß des Waschens aushalten muß, ehe sie schadhaft wird, schlechter Stoff erlaubt es höchstens fünfzehn- bis zwanzigmal. In letzter Zeit zeigten sich häufig Schäden, die den Wäschereien viel Kopfzerbrechen verursacht haben, ehe man hinter die Ursachen kam: die Radiobastler waren es, die mit dem Herumhantieren von Säuren viel Hauswäsche verderben. Die Hausfrauen werden sich diesen Hinweis merken! Auch die Putzwasser der Küche enthalten meist Säuren, die die Wäsche zerfressen.

„Memento mori."

Der Beerdigungsverein des Sargfabrikanten.

Durch die Inflation waren die Geschäfte des Sargfabrikanten F. im Norden Berlins stark beeinträchtigt. Nicht, daß etwa weniger Menschen starben als früher, im Gegenteil; die Särge des braven Tischlermeisters waren aber zu teuer. So kam er auf eine schlaue Idee; er gründete einen Bestattungsverein: „Memento mori", „Denk' an den Tod".

In vielen Lokalen und Blumenhandlungen Berlin N. prangten vielversprechende Plakate und bald waren viereinhalbtausend Mitglieder beisammen. Unter den Satzungen des Vereins befand sich auch in hervorragendem Deutsch folgender Passus: „Der Verein kann nach Ermessen des Vorstandes und Anbetracht des Kassenbestandes Beihilfen zur Beerdigung gewähren." Und das lockte die Todeskandidaten und deren Familien. Außer den Mitgliedsbeiträgen waren die Mitglieder verpflichtet, bei jedem Todesfall je 5 Pf. zu zahlen. Auch einen besonderen Fonds gab es, in den 25 Proz. aller Beträge abgeführt wurden; das machte in kurzer Zeit 19 000 Goldmark. Vorsitzender des Vereins war natürlich der Tischlermeister F. Das Bureau war in seiner Wohnung. Und er hatte als Vorsitzender mit sich als Sargfabrikanten einen Vertrag geschlossen, nach dem die Mitglieder sich verpflichteten, bei ihm Sarg, Kissen und Leichenwagen zu bestellen. Soweit wäre alles in Ordnung. Der Vorsitzende des „Memento mori", in seiner Person auch Sargfabrikant, wurde aber übermütig. Die Mitglieder behandelte er saugrob. In einem Falle sagte er z. B.: „Seien Sie doch froh, daß Ihre Olle gestorben ist." In einem anderen Falle meinte er: „Das Gebiß braucht die Tote ja nicht, das können wir anders verwenden." Er ließ es aber nicht nur bei derartigen Frivolitäten bewenden, er übervorteilte auch die Mitglieder und machte dabei ein gutes Geschäft. An Stelle eines Leichenwagens beförderte er Tote in seinem Möbelwagen zum Friedhof. Ein Lastauto berechnete er wie ein Leichenluxusauto. Um seinen Schwager auf Kosten des Vereins zu bestatten, fingierte er einen Einbruch in seinem Bureau, bei dem angeblich 150 Mitgliedsbücher gestohlen sein sollten; in Wirklichkeit hatte er sie verbrannt, um später sagen zu können, auch das Mitgliedsbuch seines Schwagers sei „gestohlen" worden. In seiner Buchführung gab es ein derartiges Durcheinander, daß auch Tote immer noch Mitgliedsbeiträge abführten. Als den Mitgliedern des „Memento mori" das Treiben ihres Vorsitzenden zu bunt wurde, setzten sie ihn ab und erstatteten schließlich auch Strafanzeige gegen ihn wegen Betrugs. So hatte er sich gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte zu verantworten. Das Gericht sprach ihn in einigen Fällen frei, verurteilte ihn aber in drei anderen Fällen zu einer Geldstrafe von 750 Mark. Auch ein „Memento", ein kleiner Denkzettel.

Ein rabiater Angeklagter.

Er lehnt den Gerichtshof ab.

Große Schwierigkeiten bereitet dem Gericht die Durchführung eines Strafprozesses gegen den englischen Staatsangehörigen, Dolmetscher Hans Fröhlich, der in Johannisburg in Südafrika geboren ist.

Fröhlich hatte sich auf der Polizeiausstellung einer groben Ausschreitung gegen einen Polizeibeamten schuldig gemacht und wurde wegen Widerstandes angeklagt. Als gegen ihn vor einiger Zeit vor dem Amtsgericht verhandelt werden sollte und der Vorsitzende die auf dem Gebiete des Eigentumsvergehens liegenden Vorstrafen zur Sprache brachte, wurde der Angeklagte so ausfallend, daß der Vorsitzende über ihn eine sofort zu verbüßende Ordnungsstrafe von einem Tag Gefängnis verhängte. Als Fröhlich abgeführt werden sollte, schrie er: „Den möchte ich sehen, der mich einsperrt, eher schlage ich das ganze Gericht zu Klump." Die weitere Folge war die Verhängung einer neuen Ordnungsstrafe von drei Tagen. Bei der Abführung kam es zu einem schweren Kampf des widerspenstigen Angeklagten mit den Justizwachtmeistern, denen es erst mit vieler Mühe gelang, ihn zu überwältigen. Gestern sollte nun gegen Fröhlich der Straffall verhandelt werden. Mit den Händen in den Hosentaschen stellte er sich vor dem Gerichtshof auf und erklärte, daß er den Vorsitzenden wegen Befangenheit aus Anlaß der über ihn verhängten Ordnungsstrafe ab-

48]

Zement.

Roman von Fjodor Gladkow.

Das wird nie in seinem Gedächtnis verlöschen. Und auch jetzt, als er Dascha ansah, regte es ihn auf, und aus seinem Herzen strömte eine Welle von Zärtlichkeit zu ihr. Sie hatte damals, am Abend, nicht so gesprochen, wie vor zehn Tagen. Ungeschickt und mit jedem Worte geizend, erzählte sie ihm von ihrem Abenteuer in der Schlucht. Sie erzählte und sah ihn stirnrunzelnd und forschend an. Und im Scheine der elektrischen Lampe war in ihren Augen ein zitterndes Erstaunen, eine undeutliche, große Frage und eine Begeisterung. Und als Dascha erzählte, wie sie vom Wagen heruntergesprungen war, und wie sie der bärtige Alte zur Schlinge geführt hatte (sie erzählte das ganz einfach, mit einem Lächeln), begann Gljeb selber zu zittern — vor dem bebenden Licht ihrer Augen und vor den gewöhnlich-einfachen, unbeholfenen Worten. Nicht Angst um Dascha, nicht Wut auf Badjin, nicht Eifersucht war das, ein, das war ein trüber Schmerz, ein trübes Schuldgefühl ihr gegenüber und ein Staunen über ihr Geschick, das ihn erschütterte. Und eines fühlte er tief und für immer: von dieser Stunde an wird er ihr nie ein Wort des Vorwurfes sagen, wird sich ihr nie mit einem beleidigenden Männerwunsch, nie mit der Faust, nie mit aufdringlicher Liebkosung nähern. Und wenn er es auch wollte — er könnte es nicht mehr. Die mit ihr verbrachten Tage, von der ersten Begegnung bis jetzt, waren durch ein Schamgefühl und das Bewußtsein seiner Ohnmacht ihr gegenüber vergiftet. Das begriff er ganz plötzlich, ohne Nachdenken, nur durch ihre unbeholfenen Worte, die sie so einfach erzählte, ohne Angst vor dem, was geschehen war, ohne Geschrei und Selbstüberhebung. Er hörte ihr zu, schwieg und zitterte, und konnte seine Augen nicht von ihrem Gesicht wenden. Und dann trat er an sie heran, ganz nahe (die Hände in den Taschen) — berührte sie aber nicht.

„Daschok! . . . Wir alle sind Dummköpfe und Schurken. Nicht dich — uns müßte man alle aufhängen. Bist ein ganzer Kerl, Daschok! . . . sei mir nicht böse, bin ein Hundekerl."

Und ging von ihr weg und legte sich aufs Bett.

Und im Dunkeln, als sie schon beide lagen — er auf dem Bett — sie auf der Erde, drehte sie sich auf ihrem Lager herum, und ihre Stimme ertönte freundlich: „Gljeb . . . schläfst du?"

„Bist ein Kerl, Daschok . . . ein ganzer Kerl! Ich denke an deinen Strick und zittere, und mein Herz zerspringt."

Und sie lachte unter ihrer Decke, wollte etwas sagen — stotterte aber. Konnte sich nicht zurückhalten und lachte wieder.

„Gljeb, und wenn ich dir jetzt erzählen werde, daß ich damals mit Badjin geschlafen habe? Du mußt mir einen Krach machen. Du wolltest doch schon öfter deine Fäuste auf mir ausprobieren."

Und Gljeb war erstaunt: Dascha hatte ihn mit ihrem Scherz, in dem er Unruhe und dunkle Wahrheit hörte, nicht berührt. Sie hatte ihn mit den Worten geschlagen — aber es tat nicht weh. War die Eifersucht in diesen heißen Tagen verbrannt, oder war Dascha ihm mehr geworden, als nur Frau. Sein Herz erregte nur eine Zärtlichkeit zu ihr, wie zu einem neuen Freunde, den er niemals früher gehabt hatte.

„Mein Schädel ist jetzt wie ein Feuerherd, Daschok . . . ich denke an den Strick und an deine Abenteuer — und alle meine Eingeweide tun mir weh. . . . Nun, wenn es war, so war es eben. Wir sind Hundekerle, und du kannst mit mir machen, was du willst. Man muß jetzt den Menschen von einer anderen Seite packen. Gut . . . es wird schon die Stunde kommen — wir werden schon lernen, bis ins Tiefinnerste des Menschen einzudringen. . . . Aber jetzt tun mir nur die Eingeweide weh, Daschok."

Und Dascha lachte wieder in ihrem Winkel, unter der Decke.

„Schlaf nur . . . ich weiß nicht . . . mir ist, als ob mein Leben mich zu meinen jungen Jahren zurückführte — aber nur durch einen anderen Weg."

Sie lag ruhig, rührte sich dann wieder, und wieder ertönte ihre Stimme: „Gljeb? . . . Schläfst du?"

Und Gljeb hatte noch nicht geantwortet, als sie sich von ihrem Lager erhob, mit ihren nackten Fersen über den Boden lief und unter seine Decke schlüpfte.

•

Sawtschuk, an der Spitze der Bauarbeiter, nähte die Schienen mit Nägeln an die Eisenbahnschwellen, dröhnte mit dem Hammer im trunkenen Anfall eines von Arbeit toll gewordenen Menschen. Das Gesicht war blutunterlaufen, die Augen glühten Blut, und die dicken Adern an den Händen und am Halse flochten sich wie knorrige Stricke durch die Muskeln unter der von Anstrengung und Schweiß aufgedunsenen Haut.

Gljeb hob die Erdhacke auf seine Schultern und ging von der Mjechowa weg in die ersten Reihen.

„Hau nur drein, Sawtschuk, Teufelsböttcher! . . . Hau nicht mit dem Hammer, sondern mit deinem ganzen Bauch!"

„Ja, wir hauen, wir Teufelskerle! . . . Wenn du uns aufgehetzt hast — so stell dich an die Spitze, niederträchtiger Freund, du. . . . Wir werden auch für das Werk Feuer finden."

„Oho, Genossen! Wir werden die Berge im Sturm nehmen, damit sie alle aufbrüllen — hurra!"

Er schwenkte seine Erdhacke, und seine Adern am Hals quollen vom Gebrüll auf. Und die Massen rissen ihre Hämmer, ihre Spaten und Erdhacken in die Höhe — wie eine Armee ihre Waffen — und wurden erregt und wild durch das lärmende Getöse: „Rraa! . . . rraa!"

Und von der Höhe sah Gljeb, wie das gewaltige, erschütternde Heulen und das Getöse wie eine lebendige Welle herunterrollte bis zum Fuße des Berges. Dort waren die Menschen klein wie Ameisen. Sie schwenkten auch dort ihre Hände und Werkzeuge und schrien auch dort mit.

Mjechowa schaute Gljeb mit großen Augen an.

Die letzten Schienen wurden an den Schwellen befestigt. Seile lagen schlangenartig auf den Rollen und surrten mit ihrem Metall wie Saiten. Die Räder sättigten sich im elektrischen Fluge.

Die Rotarmisten standen, auf ihre Gewehre gestützt, in dem Bergpaß. Ueber ihnen und an ihnen vorbei flossen im grünen Schaume Sträucher und Bäume herunter. Die Gewehre und Helme sind kernig und wachsam, und scharf schauten die Genossen Rotarmisten auf die Felsen und schwarzen Schluchten, die auf der anderen Seite des Berges sind.

Zerschlagen, mit zitternden Knien, mit von Blut aufgequollenem Gesicht, trat Sergeij aus den Reihen. Er kam an die Mjechowa heran und ließ sich auf die Steine fallen.

„Nun, lieber Intellektueller? . . . Werden Sie vielleicht jetzt sagen, daß die Wurzeln der kommunistischen Arbeit nicht immer süß sind?"

Und die Mjechowa schlug ihm freundlich auf den Arm.

Sein Lächeln erglühte freudig und kindlich, und von der Nase und vom Kinn rollte in feurigen Tropfen der Schweiß herunter. Er nahm Poljas Hand und drückte sie fest und freundschaftlich.

(Fortsetzung folgt.)

lehne. Da über diesen Antrag von anderen Richtern entschieden werden muß, so verfiel auch die neue Verhandlung der Vertagung, und die geladenen Zeugen werden zum dritten Male vor Gericht erscheinen müssen.

Schlichting und Klebe rehabilitiert.

Der Zusammenbruch einer Verleumdungshetze.

Bereits im gestrigen Abendblatt haben wir über das Zustandekommen eines Vergleichs zwischen den Angeklagten und dem Nebenkläger berichtet. Die Verteidiger der Angeklagten, die Justizräte Dr. Fraenkel und Dr. Oskar Cohn hatten gemeinsam mit den Vertretern des Nebenklägers den Rechtsanwälten Dr. Diamand, Dr. Weinberg und Dr. Schlesinger während der Verhandlungspause sich auf folgenden Vergleichstext geeinigt: Die Angeklagten erklären: Verhandlung und Beweisaufnahme haben sie überzeugt, daß die von ihnen gegen den Stadtrat Schlichting und den Verbandsvorsitzenden Klebe gemachten Vorwürfe nicht aufrechterhalten werden können; daher nehmen sie sie zurück. Nachdem beim Stellvertretenden Oberbürgermeister Scholz die Genehmigung zur Rücknahme des Strafantrages gegen Gentsch eingeholt worden war, nahm das Gericht die Erklärung der Angeklagten zu Protokoll. Hierauf zog auch der Stadtrat Schlichting seine Strafanträge gegen Gentsch und Jakobi zurück.

*

Damit ist eine seit langem geführte Verleumdungskampagne gegen die persönliche Ehre der beiden Vorsitzenden des Verbandes der Maschinisten und Heizer schmählich zusammengebrochen. Die von der „Roten Fahne" geführte Verleumdungshetze liegt freilich ganz auf der Linie der „Politik" der KPD. nach leninistischem Rezept. Es gilt, die Gewerkschaften zu „erobern". Da es den Kommunisten an sachlichen Argumenten fehlt, um die Mitglieder der Gewerkschaften auf ihre Seite zu bringen, wird der Kampf der „Opposition" gegen die Personen der führenden Gewerkschaften mit den verwerflichsten Mitteln organisiert. Jeder Klatsch, jede Vermutung, jedes Gerücht wird als bombensichere Tatsache hingestellt. So hofft man die Führer zur Strecke zu bringen und sich selbst an deren Stelle zu setzen. Das ist die „Eroberung der Gewerkschaften".

Die Moral, die aus der gestrigen Gerichtsverhandlung zu ziehen ist, bei der die Verleumder sehr billig wegkamen, muß die entschlossene Abwehr gegen diese unwürdige Kampfmethoden sein. Es handelt sich hier nicht nur um die persönliche Ehre der Genossen Klebe und Schlichting. Tausende unserer besten Kämpfer werden täglich von der „Opposition" in den Schmutz gezogen. Damit muß endlich Schluß gemacht werden!

Dr. Goebbels beschimpft die Republik.

Nachdem die Nationalsozialistische Partei verboten ist, hält Herr Dr. Goebbels Privatversammlungen ab, in denen weidlich auf die Republik geschimpft wird. Am Freitag hielt er eine Versammlung in Haberlands Festsälen ab, in der er über das Thema „Die neue Monarchie" sprechen wollte. Die Polizei hatte diese Versammlung genehmigt. Dr. Goebbels aber 1000 Mark Geldstrafe angedroht, wenn er in der Versammlung für die Fortsetzung der Nationalsozialistischen Partei werbe. Zu Beginn der Versammlung ermahnte der Vorsitzende die Goebbels-Anhänger, nach der Versammlung nicht laut schreiend durch die Straßen zu ziehen. Scheinbar haben auch diese Anhänger gelernt, daß man nicht ungestraft Straßenpassanten anpöbeln darf. In seinem Referat sprach Goebbels weniger über eine neue Monarchie, mehr aber über die Republik. Von ihr behauptete er, daß sie keinen großen Staatsmann, nicht einmal einen großen Verbrecher, sondern nur Nullen gebracht hätte. Er erhob weiterhin gegen die Führer der Republik Vorwürfe, daß sie nur schieben würden. Er gab aber in weiteren Ausführungen zu, daß es gute Republiken und schlechte Monarchien gegeben hätte. Wie er selbst zur Frage der Staatsform steht war aus den mehr als verworrenen Ausführungen nicht zu erkennen.

Ein Führer durch die Stadtverwaltung.

Das „Amtsbuch der Stadt Berlin", herausgegeben im Auftrage des Magistrats vom Städtischen Nachrichtenamt, ist erschienen. Man kann es als eine Fortsetzung der früher alljährlich erschienenen „Personalnachweisung der Berliner Gemeindeverwaltung" ansehen, des sogenannten „Rotbuches", das zum letzten Male im Jahre 1920 herauskam. Sieben Jahre hindurch hat man ohne das gewohnte und bewährte Auskunftsbuch sich behelfen müssen. Geldschwierigkeiten der Inflationszeit und die allmähliche Neugestaltung des Verwaltungsapparates der großen Einheitsgemeinde Berlin nötigten dazu, die Herausgabe des „Rotbuches" bis auf weiteres zu unterlassen. Das jetzt unter dem neuen Titel „Amtsbuch" veröffentlichte Werk stellt zum ersten Male seit dem Zustandekommen der Einheitsgemeinde den Aufbau der gesamten städtischen Verwaltung des größeren Berlin dar. Selbstverständlich war auch für das „Amtsbuch" eine gänzliche Neugestaltung gegenüber dem früheren „Rotbuch" erforderlich. Unterhaltend ist das Buch nicht, aber sehr nützlich und nötig für jeden, der mit der städtischen Verwaltung und ihren zahlreichen Dienststellen zu tun hat. Es ist eine Art Adreßbuch, das die genauesten Auskünfte gibt über die Körperschaften der Stadt und ihrer Verwaltungsbezirke, über die Stadtbezirkseinteilung der alten Stadt und der neu hinzugekommenen Vorortgebiete, über Stadtausschuß, Polizeiverwaltung, Versicherungsamt, Kirchen städtischen Patronats, gemeinnützige Anstalten und Einrichtungen, städtische Gesellschaften, auch über die Vertretung der städtischen Beamten, Angestellten und Arbeiter. In dem aus vielen Tausenden von Angaben mit peinlichster Sorgfalt zusammengestellten Nachschlagebuch steckt eine Arbeitsleistung, deren Schwierigkeiten und Mühen vielleicht mancher Benutzer kaum recht zu würdigen wissen wird.

Der erste Jugendhort in Neukölln.

Die starke Nachfrage nach jugendlichen Arbeitskräften in den letzten Monaten verursachte eine ständige Abnahme der Teilnehmer an den Erwerbslosenkursen. In den letzten Wochen war die Inanspruchnahme der Kurse so gering geworden, daß ihre Schließung notwendig wurde. Das Bezirksjugendamt Neukölln will jedoch nach einem Beschluß des Verwaltungsausschusses allen jugendlichen Personen beiderlei Geschlechts auch in Zukunft die Möglichkeit bieten, ihre Freizeit in schönen warmen Räumen bei Spiel, Unterhaltung und Belehrung zu verbringen. Zu diesem Zweck stehen zurzeit allen männlichen und weiblichen Jugendlichen in der Zeit von täglich 17 bis 22 Uhr Jugendhorte zur Verfügung. Hier soll sich jeder Jugendliche nach seinen Neigungen und Fähigkeiten beschäftigen können. Handwerkszeug für Bastelarbeit in der Tischlerei und Buchbinderei steht zur Verfügung. Die am Zeichnen interessierten Jugendlichen finden weiterhin sachgemäße Anleitung. Außerdem stehen gute Bücher und Spiele zur Verfügung. Vorträge aller Art sollen belehren und unterhalten. Zum Abendbrot, was sich jeder selbst mitbringen muß, wird Tee verabreicht. Vor einigen Tagen wurde zunächst ein Jugendhort für Jugendliche beiderlei Geschlechts im früheren Jugendheim Rogatstraße 53 v. pt. eröffnet. Die Einrichtung eines zweiten Hortes ist in Vorbereitung.

„Halbe Kassenpreise!"

Ein Leser des „Vorwärts" führt in einer Zuschrift an uns Klage über schlechte Platzzuweisung im Metropoltheater. Auf Grund eines Inserats in der „Frühstunde" hat der Beschwerdeführer zwei Karten „zu halben Kassenpreisen" für Parkettplätze à 3 M. (statt für 6 M.) verlangt, hat aber nur Karten für eine sogenannte zweite „Rangloge" erhalten, obwohl er fünf Tage vor dem in Aussicht genommenen Theaterbesuch die Karten erwarb. Von den angewiesenen Plätzen aus war so wenig von der Bühne und der Handlung des Stückes zu sehen, daß unser Gewährsmann auf den Besuch verzichtete. Er hat also zu den verlorenen 6 M. noch das Geld für Programm, Garderobe und Fahrt unnötig ausgegeben. Er meint, daß ein Viertel des Kassenpreises für diese Plätze noch zu hoch sei, und er ist ferner der Ansicht, daß die Plätze nur deshalb unter marktschreierischer Reklame angepriesen werden, weil das Metropoltheater sie sonst überhaupt nicht los werden würde. Im Großen Schauspielhaus, so schreibt unser Abonnent, würde den Besuchern so etwas nicht geboten, obwohl es auch Plätze zu „halben Preisen" anbietet.

Die Mißerfolge der Ozeanflüge.

Der Ozeanflugrummel, den die Welt in diesem Jahre reichlich zu kosten bekommen hat, ist hoffentlich vorüber. Viele Versuche sind gemacht worden, den Ozean zu überfliegen. Einige wenige sind geglückt, wobei es sich lediglich um sportliche Leistungen handelt, dagegen hat die Mehrzahl unter Hinterlassung schwerer Menschenopfer geendet. Bei einigen Unfällen sind die Beteiligten gerade noch so mit heiler Haut davongekommen.

Es handelt sich bei den ganzen Versuchen immerhin um Unternehmungen, die, jede einzelne von ihnen, mehr oder weniger sehr viel Geld gekostet haben für eine Sache, deren praktischer Zweck vorderhand noch ganz fehlt. Damit soll ein späterer Luftverkehr über den Ozean nicht in das Reich der Utopie verwiesen werden.

Der Ozeanflugverkehr wird kommen,

aber es wird noch eine gute Weile dauern. Vorläufig sind die Voraussetzungen für ihn noch nicht gegeben. Die Hauptvoraussetzung für ihn liegt nämlich im Vorhandensein geeigneter Flugzeuge. Darüber später noch ein Wort. Die Flüge von Lindbergh, Chamberlin, Byrd haben gezeigt, daß es Flugzeugführer gibt, die die Nerven haben, einen solch langen Flug auszuführen, weiter, daß es Motoren gibt, die bei solch langer Flugdauer einwandfrei funktionieren und daß es Flugzeuge gibt, die man bis an ihre oberste Grenze belasten kann. Sie haben aber im gleichen Maße gezeigt, daß es vorläufig mit den Navigationsinstrumenten noch schlecht bestellt ist. Die Flüge sind geglückt; sie lassen aber in keiner Weise Schlüsse auf einen späteren regelmäßigen Luftverkehr zu; sie sind und bleiben Glückserfolge. Die vielen mißlungenen Flüge sprechen eine zu deutliche Sprache. An sich sind die ununterbrochenen Flüge über den Ozean ein Unsinn, denn im Ernst wird kein Mensch daran denken, in einem Zuge nach Amerika fliegen zu wollen bzw. von dort nach Europa. Daß ein späterer Transozean-Luftverkehr ebenso in Etappen (d. h. mit Zwischenlandungen) vor sich gehen wird wie der Luftverkehr über dem Kontinent bzw. der Dampferverkehr ist eine Selbstverständlichkeit. Ozeanflugunternehmungen erscheinen heute nur dann gerechtfertigt, wenn sie auch einen praktischen Zweck erfüllen. Dieser liegt nicht etwa darin, einmal für teures Geld Post von Kontinent zu Kontinent befördern zu wollen, damit auch den Briefmarkensammlern einmal etwas Neues geboten wird. Vielmehr sind solche Flüge nur dann gutzuheißen, wenn sie tatsächlich einen ernsten Versuch darstellen, all die Voraussetzungen zu ergründen und Erfahrungen zu sammeln, die später einmal einem solchen Verkehr als Grundlage dienen können. Denn ehe einmal der Ozeanflugverkehr zur Wirklichkeit werden kann, muß durch solche Versuchsflüge restlose Aufklärung erbracht werden.

Die von der „Severa" mit einem dreimotorigen Junkers- und einem Heinkel-Seeflugzeug ausgerüstete Expedition sollte auch nur als ein derartiger Versuch betrachtet werden. Deshalb hat man auch schon von vornherein mehrere Zwischenlandungen vorgesehen. Es handelt sich dabei um Flugzeugtypen, die sich bisher auf ihrem eigentlichen Gebiet unbedingt bewährt haben. Aber nicht auf dem Ozean, das ist der springende Punkt. Der Begriff hochseefähig hinkt vorläufig noch; das haben wir voriges Jahr beim Seeflugwettbewerb in Warnemünde gesehen. Von zwei Flugzeugen gleichen Typs bestand nur eins die Seetüchtigkeitsprüfung, das andere konnte dem Seegang nicht standhalten. In dieser Hinsicht hat sich bisher kaum etwas geändert. Die beiden Severa-Flugzeuge sind Zweischwimmer-Maschinen. Auf ruhigeren Gewässern als es der Ozean ist haben sich Schwimmerflugzeuge gut bewährt; sie sind aber nicht der geeignete Typ für Ozeanflüge. Beide Flugzeuge haben vor Horta (Azoren) mehrfach versucht, mit voller Belastung aus dem Wasser zu kommen, es ist ihnen jedoch nicht gelungen. Und schließlich ist die Heinkel-Maschine kürzlich ein Opfer des hohen Seeganges geworden und auch die andere wurde beschädigt.

*

Das mehrmotorige Flugboot.

Ehe man jedoch an neue Versuche herangeht, sollte man zunächst erst einmal den Flugzeugtyp schaffen, der einzig und allein für den Ozeanflug geeignet sein dürfte. Dies ist zweifellos das mehrmotorige Flugboot bzw. seine in größere Abmessungen gehende Weiterentwicklung, die man vielleicht analog dem Schiffsbau als Flugschiff (nicht zu verwechseln mit Luftschiff) bezeichnen kann. Die Verwendung mehrerer Motore — mindestens drei — ist vom Standpunkt der Betriebssicherheit und Zuverlässigkeit eine Notwendigkeit. Die Konstruktion muß unbedingte Hochseefähigkeit auch bei stärkstem Seegang gewährleisten. Es bestehen ja auch in Deutschland Absichten, Ozean-Versuchsflüge mit Flugbooten auszuführen. Dem Vernehmen nach sollen die bisherigen Werkstattflüge dieser Boote zu vollster Zufriedenheit ausgefallen sein. Aber es darf nicht übersehen werden, daß diese Boote ihre Ozeanfreifähigkeit erst noch unter Beweis zu stellen haben. Von großer Wichtigkeit ist weiterhin die Verbesserung der Navigationsinstrumente. Von ihnen ist der Transozeanflug wie auch der Nachtflug in hohem Maße abhängig. Man sollte aber solange von allen weiteren Versuchen absehen, bis nicht all die Hilfsmittel einwandfrei geschaffen sind, die für solche Expeditionen unerläßlich sind.

Das gestützte Haus.

Ein Unglück kommt selten allein.

Die Einsturzgefahr des Grundstückes Große Frankfurter Straße 85, über die wir im gestrigen Abendblatt ausführlich berichteten, konnte im Laufe der frühen Nachmittagsstunden behoben werden.

Rundhölzer und Balken, die den morschen steinernen Hauptpfeiler umgeben, sind fest verankert worden und schließen jede weitere Gefahr aus. Da keinerlei Bedenken mehr bestanden, wurden die über der Unfallstelle auf der linken Hausseite gelegenen Wohnungen von der Baupolizei ebenfalls freigegeben, und die Mieter konnten ihre Räume wieder beziehen. Unsere Annahme, daß bei den Umbauarbeiten nicht mit der notwendigen Umsicht bzw. Vorsicht verfahren wurde, erhält durch eine amtliche Mitteilung des Städtischen Nachrichtenamtes ihre volle Bestätigung. Es heißt darin: „In der Großen Frankfurter Straße 85 wird ein Laden ausgebaut. Zu diesem Zweck sind tragende Mauern entfernt und das darüber liegende Mauerwerk durch Unterzüge abgefangen worden. Der Auflagerteil für die Unterzüge ist am 25. November in den Morgenstunden unter der schweren Last gebrochen. Der Umbau wurde von der Baupolizei genehmigt. Für diese schwer belasteten Pfeiler waren Hartbrandsteine in Zementmörtel vorgeschrieben. Der Bauausführende hat aber den Pfeiler nicht so wie vorgeschrieben ausgeführt, sondern das alte Mauerwerk stehen gelassen, das aus Feldsandsteinen in Kalkmörtel vor etwa 150 Jahren hergestellt war. Unter der Last sind die schwach gebrannten Feldsandsteine zerdrückt worden. Zur Sicherung des Hauses wurde auf Veranlassung der Baupolizei der schwer belastete Pfeiler durch schnell herbeigeholte Holzsteifen entlastet. Bisher ist noch nicht entschieden, auf welche Bauweise das aus den Holzsteifen bestehende Provisorium abgelöst werden soll.

Ein Unglück kommt selten allein! Kaum war die Einsturzgefahr behoben, da mußte die Feuerwehr am Nachmittag nach derselben Unglücksstätte ausrücken. Das Hauptabzugsrohr eines Ofens lag zu dicht an zwei Stützbohlen, die Feuer fingen. Der Brand konnte jedoch schon nach kurzer Zeit gelöscht werden.

Erfolgreiche Klingelfahrer.

In die „Höhle des Löwen" wagten sich Klingelfahrer in Charlottenburg hinein. In den Nachmittagsstunden öffneten sie, während niemand zu Hause war, mit Dietrichen an der Wohnung eines höheren Kriminalbeamten ein gutes Sicherheitsschloß, fühlten sich wohl nicht recht sicher, arbeiteten mit großer Eile, machten aber dennoch für mehrere tausend Mark Beute. In die Hände fiel ihnen besonders altes zwölfkötiges Silber, darunter eine große Suppenkelle mit altertümlichen Verzierungen und 20 Eßlöffel. Einer der Löffel ist graviert 30. 9. 83. Einige Stücke tragen ein altes Familienwappen mit dem Hakenkreuz. Einen großen Kasten mit Alfenidebestecken nahmen die Verbrecher ebenfalls mit, weil sie die Sachen ohne Zweifel für Silber gehalten haben. Der Kasten ist mit schwarzem Kalikot bezogen und innen mit blauer Seide ausgeschlagen.

In der Babelsberger Straße drangen die Spezialisten mit einem Nachschlüssel in eine Wohnung ein, sicherten sich gegen Ueberraschung, indem sie eine große Truhe vor die Eingangstür schoben, fanden die Schlüssel zu den Behältnissen und stahlen u. a. aus einer Kassette, die sie erbrachen, für 16 000 M. Ringe, Armbänder, Broschen und andere Schmucksachen. Als sie Leute die Hintertreppe heraufkommen hörten, räumten sie die Truhe schleunigst weg und verschwanden über die Vordertreppe. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminalkommissar Kanthack, Dienststelle K. I. im Polizeipräsidium.

Volkswochenschau. In den Mozart-Lichtspielen, Petersburger Straße 90, läuft zurzeit die neue Ausgabe der Volkswochenschau. Sie zeigt Aufnahmen von der Ueberschwemmungskatastrophe in Schottland, spannende aktuelle Sportaufnahmen aus aller Welt, reizende Tierbilder, Ausschnitte aus dem Filmatelierleben, die neueste Aufnahme des Dichters der „Weber", Gerhart Hauptmann, und vieles andere.

Verbrechen und Hypnose.

Der Prozeß des Experimentalpsychologen Erichsen.

Vor der Strafkammer des Landgerichts Hirschberg i. Schl. begann gestern die Berufungsverhandlung gegen den Vortragsredner und Experimentalpsychologen Erichsen, der am 18. Juni vorigen Jahres wegen eines Sittlichkeitsverbrechens an der zwanzigjährigen Elfriede H. in Tateinheit mit Körperverletzung und tätlicher Beleidigung zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus und zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf drei Jahre verurteilt worden ist. Auch wurde der Geschädigten eine Buße von 3000 M. zugesprochen.

Der Prozeß ist, abgesehen von der in Deutschland nicht unbekannten Persönlichkeit des 49jährigen Vortragsreisenden Erichsen, auch rein kriminalistisch von gewissem Interesse. Das viel diskutierte Problem „Verbrechen und Hypnose" steht hier wieder einmal zur Entscheidung. Ist es möglich, durch hypnotische Manipulationen einen Menschen in einen derart willenlosen Zustand zu bringen, daß er gezwungen werden kann, an sich ein Sittlichkeitsverbrechen zu dulden, wie das Erichsen zur Last gelegt. Dieses Problem zu lösen sind die zahlreich anwesenden Sachverständigen berufen, darunter auch Prof. Moll, Berlin. Eine nicht geringe Anzahl von Sachverständigen, unter ihnen auch Prof. Strauch, Berlin, wird über die medizinische Frage ihr Gutachten zu erstatten haben. Der Fall Erichsen hat seinerzeit in Hirschberg großes Aufsehen erregt. Erichsen befand sich am 15. Juni v. J. in Warmbrunn im Riesengebirge, um dort eine Reihe von Vorträgen zu halten. Er war im Kurhaus abgestiegen. Hier ließ er sich in seinem Zimmer mit dem Stubenmädchen Elfriede H. in ein Gespräch ein, fragte sie, warum sie so blaß aussehe, und nahm an ihr eine Untersuchung vor. Das gleiche wiederholte er am nächsten Morgen. Das Mädchen lief aber zu ihrer Herrschaft und erklärte, Erichsen habe an ihr etwas vorgenommen, sie könne nicht sagen, was es sei. Die Folge davon war eine sofortige Untersuchung des Mädchens durch den Arzt, die polizeiliche Vernehmung Erichsens und das Verbot seines Vortrages. Das Urteil erster Instanz hatte nicht zuletzt auf Grund des Gutachtens Dr. Moll angenommen, daß Erichsen das Mädchen durch Hypnose in einen willenlosen Zustand gebracht und sich bei dieser Gelegenheit an ihr vergangen habe. Erichsen bestritt damals mit aller Entschiedenheit, die Elfriede H. überhaupt hypnotisiert zu haben. Das gleiche behauptete er auch in der gestrigen Gerichtsverhandlung. Er schilderte u. a. ausführlich seinen Lebensgang und seine Tätigkeit als Hypnotiseur. Er erklärte, sich mit der H. nur aus dem Grunde ins Gespräch eingelassen zu haben, weil er Material für sein großes wissenschaftliches Werk sammle.

Der Prozeß findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt.

Weiterer städtischer Zuschuß an das Philharmonische Orchester. Dem Philharmonischen Orchester ist im diesjährigen Haushalt von der Stadt eine Beihilfe von 105 000 M. in der Erwartung bewilligt worden, daß sich durch Beteiligung des Reichs der Gesamtjahreszuschuß an das Orchester aus öffentlichen Mitteln auf 200 000 M. belaufen würde. Die städtische Beihilfe ist bereits in den Monaten April—Juni zur Auszahlung gelangt, und ferner ist dem Orchester Mitte Juli der Betrag von weiteren 50 000 M. vorschußweise auf die zu erwartende Reichsbeihilfe gezahlt worden. Ende August hat nun das Orchester um Zahlung weiterer 45 000 M. gebeten, die den Restbetrag der aus öffentlichen Mitteln in Aussicht gestellten Gesamtsumme darstellen. Die Nachprüfung der Bücher des Orchesters durch die Hauptprüfungsstelle hat ergeben, daß die Mittel Ende August fast vollständig aufgebraucht waren. Da für September Einnahmen, die für die Zahlung der Monatsgagen ausreichten, nicht eingingen, hat das Orchester durch Aufnahme eines Darlehns schwerwiegende finanzielle Verpflichtungen eingehen müssen. Das Reichsinnenministerium hat dem Magistrat mitgeteilt, daß die in Betracht kommenden Mittel erschöpft seien, und daß die Beihilfe aus Reichsmitteln nur gewährt werden könne, wenn der Reichsfinanzminister den Betrag außeretatmäßig zur Verfügung stelle, worüber Verhandlungen schwebten. Der Magistrat hat nun beschlossen, die 45 000 M. zu bewilligen, da dem Philharmonischen Orchester dringend Hilfe zuteil werden muß.

Der Lehrplan der Verwaltungsakademie hat für das beginnende Wintersemester eine bemerkenswerte Erweiterung auf dem Gebiet des Wirtschaftsrechts erfahren. Prof. Dr. Thal wird über die „organisatorischen Grundlagen der geltenden Wirtschaftsverfassung"

Laxin Das ideale Abführ-Konfekt

lesen und, soweit aus der Inhaltsangabe im Vorlesungsverzeichnis zu ersehen ist, aktuelle, an der Grenze zwischen Rechts- und Gesellschaftswissenschaft liegende, wirtschaftliche Verfassungsprobleme behandeln.

Die Potsdamer Kaiserbilder.

Potsdam will Museum werden.

Das Provinzialschulkollegium hat den Magistrat Potsdam mehrfach ersucht, die drei Kaiserbilder aus der Aula des Städtischen Realgymnasiums entfernen zu lassen. Der Magistrat steht auf dem Standpunkt, daß er die Bilder nur dann entfernen lassen könne, wenn die erforderlichen Kosten von der Stadtverordnetenversammlung bewilligt würden. Eine diesbezügliche Vorlage lag gestern in der Stadtverordnetensitzung vor. Mit großer Mehrheit wurde die Vorlage abgelehnt, dagegen stimmten Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Deutschnationalen ließen durch Dr. Averdunk erklären, daß es kein Gesetz gebe, welches die Entfernung von Bildern verlangen könne. — In Potsdam scheint es immer mehr Tradition werden zu wollen, gegen die Republik zu demonstrieren. Wahrscheinlich bedauern die ewig Unbelehrbaren, daß sie nicht auch den Staub konservieren können, der auf all dem höfischen Zauber lagert. Aber, sie mögen sich gegen die neue Zeit wehren, soviel sie wollen. Die Vergangenheit wird ewig vergangen bleiben, auch wenn Potsdam ihr Museum werden sollte. Nach einem Aufruf des Potsdamer Magistrats fänden sich aber sicherlich genügend Republikaner, die die Kaiserbilder unentgeltlich entfernten.

Die Reise nach Danzig.

Ohne und mit polnischem Visum.

Die Bestimmungen über den Reiseverkehr zwischen dem Deutschen Reich und Danzig sind in der Oeffentlichkeit noch immer nicht hinreichend bekannt, so daß eine übersichtliche Zusammenstellung verschiedener Reisemöglichkeiten zweckmäßig erscheint:

Reisende ohne polnisches Durchreisevisum können benutzen: 1. Im Anschluß an die privilegierten Züge oder Zugteile in Marienburg die beiden visumfreien Zugpaare (Danzig ab 10,47 Uhr, 20,39 Uhr, Marienburg ab 7,00 Uhr, 16,35 Uhr, Marienburg an 12,18 Uhr, 22,15 Uhr, Danzig an 9,19 Uhr, 18,03 Uhr), die im Anschluß an die Ostpreußenzüge D 1 und D 3, D 2 und D 4 zwischen Marienburg und Danzig verkehren. Oder 2. die von Marienburg ebenfalls im Anschluß an die gleichen Züge verkehrende Kraftwagenlinie Marienburg—Danzig. Fahrscheine dafür sind in Marienburg bei der Fahrkartenausgabe und bei den Kraftwagenführern am Bahnhof, in Danzig sowie in Zoppot im Reisebureau des Norddeutschen Lloyd und bei den Kraftwagenführern zu haben. 3. Die Flugzeuge, die zwischen Berlin—Danzig—Königsberg (Pr.) verkehren.

Reisende mit polnischem Durchreisevisum können nach Danzig fahren: 1. Ueber (Schneidemühl)—Konitz in den Personenzügen 435, T 431 und 423, Gegenrichtung 432, 428 und T 434. Umsteigen in Konitz und Dirschau. 2. Ueber (Stettin)—Gr. Boschpol in den Personenzügen 596 und 593. 3. Unter Mitbenutzung privilegierter Züge über (Schneidemühl)—Konitz—Dirschau in den Schnellzügen D 1 und D 2 sowie in den offenen Zugteilen der Schnellzüge D 7 und D 8. Letztere führen in Deutschland 1. bis 3. Klasse, in Polen nur 1. und 2. Klasse. Die Reisenden 3. Klasse, die in Konitz für die polnische Strecke nicht in eine höhere Wagenklasse übergehen wollen, müssen dort umsteigen; die übrigen Reisenden brauchen erst in Dirschau umzusteigen. Ueber (Stettin)—Gr. Boschpol in den offenen Zugteilen der Schnellzüge D 23 und D 24 und der Personenzüge 591 und 593. 4. In allen übrigen privilegierten Zügen oder Zugteilen des Ostpreußenverkehrs bis Marienburg und von Marienburg über Dirschau nach Danzig mit den Zügen des Wechselverkehrs.

Für Reisende, die ihren dauernden Wohnsitz in Ostpreußen haben, genügt zur Grenzüberschreitung von Ostpreußen nach Danzig ein Personalausweis mit Lichtbild. Alle übrigen Reichsangehörigen müssen im Besitze eines deutschen Passes sein, obwohl Sichtvermerke (Visen) nicht verlangt werden. Ausländer müssen sich beim Ueberschreiten der Reichsgrenze durch ihren Heimatspaß ausweisen und bei der Ein- und Ausreise im Besitze eines deutschen Sichtvermerkes sein. Bei Benutzung der visumfreien Verbindungen (siehe oben) wird kein polnisches Visum benötigt. Sämtliche Reisende bedürfen jedoch eines polnischen Sichtvermerks, wenn polnisches Gebiet in offenen Zugteilen der privilegierten Durchgangszüge des Ostpreußenverkehrs oder nach Umsteigen an der Grenze mit Zügen des innerpolnischen Verkehrs durchfahren wird. Paß- und Zollabfertigungen finden statt bei den Zügen: über Schneidemühl—Firchau—Marienburg: deutsche in Firchau und Marienburg, polnische in Konitz und Dirschau, Danziger in Simonsdorf; über Stettin—Gr. Boschpol—Marienburg: deutsche in Gr. Boschpol und Marienburg, polnische in Strebielin und Gdingen, Danziger in Zoppot; über Firchau—Dirschau—Danzig: bei den Schnellzügen D 1 und D 2 in Konitz und Dirschau (gemeinsame deutsch-polnische Abfertigung); bei den sonstigen Zügen in Firchau, Konitz, Dirschau und Simonsdorf.

Weihnachtssonderzüge nach Ostpreußen

Mit 50 Prozent Fahrpreisermäßigung.

Die Reichsbahndirektion Berlin teilt mit, daß am Donnerstag, dem 22. und Freitag, dem 23. Dezember, je ein Sonderzug 3. Klasse mit 50 Proz. Fahrpreisermäßigung nach Insterburg über Marienburg verkehren wird. Die Züge fahren in folgendem Fahrplan: Berlin Friedrichstraße ab 19.22 Uhr, Bahnhof Alexanderplatz ab 19.30 Uhr, ab Schlesischen Bahnhof 19.43 Uhr, an Marienburg 5.30 Uhr, an Elbing 6.10 Uhr, an Braunsberg 7.23 Uhr, an Königsberg 8.46 Uhr und an Insterburg 10.37 Uhr. Die Fahrpreise für die Hin- und Rückfahrt betragen von Berlin Stadtbahn nach Marienburg 22,60 M., nach Elbing 24 M., nach Braunsberg 26,80 M., nach Königsberg 30 M. und nach Insterburg 34,40 M. Die Fahrkarten zu diesen Zügen können nur schriftlich durch Ausfüllung besonderer Bestellkarten, die bei sämtlichen Fahrkartenausgaben kostenlos abgegeben werden, bestellt werden. Diese Bestellkarten sind frühestens zum 5. Dezember an die Fahrkartenausgabe des Bahnhofs Friedrichstraße und zwar ausschließlich mit der Post einzusenden. Vor diesem Tage eingehende oder andere Bestellungen müssen unbeantwortet und unberücksichtigt bleiben.

Polizei und Psychotechnik.

Die Auswahl der Schupobeamten.

In allen modernen Großbetrieben Europas wird heute die Psychotechnik als Mittel zur Steigerung der Leistung verwendet. Eisenbahn, Post, Straßenbahn, Handwerk und Fabrik bedienen sich der psychologischen Eignungsprüfungen, um eine richtige Auswahl der Stellenanwärter zu treffen, um den Grundsatz, daß der richtige Mann an die richtige Stelle gestellt werden müsse, zu verwirklichen. Ferner will man durch die Verwendung psychotechnischer Maßnahmen geeignete Methoden suchen, um bei einer verhältnismäßig kleinen Anstrengung verhältnismäßig hohe Leistungen zu erzielen.

Auch die Polizei stellt heute die Psychotechnik in ihren Dienst. Aufschluß darüber und zugleich einen sehr interessanten Einblick in die damit zusammenhängenden Probleme, Methoden und Erfahrungen gibt das im Gerhard-Stalling-Verlag erschienene Buch „Psychotechnik und Polizei" von Dr. R. W. Schulte. Mit Hilfe eines ausgezeichneten Bildmaterials und einigen Anlagen ist es dem Verfasser geglückt, einen äußerst anschaulichen Ueberblick über die Maßnahmen zu geben, die zur Erzielung einer hochwertigen, modernen Polizei führen können. Nicht ein bestimmter Typus soll gezüchtet werden, nicht der auf scharfen Drill eingestellte Beamte der Vorkriegszeit, der nur zu oft der Meinung war, das Publikum sei um seinetwillen da, soll wieder zum Leben erweckt werden, sondern das Ziel besteht darin, eine Fülle verschiedenartigster, hochqualifizierter Polizeibeamten heranzubilden. Der Verkehrsbeamte wird naturgemäß andere seelische und körperliche Eigenschaften aufzuweisen haben, als beispielsweise der im Bureaudienst Verwendung findende Beamte oder der Polizeikraftfahrer. Der Verwaltungsbeamte wird vorwiegend auf gedächtnismäßige und intellektuelle Leistungen untersucht werden müssen, während der Beamte, der sich für den Straßendienst meldet, vor allem körperlich gut trainiert sein und in hohem Maß auch eine Anzahl unbedingt erforderlicher Charaktereigenschaften, wie Geistesgegenwart, Orientierungsvermögen, Zuverlässigkeit, Personengedächtnis u. a. aufweisen muß. Aus diesem Grund hat sich der Polizeianwärter einer bestimmten Eignungsprüfung zu unterwerfen, von deren Bestehen sein Eintritt in den Beruf und die Art seiner Verwendung abhängt. Die Prüfung ist in zwei Teile gegliedert, in eine schriftliche Gruppenprüfung im Unterrichtsraum, in dem bis 30 Beamte geprüft werden können, und eine experimentelle Einzelprüfung im Laboratorium. In der Gruppenprüfung wird zunächst ein Lebenslauf geschrieben und über die Vorbildung, Schulleistungen, wichtige Lebensschicksale, wirtschaftliche Verhältnisse und Lieblingsbeschäftigungen berichtet. Dann folgt die schriftliche Prüfung. Für jede Aufgabe wird ein besonderes Blatt Papier verwendet, das nach einigen Minuten auf ein bestimmtes Kommando hin abgegeben werden muß. Zur Prüfung des Gedächtnisses wird eine Anzahl von Namen zwei- bis dreimal vorgelesen. Nach einer kurzen Pause müssen die Anwärter niederschreiben, was sie im Gedächtnis behalten haben. Ein anderer Versuch dient der Prüfung des Personengedächtnisses. Man zeigt 10 bis 20 Photos und nach einer gewissen Zeit eine zweite Gruppe von Bildern, aus der die vorhergesehenen aus dem Gedächtnis herausgesucht werden sollen. Ferner werden u. a. das Gedächtnis für tatsächliche Vorgänge, die Fähigkeit des Auftragsgedächtnisses und das räumliche Vorstellungsvermögen einer Probe unterworfen. Es folgt die Einzelprüfung, die etwa zwei Stunden dauern soll, dabei soll der Prüfling Zeit haben, etwaige Befangenheit und andere Hemmungen zu überwinden. Aus der Fülle der Proben und Versuche, denen sich der angehende Polizeibeamte unterziehen muß, sei hier die Prüfung für Geistesgegenwart und Entschlußkraft hervorgehoben, die demjenigen, der sich zum Kraftfahrerdienst gemeldet hat, zugedacht ist. Der Prüfling wird durch eine ihm vollkommen neue Versuchsanordnung überrascht. Eine ganze Reihe von Schrecknissen, von Gefahrenmomenten dringt auf ihn ein. Schreckschüsse werden abgefeuert, ausströmender, heißer Wasserdampf droht ihn zu verbrühen, ein Scheinwerfer blendet ihn, explodierende Blitzkapseln erschrecken ihn, und die schrillen Töne heulender Sirenen martern sein Ohr. Zum Schluß scheint noch ein Benzinkasten zu explodieren. Die Aufgabe des jungen Beamten besteht darin, sich durch nichts aus der Fassung bringen zu lassen, sondern mit sicherem Blick die Lage zu übersehen und die entsprechenden Anordnungen zu treffen.

Die Psychotechnik hat, vernünftig und zweckmäßig angewendet, zweifellos eine große Bedeutung. Es ist vor allem zu wünschen, daß sie dazu beitragen möge, innerhalb der Polizei dem Grundsatz „Freie Bahn dem Tüchtigen" zur Anwendung zu verhelfen. Denn nur auf dieser Grundlage kann sich ein hochqualifizierter Führerstand und eine den Erfordernissen des modernen Staates entsprechende Beamtenschaft aufbauen.

Funkwinkel.

„Musik in Krankenhäusern und Gefängnissen" nannte Dr. Richard H. Stein seinen Vortrag, der in warmherziger und verständnisvoller Weise die Bedeutung der Musik für Kranke und Gefangene behandelte. Heitere oder wenigstens zu Frohsinn stimmende Musik kann in Krankenhäusern ein wertvoller Heilfaktor werden. Besonders wichtig aber ist das Hören und Ausüben von Musik für Gefangene. Leider wird das in Deutschland noch sehr wenig berücksichtigt. Dem gefangenen Handwerker wird die Möglichkeit gegeben, seinen Beruf auszuüben; der gefangene Musiker muß Tüten kleben. So verliert er die technische Gewandtheit auf seinem Instrument und damit die Aussicht, nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis wieder in das Leben zurückzufinden. Der Vortragende schlug die Bildung von Gefangenen-Orchester nach amerikanischem und englischem Muster vor. — „Die geistige Entwicklung des Weibes im Mittelalter" zeichnete Dr. J. E. Doritzky. Wie im Altertum, so erfuhr auch in dieser Epoche die Frau eine Doppelwertung. Die Kirche sah sie als minderwertig und unrein an; der Minnesänger verkündete ihr Lob in begeisterten Versen. In der Tat war die Frau in jener Zeit ein Kulturträger. Viele Frauen beschäftigten sich mit den Wissenschaften und pflegten die Künste. Aber die Tätigkeit der Inquisition, die Hexenverfolgung bedrohte gerade die geistig regsamen Frauen. Jede Frau, die irgendwie hervorragte, mußte fürchten, als Hexe angeklagt und verbrannt zu werden. Nach einer Zeit der geistigen und in mancher Hinsicht auch schon einer gewissen bürgerlichen Freiheit wurde die Frau wieder völlig zur Unmündigkeit verdammt. — Am Abend las Ludwig Hardt einige Momentaufnahmen Peter Altenbergs. Leider sind gerade Peter Altenbergs graziöse Skizzen, die feinste Nüancierung fordern, nicht sehr zum Funkvortrag geeignet. Sie verlieren hier etwas von ihrem Duft und ihrer Zartheit. Der glänzende Sprecher Hardt sollte einmal mit einem besonders für den Rundfunk zusammengestellten Programm aufwarten. Im Anschluß an Hardts Vortrag brachte Bruno Seidler-Winkler mit dem Funkorchester, unterstützt von Konzertmeister Henry Holst, die Suite caracteristique und ein Violinkonzert von Alexander Glazonnow in vorbildlich schöner Aufführung. Tes.

Kindermodenschau Cords.

Im Rahmen der Hausfrauen-Ausstellung im Zoo führte die Firma Cords durch Balletteleven der Staatstheater ihre neuesten Kindermoden vor. Mit der nötigen Routine und der Grazie der Bewegung, die dem sieghaften Gleichschritt geübter Mannequins in nichts nachstand, präsentierten die kleinen Modedamen vor einem übervollen Hause die Modeschöpfungen auf dem Gebiet der Kinderkleidung. Man wählt als Stoffmaterial in der Hauptsache Waschsamt, Bajella (waschbarer, guter Flanell) und überhaupt ausschließlich Gewebe, deren Lebensdauer in bezug auf Haltbarkeit und äußere Schönheit keine allzu begrenzte ist. Die Verarbeitung ist einfach und kindhaft, sehr hübsch wirken Kleidchen mit Smokenäherei garniert. Bei der Anfertigung wird gleich ein großer Stoffumschlag am Saum und an den Aermeln vorgesehen, um die Kleider nach Belieben verlängern zu können. In einem Beutelchen befinden sich Stoffreste, um etwaige Schäden zu reparieren. Im Anschluß an die vorgeführte Kindermode gab es gestreckte Kleider für Erwachsene zu sehen. Mit ebenso kühnem wie geschicktem Griff wird der Stoff um den Körper gewickelt, gerafft, geschürzt und dann mit Stecknadeln befestigt. Es wurden Nachmittagskleider aus Kasha und anderen leichten Wollstoffen, Abendkleider aus Crêpe de Chine, Crêpe Georgette, in sehr hübschen Farben und Mustern, vielfach Bordürenstoffe, gezeigt. Es ist dies als anregender Fingerzeig für die Selbstschneidernden gedacht, die auf diese Weise die Gesamtwirkung der Kleider sehen und gleichzeitig über die Stoffmenge und ihre Zusammenstellung informiert werden.

Wir sind zu billig!

Gewisse Kreise sind gegenwärtig bemüht, lebhaft Stimmung für eine Ausnahme-Besteuerung der sogenannten Filialbetriebe zu machen, das heißt für solche Firmen, die ein Netz von zentral geleiteten Einzelgeschäften im deutschen Reiche unterhalten. Unsere Firma hat dieses System in der Schuhbranche als erste in Deutschland zur Ausführung gebracht und darüber hinaus mit eigener Produktion (täglich über 5000 Paar Schuhe) verbunden. Die Richtigkeit dieses Gedankens hat der Erfolg bewiesen, der uns in wenigen Jahrzehnten mit an die Spitze des deutschen Schuhmarktes gestellt hat.

Worauf ist dieser Erfolg zurückzuführen? Auf Billigkeit und Qualität. Selbstverständlich ist ein Großbetrieb, der im großen produziert und einkauft und dessen Generalunkosten sich auf eine große Anzahl von Einzelgeschäften (130 Verkaufsstellen) verteilen, besonders leistungsfähig und preiswert.

Diese durch wirtschaftliche Tüchtigkeit errungene Ueberlegenheit soll jetzt zum **Schaden der Konsumenten** vom Fiskus durch Ausnahme-Steuern vernichtet werden.

Noch ist das letzte Wort nicht gesprochen. Aber die große Masse der Konsumenten kann schon aus dem **bloßen Gedanken** einer Ausnahme-Besteuerung gegen Filialbetriebe erkennen, wo die wahre Leistungsfähigkeit liegt, und wo ihre Interessen am besten aufgehoben sind.

Schuhfabrik Conrad Tack & Cie. A.-G. Burg b. M.

130 eigene Verkaufsstellen, davon in Groß-Berlin und Potsdam:

W, Potsdamer Straße 50 (an der Kurfürstenstr.) C, Spittelmarkt 15 C, Rosenthaler Straße 14 NW, Turmstraße 41 NW, Wilsnacker Str. 22 NW, Beusselstraße 29 N, Friedrichstraße 130 N, Müllerstraße 3 N, Brunnenstraße 37 N, Danziger Straße 1 O, Andreasstraße 50 O, Frankfurter Allee 22 SO, Oranienstraße 2a SO, Wrangelstraße 49 SW, Friedrichstr. 240/41 Neukölln, Bergstr. 30/31 Potsdam, Brandenburg. Str. 54 Charlottenbg., Wilmersdorfer Straße 122/23 Friedenau: Rheinstraße 6/7

Krankenversicherung der Seeleute.

Wiedergutmachung früheren Unrechts, aber unzulängliche Neuregelung.

In der gestrigen kurzen Reichstagssitzung, die um 15 Uhr begann, erklärte vor Eintritt in die Tagesordnung Abg. **Torgler** (Komm.), daß die Stimmenthaltung der kommunistischen Fraktion bei der Schlußabstimmung über den deutsch-französischen Handelsvertrag auf ein geschäftsordnungsmäßiges Versehen zurückzuführen sei.

Die Haushaltsrechnung für 1926 wird dem Ausschuß überwiesen.

Die erste Beratung eines Gesetzentwurfs über die Krankenversicherung der Seeleute wird vom Reichsarbeitsminister Brauns eingeleitet. Die Vorlage soll eine Lücke in der Krankenversicherung ausfüllen. Es kommen dabei 40 000 Arbeiter und 12 000 Angestellte, dazu 13 000 Seeleute in den Kleinbetrieben in Betracht. Die Kosten der Versicherung werden insgesamt 2¼ Millionen Mark betragen. Sie wird in enger Verbindung mit der See- und Berufsgenossenschaft stehen und dort eine besondere Abteilung bilden. Der Eigenart dieser Versicherung soll durch besondere Vorschriften Rechnung getragen werden.

Abg. Schumann-Frankfurt (Soz.):

Die Seeleute sind von jeher in ärztlicher und sozialer Beziehung sehr stiefmütterlich behandelt worden. Vor dem Kriege waren sie jeder Willkür ausgesetzt, jetzt haben sich die Verhältnisse schon etwas gebessert. Dabei ist der Beruf der Seeleute außerordentlich gefahrvoll; von der Romantik, die ihn früher umgab, ist heute nichts mehr zu spüren. Die erste Seemannsordnung in Deutschland trat 1872 in Kraft, ein denkbar reaktionäres Gesetz. Matrosen und Schiffsoffiziere haben lange Jahre kämpfen müssen, ehe sie eine Revision dieses Gesetzes erreichten. Aber auch die neuere Seemannsordnung aus dem Jahre 1902 war außerordentlich rückständig. Alle bürgerlichen Parteien standen auf seiten der Reeder, nur die Sozialdemokratie trat für die Seeleute ein. Die Gesindeordnungen sind seitdem beseitigt worden und die Seemannsordnung, die schlimmer als eine Gesindeordnung ist, besteht noch heute zu Recht. 1923 hat die für die Seeleute zuständige Gewerkschaft, der Deutsche Verkehrsbund, den Entwurf für eine neue Seemannsordnung eingereicht, bis jetzt ist er aber noch nicht Gesetz geworden.

Die Seeleute kämpfen seit 25 Jahren um die Krankenversicherung.

heute erst wird die Forderung verwirklicht, die schon 1902 Sozialdemokratie und Gewerkschaften erhoben haben. Alle Verbesserungen, die inzwischen in der Krankenversicherung geschaffen worden sind, sind an den Seeleuten spurlos vorübergegangen. Aber auch bei dem vorliegenden Entwurf muß festgestellt werden, daß er in einem wichtigen Punkte eine Benachteiligung der Seeleute bringt. Durch die Verbindung mit der Versicherungsanstalt werden sie der Rechte der Versicherten beraubt, die diese in den Ortskrankenkassen besitzen. Man hätte ganz gut eine andere Regelung treffen können, die die Seeleute gegenüber der übrigen arbeitenden Bevölkerung nicht benachteiligt hätte. Die Vorlage steht auch im Widerspruch mit der Verfassung, die den Versicherten den ausschlaggebenden Einfluß in der Verwaltung einräumt. Der Redner spricht die Erwartung aus, daß nunmehr der

Anfang mit der Beseitigung des alten Unrechts

gemacht werde, das an den Seeleuten begangen worden ist. Es muß jetzt auch darauf hingewirkt werden, durch Schaffung eines internationalen Vertrages mehr für den Schutz des menschlichen Lebens auf See zu tun. Die Förderung der Sozialdemokratie, daß Vertreter der Schiffsleute zu den Beratungen hinzugezogen werden, ist bisher nicht erfüllt worden. Amerika hat auf die erste Seeschiffskonferenz einen Delegierten der Seeleute entsandt, allerdings hat dieser die Konferenz nach der ersten Sitzung mit der Begründung verlassen, daß bei den Verhandlungen für die Seeleute nichts herauskomme. Trotzdem erhebt die Sozialdemokratie aufs neue die Forderung, daß die deutsche Regierung zu diesen internationalen Konferenzen künftig auch Vertreter der Seeleute hinzuzieht. (Lebh. Beifall bei den Soz.)

Abg. **Reddermeyer** (Komm.) kritisiert an der Vorlage, daß sie die Seeleute schlechter stelle als die Arbeiter an Land. Die Krankenversicherung der Seeleute müsse dem Ortskrankenwesen angepaßt werden, damit das Selbstverwaltungsrecht gesichert sei.

Damit ist die Aussprache beendet, die Vorlage geht an den Sozialpolitischen Ausschuß.

Um 16¼ Uhr vertagt sich das Haus auf Donnerstag, den 1. Dezember, 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung der sozialdemokratischen Interpellation über die Wirtschaftspolitik der Regierung, ferner die Interpellation der Sozialdemokraten und die des Zentrums über die Aussperrung der Tabakarbeiter. Auf Vorschlag des Abg. Dittmann (Soz.) wird die Beratung dieser beiden Punkte miteinander verbunden, die Tabakarbeiteraussperrung soll von einem besonderen Redner behandelt werden.

Strafgesetz und Alkoholismus.

Genosse Sollmann fordert energischen Kampf gegen den Alkoholismus.

Der Strafgesetzausschuß des Reichstages setzte gestern die Beratungen über die strafrechtliche Behandlung der Unzurechnungsfähigen und vermindert Zurechnungsfähigen fort. Bei der Abstimmung wird der mit einem sozialdemokratischen Antrag übereinstimmende **Antrag der Berichterstatter einstimmig (nur gegen die Kommunisten) angenommen, der den Gerichten das Recht gibt, direkt die Unterbringung in einer Anstalt anzuordnen.** Damit ist wenigstens eine Verschlechterung, die der Gesetzentwurf im Reichsrat erfahren hatte, wieder ausgemerzt. Dagegen wurden die weitergehenden sozialdemokratischen Anträge von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt. Nicht einmal der Antrag fand Annahme, der die Richter verpflichten wollte, vor der Anordnung der Unterbringung in einer Anstalt einen Facharzt zu hören.

Der Ausschuß beriet dann den § 57, der die **Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt** vorsieht. Nach dem Gesetzentwurf soll das Gericht diese Unterbringung für zulässig erklären, wenn jemand, der gewohnheitsmäßig im Uebermaß geistige Getränke oder andere berauschende Mittel zu sich nimmt, wegen einer Tat, die er im Rausch begangen hat, oder wegen Volltrunkenheit zu einer Strafe verurteilt wird, und seine Unterbringung in einer Trinkerheilanstalt oder in einer Erziehungsanstalt erforderlich ist, um ihn an ein gesetzmäßiges und geordnetes Leben zu gewöhnen.

Ein sozialdemokratischer Antrag verlangt, daß diese Bestimmung auch dann anwendbar ist, wenn die Tat in Auswirkung des übermäßigen Genusses geistiger Getränke oder anderer berauschender Mittel erfolgt ist.

Genosse **Sollmann** begründete diesen Antrag, indem er darauf hinwies, daß die im § 57 vorgeschlagenen Vorschriften gegen den Alkoholismus einen erfreulichen Fortschritt bedeuteten, aber für einen erfolgreichen Kampf gegen den Alkoholismus nicht ausreichen. Dieser Kampf sei weniger mit Strafgesetzen als mit sozialen Maßnahmen zu führen. Beim Strafgesetz könne es sich immer nur um die Opfer des Trunkes handeln. Nicht aber könnten die getroffen werden, die andere zum Trinken verleiten und an ihnen noch Geschäfte machen. Gerade die Sozialdemokratische Partei unterstütze die Bestrebungen, den Willen zur Nüchternheit in der Bevölkerung zu stärken. Das Gemeindebestimmungsrecht sei eine Notwendigkeit.

Im Strafgesetz müßten klarere Bestimmungen einen energischeren Kampf gegen den Alkoholismus ermöglichen.

Die Zwangsabstinenz im Gefängnis reiche nicht aus. Der Trinker müsse in eine Umgebung gebracht werden, in welcher sich starke erzieherische Einflüsse geltend machen. Empfehlenswert sei auch, den Eintritt in Enthaltsamkeitsvereine denen aufzuerlegen, die sich sonst vor übermäßigem Alkoholgenuß nicht schützen könnten. Freilich reichten die jetzigen Trinkerheilanstalten nicht aus. Ihre Zahl müßte vermehrt werden. Reich, Staat, Provinzen und Gemeinden sollten wetteifern, die hohe kulturelle Aufgabe der Bekämpfung des Alkoholismus zu erfüllen.

Abg. **Rädel** (Komm.) **wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag,** indem er von einem Unfug der Trinkerheilanstalten spricht.

Ministerialdirektor **Bumke** hob hervor, daß der Strafgesetzgeber beitragen solle, die Fälle zu erfassen, in denen durch den Alkoholmißbrauch eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit bestehe. Die sozialdemokratischen Anregungen auf Erweiterung des § 57 seien durchaus beachtlich. Genossin **Pfülf** begrüßt diese Erklärungen der Reichsregierung.

Der Ausschuß vertagte alsdann die Weiterberatung auf Dienstag nachmittag 4 Uhr.

Die weltliche Schule im Schulgesetz.

Das Kompromiß der Regierungsparteien.

Im Bildungsausschuß des Reichstages wurde am Freitag der § 5 über die weltliche Schule mit den Stimmen der Regierungsparteien in folgender Fassung angenommen:

„Die bekenntnisfreie Schule ist für solche Kinder bestimmt, die keinem Bekenntnis angehören oder, soweit sie einem Bekenntnis angehören, nach dem Willen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht abgemeldet sind und nicht an einer Gemeinschafts- oder Bekenntnisschule erzogen werden sollen. Sie steht jedoch aus besonderen Gründen auch anderen Kindern offen. Durch die Aufnahme solcher Kinder verliert die Schule ihren Charakter als bekenntnisfreie Schule nicht. Sie erfüllt die Unterrichts- und Erziehungsaufgaben der deutschen Volksschule auf allgemein sittlicher Grundlage ohne bekenntnismäßige oder weltanschauliche Bindung. Religionsunterricht wird nicht erteilt.

An der bekenntnisfreien Schule ist Unterricht in einer bestimmten Weltanschauung zuzulassen und im übrigen Unterricht auf diese Weltanschauung Rücksicht zu nehmen, wenn für die Pflege dieser Weltanschauung eine Vereinigung besteht, die in dem betreffenden Lande die Rechte einer Körperschaft des öffentlichen Rechts gemäß Artikel 137 Abs. 7 der Reichsverfassung gewährt sind und wenn die Erziehungsberechtigten von wenigstens zwei Dritteln der die Schule besuchenden Kinder dies beantragen.

Zur Teilnahme an dem besonderen Weltanschauungsunterricht kann kein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten gezwungen werden. Die Erteilung eines solchen Weltanschauungsunterrichts bleibt der Willenserklärung des einzelnen Lehrers überlassen. An der bekenntnisfreien Schule können Angehörige jedes Bekenntnisses sowie Bekenntnislose als Lehrer angestellt werden. Lehrer, welche die Voraussetzung für die Anstellung an einer Bekenntnisschule erfüllen, dürfen nicht gegen ihren Willen an einer bekenntnisfreien Schule verwendet werden. Bei nur vorübergehender Verwendung sind Ausnahmen aus besonderen Gründen zulässig. Im Falle des Absatzes 3 ist bei der Anstellung der Lehrer die weltanschauliche Gliederung der Schüler tunlichst zu berücksichtigen."

Ebenfalls angenommen wurde § 6, der den Begriff der Gemeinde festlegt. Bei § 7, der das Antragsrecht regelt, verlangten die Abg. Dr. Schreiber (Z.) und Fleißner (Soz.) Streichung der Bestimmung, daß das Antragsrecht ruht, solange der Antragsberechtigte sich nicht im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befindet. Die Sozialdemokraten verlangten außerdem eine Ausdehnung des Antragrechts auf Ausländer. — Weiterberatung Dienstag.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3, 2. Hof, 2 Trep. rechts, zu richten.

Bezirksvorstand.

Heute, 18 Uhr, Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Konferenzraum der „Vorwärts"-Redaktion, Lindenstraße 3.

*

13. **Kreis Tempelhof.** Montag, 28. November, pünktlich 19½ Uhr, bei Riendorf, Mariendorf, Chausseestr. 19, Kreisvorstandssitzung. Erscheinen unbedingt erforderlich.

Heute, Sonnabend, 26. November:

6. **Abt.** Bezirksführer müssen umgehend die Sammellisten vom Genossen Dobrohlaw abholen.

34. **Abt.** 19½ Uhr in den Comenius-Sälen, Memeler Str. 67, Bunter Abend. Rezitationen, Lieder zur Laute u. a. Eintritt 60 Pf. Karten sind bei den Bezirksführern zu haben. Alle Genossinnen sind mit ihren Angehörigen nebst Freunden und Bekannten herzlichst eingeladen.

38. **Abt.** Pünktlich 19½ Uhr Sitzung des Abteilungsvorstandes mit der Weihnachtskommission bei Bartusch, Friedenstr. 88.

108. **Abt. Köpenick.** Die Genossinnen und Genossen werden gebeten, sich an der Mieterversammlung im Stadttheater, Friedrichstr. 6, 19½ Uhr, zu beteiligen.

Kinderfreunde Groß-Berlin:

Kreis Mitte. Gruppe Engelufer: Heute um 16 Uhr findet im Heim eine Helfersitzung statt. Um 17 Uhr daselbst Gruppenabend und 19 Uhr Elternbesprechung.

20. **Kreis Reinickendorf.** Achtung! Unsere Fahrt nach Nowawes kann nicht stattfinden. Jüngerengruppe: Sonntag, 27. November, Heimabend.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

77. **Abt. Schöneberg.** Die Beerdigung unseres verstorbenen Genossen Albin Klawitter findet heute, Sonnabend, 26. November, 14½ Uhr, auf dem Städtischen Schöneberger Friedhof, Blanke Hölle, Lindenhof, Eithstraße, statt. Wir bitten um rege Beteiligung.

111. **Abt. Bohnsdorf.** Unser Genosse Gustav Straube ist am Mittwoch plötzlich verstorben. Ehre seinem Andenken! Beerdigung heute, Sonnabend, 26. November, 15½ Uhr, auf dem Bohnsdorfer Friedhof. Wir erwarten rege Beteiligung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin.

Freie Sozialistische Hochschule. Heute, Sonnabend, 3. Dezember, 19½ Uhr, spricht Otto Jenssen (Gera-Reuß) über „Achtzig Jahre Kommunistisches Manifest" im großen Saal des ehemaligen Herrenhauses, Leipziger Str. 3. Eintrittskarten zum ermäßigten Preise sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Vorsitzendenkonferenz heute, Sonnabend, 26. November, pünktlich 18 Uhr, im Lindenheim.

Heute, Sonnabend:

Rosenthaler Vorstadt, Köllnischer Park und Zentrum: Fahrt nach Zossen. Treffpunkt 19½ Uhr Potsdamer Vorortbahnhof. — **Tempelhof:** Jüngerenkursus „Einführung in die sozialistische Gedankenwelt." 4. Teil. Heim Germaniastraße.

Werbebezirk Prenzlauer Berg: Werbebezirkskursus „Einführung in die Gesellschaftswissenschaft" 19 Uhr im Jugendheim Danziger Str. 62, Baracke 1, rechts.

Morgen, Sonntag:

Gesundbrunnen: Spaziergang durch Alt-Berlin. Treffpunkt 9½ Uhr Prinzenallee, Ecke Badstraße. Abends Beteiligung am Filmabend der Kinderfreunde. — **Reichenberger Viertel:** Heim Reichenberger Str. 66. „Jugend und Partei." — **Schöneberg** III: Heim Hauptstr. 15. Heimabend. — **Steglitz** I: Besuch in Friedrichsfelde. Sternwarte Treptow. Treffpunkt 13 Uhr Rathaus. — **Baumschulenweg:** Heim Ernststr. 16. Lichtbildervortrag: „Kulturfragen des Sozialismus." — **Neukölln** VI: Museumsbesuch. Treffpunkt ½10 Uhr Herzbergplatz (Zeitungskiosk). 19 Uhr pünktlich im Heim Wanzlikstraße. Rollenverteilung zur Sonnenwendfeier. Erscheinen aller ist Pflicht. — **Tempelhof:** Nachmittagsspaziergang. Treffpunkt 15 Uhr Ullsteinbau. 19 Uhr Heimabend. — **Hermsdorf:** Wichtige Funktionärsitzung beim Vorsitzenden. Treffpunkt pünktlich 15 Uhr.

Werbebezirk Tiergarten: Heim Lehrter Str. 18—19. 19½ Uhr: „Unsere Vorkämpfer."

Werbebezirk Neukölln: Heimabend Wanzlikstr. 7.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Geschäftsstelle: Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38, Hof 2 Tr.

Bernau-Börnicke: Die Fahrt nach Zepernick-Schönow am Sonnabend, 26. November, fällt aus. — **Sportplatz Friedrichsfelde:** Achtung! 8—10 Uhr Lichtenberg; 12—13 Uhr frei für Prenzlauer Berg; 13—14 Uhr frei für Mitte; 14—15 Uhr Treptow; 15—16 Uhr Friedrichshain.

Briefkasten der Redaktion.

W. G., Eichkamp. In Amerika beschäftigt man sich mit diesem Problem, was aber noch nicht Wirklichkeit geworden ist. Unser Artikel war nur eine Glossierung dazu. — **G. R. 4.** In Berlin nicht. Hauszinssteuerhypotheken wird es doch sicher auch in R. geben. An die dortige Stadtverwaltung wenden.

Wetterbericht der öffentlichen Wetterdienststelle Berlin und Umgegend. (Nachdr. verb.) Meist wolkig, zeitweise aufklarend. Temperaturen beträchtlich über Null, keine oder nur unerhebliche Niederschläge, mäßige Winde aus westlicher Richtung. — **Für Deutschland:** Mit Ausnahme des Ostens zeitweise heiter und mild, keine erheblichen Regenfälle, mäßige bis schwache westliche Winde.

Verkäufe

Landhaus mit Lebensmittel-Geschäft, gute Gebäude, 1¼ Morgen, bei Eberswalde, für Handwerker passend, 9000,— bei 3000,— Anzahlung verkäuflich. Möller, Eisenacherstraße 79.

Teppiche. Farbfehler, 2×3, 24,—. Farbfehler, 2½×3½, 39,—. Farbfehler, 2¾×3½, 48,—. Farbfehler, 3×4, 55,—. Farbfehler, 3×4, 69,—. Farbfehler, 3×4, 85,—. Kroener, Potsdamerstraße Nr. 26a.

Dürkopp-Nähmaschinen gegen 3-Mark-Wochenraten. Wloßk, Brunnenstraße 185, zwischen Rosenthalerplatz und Invalidenstraße. Norden 118.

Riesenumsatz. Kinderwagen, Zwillingswagen, Klappsportwagen, Kinderbetten, Metallbetten, Korbmöbel, allerniedrigste Preise, allerkulanteste Teilzahlung. Festangestellte gegebenenfalls ohne Anzahlung. Ball, Große Frankfurterstraße 47, gegenüber Markusstraße.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.

Wenig getragene Jackettanzüge, teils auf Seide, 18,—. Smokinganzüge, Bauchanzüge, Taillenmäntel, Paletots, staunend billig. Gelegenheitskäufe in neuer Herrengarderobe. Leihhaus Rosenthaler Tor, Linienstraße 203—204, Ecke Rosenthaler Straße. Keine Lombardware.

Von Kavalieren wenig getragene sowie neue Herrenanzüge, Ulster, Paletots, jede Figur passend, Sportpelze, Gehpelze, Damenpelzmäntel, Pelzjacken, Pelzkragen verkauft spottbillig Leihhaus Friedrichstraße 2, Belle-Alliance-Platz. Keine Lombardware.

Wenig getragene Kavaliergarderobe von Millionären, Aerzten, Anwälten. Fabelhaft billige Preise. Empfehle Taillenmäntel, Paletots, Fracks, Smokings, Gehrockanzüge, Hosen, Sportpelze, Gehpelze, Gelegenheitskäufe in neuer Garderobe. Weitester Weg lohnend. Lothringerstraße 56, 1 Treppe, Rosenthaler Platz.

Wenig getragene, teils auf Seide gearbeitete, erstklassige Jackettanzüge, Frackanzüge, Smokinganzüge, Gehrockanzüge, Winterpaletots, Ulster, Bauchanzüge, für jede Figur passend, außerdem hochelegante neue Garderobe, von erstklassigen Schneidern gearbeitet, zu staunend billigen Preisen. Herren-Geh- und Sportpelze. Besonders billig: Pelzjacken, Pelzmäntel im Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105, eine Treppe. Keine Lombardware.

Kavalieranzüge, Winterulster, Rockpaletots, Tanzanzüge (Frack- und Smokinganzüge), Gehrockanzüge, auch leihweise) verkauft staunend billig Alexanderstraße 28a, hochparterre.

Verleih hocheleganter Gesellschafts-Anzüge. Leihhaus Lowicki, Prinzenstraße 105.

Bettenverkauf! Neu! 9.75! 15,—. 19.50! Prachtvolle 27.50! Bauernbetten 32,—! Daunige 37.50! Kinderbetten 8.75! Bettwäsche! Inlette! spottbillig und gut! Keine Lombardwaren. Leihhaus Brunnenstraße 47.

Leihhaus Spiegel, Chausseestraße 7. Gelegenheitskäufe wenig getragener, auch neuer Herrengarderoben. Pelzwaren. Keine Lombardware.

Anzüge 18, Paletots 12, Federbetten Stand 23 an. Leihhaus Reinickendorferstraße 105, Nettelbeckplatz. Keine Lombardwaren.

Möbel

Patentmatratzen, „Primissima"-Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues. Walter, Stargarderstraße achtzehn. Spezialgeschäft.

Massenposten. Nußbaumbüfette, Kredenzen, Schreibtische, Sofaumbaue. Herabgesetzte Preise. Zahlungserleichterung. Kamerling, Kastanienallee 56.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Komplette Küchen, moderne Ausführungen, 78,—, 95,—, 128,— usw. Flurgarderoben 30,—, 49,—, 65,—. Korbsessel und Tische von 6.90 an. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Schlafzimmer mit großem Spiegelschrank, Spiegel, Waschtoilette, 2 Betten, 2 Patentmatratzen, 2 Nachttische, 2 Stühle 365,—, 475,—, 590,—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Speisezimmer: Vitrinenbüfett, Kredenz, Ausziehtisch, Lederstühle, aparte Form, reiche Bildhauerarbeit, 365,—, 485,— 595,—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Herrenzimmer: Große Bibliothek, Diplomat, runder Tisch, Ledermöbel, schwer gearbeitet, 295,—, 385,—, 490,—. Einzelne Diplomaten, Schreibtische, 79,—, 98,—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Ankleideschränke, Nußbaum und Eiche, in prima Ausführungen, mit Spiegel 110,—, 15,— usw. Spiegel, Waschtoiletten 55,—, 125,—. Nachttische 19.50, 25,—. Apotheken, Metallbetten 19.50, 27,—, 38,—. Hausnummer achten.

Nur Rehfeld, Badstraße 34. Englische Bettstellen mit Patentmatratzen 48,—, 68,—, 75,—. Ausziehtische 35,—, 48,— usw. Polsterstühle 6.50, 7.50, 8.75. Ruhebetten 29,—, 38,—, 45,—. Plüschsofas 98,—, 120,—, 135,—. Hausnummer achten.

Metallbetten, Chaiselongues, Auflegematratzen, Kinderbetten, Kinderwagen. Teilzahlung zu Kassapreisen. Spezialgeschäft. Schönhauser Allee 5, Schönhausertor.

Musikinstrumente

Stutzpianos, überaus preiswert. Pianofabrik Link, Brunnenstraße 25.

Pianos 390,—, 475,—, 675,—, gebraucht, große Auswahl in neuen; langjährige Garantie. Herer, Brunnenstraße 191, 1 Treppe, Rosenthaler Platz. Teilzahlung.

30,— monatlich, ohne Anzahlung, nur Firmenpianos, langjährige Garantie, keine Phantasiepreise. Adam, Rosenthalerplatz 7 (Piano-Adam).

Fahrräder

Fahrräder, erstklassige Markenräder. Teilzahlung. Fahrradhaus Centrum, Linienstraße neunzehn.

2,50 wöchentliche Teilzahlung. Erstklassige Fahrräder. Fahrradhaus Eich, Chausseestraße 91.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Silbersachen, Zinn, Blei, Quecksilber, Goldschmelze, Christionat, Köpenickerstr. 30 (nahe Adalbertstraße).

Unterricht

Privatzirkel. Einzelunterricht, Kurzschrift, Maschinenschreiben, Buchführung, Bücherrevisor Aulich, Grabbestraße 1, Spittelmarkt.

Verschiedenes

Saalbau Alpendorf, Invalidenstr. 63, Lehrter Bahnhof. Jeden Mittwoch, Donnerstag, Sonnabend, Sonntag: Großer Ball. Treffpunkt der Strohwitwer. Erstklassige Stimmungskapelle.

Auskunft, vertrauensvolle, Hebamme Witwe Hildesheim, Bülowstraße 82.

Arbeitsmarkt

Stellenangebote

Bierfahrer, kautionsfähig, als Verwalter für Niederlage Nähe Berlins sucht Großbrauerei. Offerten unter R. 4 Hauptexpedition des „Vorwärts".

Besonders wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts" und trotzdem billig!

Tücht., jüngerer Stahlgraveur f. Durchbrucharbeiten i. Seidenpapierfabrik **gesucht.** Angebote mit Zeugnisabschrift unter **J. 8127** beförd. **Rudolf Mosse,** Berlin SW 19.

Sonnabend
26. November 1927

Unterhaltung und Wissen

Beilage
des Vorwärts

Der Königsulan.

Von Peter Scher.

Schauplatz: ein Münchener Kabarett, in dem national gesinnte Kavaliere bei einer Flasche Sekt ihre nicht-nationalen Anwandlungen abreagieren.

Am Tisch neben mir ein korrekt gekleideter Herr mit einem lärmenden Mädchen, dessen grelles Geschrei mir auf die Nerven fällt.

Ich, liebenswürdig zu der Dame: „Sie sind sehr lebhaft, aber — Verzeihung — könnte Ihr Organ nicht ein bißchen gedämpft werden?"

Die Dame, in Raserei, keift wie eine Furie. Der Kavalier schweigt.

Nach einer halben Stunde, da das Wesen mir wirklich auf die Nerven fällt, zahle ich und gehe zur Garderobe Ich bemerke noch, wie die rasende Dame auf den Kavalier loshackt.

Nachdem ich mich angezogen habe und aus der Tür treten will, steht plötzlich Er vor mir, Hacken zusammen, Verbeugung, Karte:

> X.
> Leutnant d. R.
> im Ulanen-Reg. König Wilhelm I.
> (2. Württ.) Nr. 20

Ich drehe die Karte um, schüttle den Kopf.

Darauf er, mit bebender Stimme: „Die Dame sagt, Sie hätten sich über mich lustig gemacht! Sie werden wissen, was Sie zu tun haben!"

Ich verstehe endlich: „Ach so — Sie wollen meine Karte. Bedaure — ich bin kein Kavalier!"

Darauf er schäumend: „Dann sind Sie —?!"

Ich, auf ihn zu, ruhig: „Wie bitte —?!"

Er stutzt, sieht sich ratlos nach ihr um; sie nickt furios aufputschend.

Er, mit neuem Elan, schmetternd: „Wollen Sie mir Ihre Karte geben oder nicht?"

Ich, kühl: „Ich denke nicht daran!" Dann, langsam, in gütig zuredendem Tonfall: „Sie können mich auch ohne Karte —!"

Der Kavalier, leichenblaß, hebt den Arm; ich mache mich bereit, einen Kinnhaken zu landen; der Wirt stürzt hinzu, hält ihn, beschwörend, zurück.

Er wird an seinen Platz geführt.

Die Dame zerpflückt ihn.

Einen Tag später im selben Lokal.

Sie sind natürlich wieder da.

Der Wirt sieht mich mit Besorgnis eintreten, aber ich bin sehr gemütlich: „Rufen Sie mir doch den Herrn einmal her!"

Die gellende Dame, in großer Form, stößt ihn mir entgegen.

Er steht korrekt, Hacken zusammen, Brust raus, mit tierischem Ernst vor mir:

„Bitte —?!"

Ich, sehr freundlich: „Sagen Sie mal — was wollten Sie eigentlich gestern? Haben Sie wirklich geglaubt, daß ein erwachsener Mensch nicht lachen muß, wenn ihm so eine Leutnantskarte überreicht wird?"

Er, mit unruhigem Blick nach ihr: „Sie haben die Dame... äh —!"

Ich, scharf, bestimmt: „Aeh ist abgeschafft — ebenso wie der Leutnant d. R.!"

Er: „Ich bin ja jetzt in einer anderen Branche — —"

Ich: „Branche ist sehr gut... fahren Sie fort!"

Er: „Aber Offizier bleibt Offizier."

Ich: „In welcher Branche sind Sie jetzt?" — — Er, sachlich: „Auto."

Ich, überaus liebenswürdig, ein bißchen berlinernd: „Wenn Se ein Auto verkoofen wollen, könn' Se ja mal bei mir vorsprechen." Mit großer Kavaliersgeste: „Bitte — hier haben Sie meine Karte!" — Er, die Hacken aneinanderknallend, Brust raus, freudig, forsch: „Danke gehorsamst, werde mir erlauben!" Verbeugung. Ab.

Ich kann Zeugen dafür erbringen, daß er mich um Hauptes-länge überragte und offenkundig der Stärkere war. Ich habe nichts hinzugetan und nichts erfunden.

Wildhähne in Hennenrollen.

Von Maria Krische.

Es ist eine der wissenschaftlichen Forschung bekannte Tatsache, daß in dem Verhalten naheverwandter Arten, ja verschiedener Arten derselben Gattung, große Unterschiede bestehen. So ist die Stellung der Hähne zur Aufzucht der Brut durchaus nicht überall dieselbe. Während der Rebhahn ein musterhafter Gatte und Vater ist, begatten sich Auer- und Birkhähne mit mehreren Hennen und kümmern sich gar nicht um die Nachkommenschaft. Die Beobachtung zeigt, daß dort, wo das Männchen von dem Weibchen stark in der Farbe abweicht, viel prächtiger und auffallender gefärbt ist als dieses, das Männchen gewöhnlich poligam ist und sich um die Brutpflege wenig oder gar nicht kümmert, so Auer- und Birkhähne und der glänzend gefiederte Fasanenhahn. Der Haselhahn dagegen, der sich mit einer Henne paart und später das Wächteramt bei der Brut ausübt, wenn er sie auch nicht gerade führt, ist nur durch ein etwas größeres braunrotes Brustschild von seiner Henne verschieden. Das afrikanische Laufhähnchen zeigt erstaunlicherweise ein umgekehrtes Verhalten von Männchen und Weibchen. Bei dieser Art ist das Weibchen größer und von lebhafterer Farbe als das Männchen. Es rauft mit seinen Nebenbuhlerinnen und umwirbt balzend das Männchen, das dann später auch die Eier ausbrütet und die Jungen führt. Von weiblichen Funktionen bleibt der Henne also nur die Eiablage. Aehnlich ist es beim argentinischen Laufhuhn. Dort verläßt die Henne ihren ersten Gatten nach Legen der Eier. Dieser übernimmt die Brutpflege, das Weibchen gesellt sich einem zweiten zu, einem dritten und vierten, mit denen sie es ebenso treibt, bis sie auf dem letzten Nest bleibt. Uebergroße Fruchtbarkeit macht es der Henne unmöglich, alle Eier selbst auszubrüten. Unaufgeklärt ist noch immer das Verhalten des Kuckucksweibchens, das sein Ei in fremde Nester legt. Als die wahrscheinlichste Erklärung erscheint die, daß das Weibchen von den allzu zahlreichen Männchen derartig bedrängt wird, daß es nicht zum Brüten kommt.

Der Rebhahn, der ein so vorzüglicher Familienvater ist, setzt die Brutpflege allein fort, wenn er Witwer wird. Nach einem Bericht von Dr. A. Drosenowich in Heft 37 der „Umschau", Jahrgang 27, hat ein französischer Jagdinhaber, Dr. Michon, folgendes Experiment gemacht. Er hat den unbeweibt gebliebenen Rebhahn zum Pflegevater fremder Küken benutzt. Da er überall mehr Hähne als Hennen gibt, fängt man im Winter einen Teil der Hähne mit Netzen ein und hält sie in Gefangenschaft. Wenn dann ein Teil der Gelege im Frühjahr durch Ausmähen oder Raubzeug mutterlos werden, so läßt man die Eier durch Haushühner oder die Maschine ausbrüten. Die ausgeschlüpften Küken werden einem Rebhahn zugesellt, wobei man sich eines verdunkelten Kastens mit Zwischenwand und Schiebetür bedient. Sobald er anfängt, sie zu locken, weiß man, daß er sie angenommen hat und nicht mehr verläßt. Dieses Verfahren ist besser als die Aufzucht mit Haushennen, auch besser, als daß man die Brut anderen Rebhuhnhennen zugesellt, die soviel Brut nicht erfolgreich beschützen können. Mit Hennen als Adoptivmüttern läßt sich das Experiment, abgesehen, daß es unwirtschaftlich wäre, nicht machen, da diese, wenn sie nicht selbst Brut haben, fremde Küken nicht annehmen.

Alle diese Beispiele zeigen, daß bei diesen Arten eine weitgehende Beteiligung des Vaters am Brutgeschäft stattfindet. Dieser erweist sich als eine Art Hilfsstation für Mutter und Kind, ohne die der Fortbestand der Art unmöglich wäre.

Stanislaw Przybyszewski.

Erinnerungen von L. Lessen.

Stanislaw Przybyszewski, dessen Tod dieser Tage gemeldet wurde, war in seiner ganzen Erscheinung ein höchst eigenartiger Mensch. Ich lernte ihn zu Beginn der neunziger Jahre bei einem Arzt Dr. A. in der Wilhelmstraße kennen, der auch Strindberg, Dehmel, Ludwig Schleich zu seinen gern und häufig gesehenen Gästen zählte. Przybyszewski forderte mich bald auf, ihn auch einmal in seinem Heim zu besuchen. Er wohnte damals in der Luisenstraße, in der Nähe der Philippstraße, im Erdgeschoß eines alten Berliner Hauses. Dort hauste er mit jener blonden Norwegerin, die auch im Leben Strindbergs und Dehmels eine gewisse Rolle gespielt hat. Ein nüchternes Chambregarnie-Zimmer von erheblichen Ausmaßen, in dessen Mitte ein großer Flügel stand, diente ihm als Wohn- und Arbeitsraum. So liebenswürdig und freundlich mich Przybyszewski auch empfing, ich vermochte doch nicht — auch später nicht — jenes Gefühl der Unheimlichkeit zu überwinden, das von diesem knochigen, großen Mann mit dem eckigen Schädel, dem blonden Spitzbart und den flackernden Augen ausging. Mit sprunghaften Schritten durchmaß er, die Hände in den Hosentaschen verkrampft, Kopf und Oberkörper wie zum Sprunge geduckt, unermüdlich den Raum. Und unermüdlich blieb auch das meist von ihm allein bestrittene Gespräch. Nur zerriß er es wiederholt jäh und unvermittelt, sprang zum Flügel, knallte sich auf den Stuhl und spielte mit mächtigem Tastenanschlag ein paar Akkorde Chopin. Dann wieder zurück zu dem sprunghaft ausholenden Auf- und Niederschreiten im Zimmer, zurück zum Gespräch, wo wir es unterbrochen hatten Und wieder Chopin. Und wieder rasende Schritte durch den Raum, die nur allzu lebhaft an das Eingesperrtsein des Tigers im Käfig erinnerten. Ganz Satanist, ganz Dämon, ganz Urgewalt. Przybyszewski hatte damals gerade seinen in allen literarischen Kreisen aufsehenerregenden „Vigilien" geschrieben. Wie er mir erzählte: ohne Unterbrechung, ohne Schlaf, ohne Speise, ohne Trank — bis auf einen gelegentlichen Kognak. Fieberhaft und fliegend war alles an dem Manne: sein Gang, seine Gesten, seine Sprache. Und so oft ich ihn besuchte: der Eindruck blieb immer der gleiche. Nur einmal, als die übliche Ebbe im Geldbeutel durch keine Künstlerleichtlebigkeit sich gemütsmäßig ausgleichen lassen wollte, war es anders. Holger Drachmann war nach Berlin gekommen und hatte eine Anzahl junger Künstler zu Rafko (italienische Weinstube Unter den Linden) eingeladen. Ich war gerade bei Przybyszewski, als diese erlösende Kunde kam. Und ich vergesse nicht das lebenshungrige Glänzen, das in seine Augen stieg und sein leidenschaftendurchfurchtes Gesicht aufleuchten ließ. Stachs — so nannten ihn die Angehörigen des engeren Kreises — machte, so gut es damals bei ihm möglich war, flugs Toilette und die schöne Norwegerin zog weiße Glacés über die schmalen Hände. Später, als ihn die Norwegerin verlassen hatte, besuchte ich ihn nochmals. Er hauste oben im Norden Berlins am Wedding. Wohl bei einem Verwandten, denn das Türschild an der Klingel trug gleichfalls den Namen Przybyszewski. Seine Art hatte sich auch bei diesen letzten Besuche nicht geändert.

Amerika schon im 6. Jahrhundert entdeckt? Aus dem Jahre 565 n. Chr. ist uns ein seltsamer Reisebericht des irischen Bischofs Brennain Mac Fingonlas, dem späteren St. Brandan, überliefert, der bisher als eine Fabel angesehen wurde, höchstwahrscheinlich aber ein Originalbericht von einer vorkolumbischen Entdeckung Amerikas ist. Der bekannte Polarforscher Dr. Charcot besuchte in den Jahren 1913/14 und das zweite Mal 1925/26 die Insel Jan Mayen. In der Beschreibung dieser Reisen kommt er zu dem überraschenden Ergebnis, daß dieses Jan Mayen die rätselhafte St. Brandans-Insel sein dürfte. Der Bischof beschreibt diese Insel von allen Seiten, und diese Schilderung stimmt mit dem überein, was Dr. Charcot vorfand. Als erstes Wahrzeichen der Insel sah St. Brandan richtig einen riesigen Berg im Norden aufsteigen. In der Tat erhebt sich auf der Insel ein gewaltiger Berg bis zu 2545 Meter über das Meer. Weiter sah der Bischof jenen steilen Abfall zum Meer, der einer kohlschwarzen polierten Maus gleicht. Mehr als 200 Vulkane krönen diese Maus, und sie mag auf die irischen Mönche einen fürchterlichen Eindruck gemacht haben; denn sie hielten sie für den Eingang zur Hölle. Sollte Dr. Charcot mit seiner Vermutung Recht haben, so hätten also irische Mönche bereits um 565 Amerika entdeckt.

Der Löffel.

Von Gideon Göffele.

Bei Geheimrat Strebling war große Soiree. Auto auf Auto fuhr an der Auffahrt der eleganten Villa vor. Dienstbeflissene Portiers geleiteten mondän gekleidete Frauen und schwarzbefrackte Herren vom Wagen ins Haus. Zuletzt war Er gekommen, Rudolf, der Dichter, zu dessen Ehren die Abendgesellschaft gegeben wurde

Rudolf war ein Jugendfreund des Geheimrats. Sie hatten die gleiche Schulbank gedrückt. Beide stammten sie aus armen und ärmsten Verhältnissen und hatten Not und Sorge scheffelweise in sich hineingefressen. Und beide hatten sie sich unter Anspannung aller Kräfte zu ihrer heutigen Position emporgearbeitet. Der eine war ein geschickter Arzt und Chirurg geworden, der andere ein weltbekannter Schriftsteller.

Was sie aber strenge schied, war ihre beiderseitige Lebensanschauung. Während der Geheimrat die Verhältnisse, aus denen er kam, als einen dunklen Punkt betrachtete, den es auf jede Weise zu verschleiern galt, sah der Dichter seinen früheren Lebensweg als eine Schule an, die er nicht missen wollte. Während Strebling der Erkenntnis huldigte, daß der am besten vorwärts komme, der am brutalsten die Ellbogen zu gebrauchen verstand, hatte Rudolf gelernt, in jedem Lebewesen die mitleidende Kreatur zu erblicken. Und während der Arzt seine gesellschaftliche Stellung zäh hielt und sich in ihr wohlzufühlen begann, sah der Dichter in ihr lediglich eine Kammer, die er wie so manche andere auf der Wanderung seines Lebens durchschritt und in der keine bleibende Statt für ihn war.

Stolz führte der Geheimrat den Jugendfreund, den er nach jahrelangem Getrenntsein per Zufall wieder getroffen hatte, durch die hellerleuchteten Räume seines Hauses. Strahlend stellte er den berühmten Dichter jedem einzelnen seiner Gäste als seinen intimen Freund vor. Er bemerkte gar nicht, wie diesem die Situation ungemütlich zu werden begann und wie er sich danach sehnte, aus der gedunsenen Atmosphäre herauszukommen.

Nach dem Essen saß der Geheimrat mit seinen Gästen im Musikzimmer zusammen. Ein junger Klavierkünstler hatte sich freudig und gerne hören lassen. Jetzt wurde Rudolf gebeten, etwas aus seinem Leben zu erzählen. Rudolf lehnte mit einer nichtssagenden Entschuldigung ab, weil es ihm widerstrebte, Erlebnisse einer Gesellschaft preiszugeben, die nur genießerisch unterhalten und nicht menschlich gefesselt sein wollte. Als ihm diese Weigerung jedoch einen strafenden Blick seines geheimrätlichen Freundes eintrug, raffte er sich auf und begann zu erzählen:

„Es war in meiner Vagabundenzeit, als ich in dem Obdachlosenasyl in der Fröbelstraße zu Berlin zum erstenmal einen Besuch abstattete, nicht um Studien zu machen — wie die Herrschaften vielleicht meinen —, sondern weil mich ein ganz gewöhnlicher Feld-, Wald- und Wiesenhunger dazu trieb. Meine Damen und Herren, ich sehe Ihren entsetzten Gesichtern an, daß Sie noch niemals in Ihrem Leben Hunger gelitten und in einem Obdachlosenasyl genächtigt haben. Da versäumten Sie ganz entschieden etwas, um dessentwillen ich Sie von ganzem Herzen bedauere."

Eine ältere Dame, die Gattin eines adeligen Rittergutsbesitzers, hüstelte hörbar, weil sie sich provoziert fühlte. Ein würdiger Direktor schüttelte bedenklich mit dem Kopf. Und der Geheimrat meinte mit konventionell lächelnder Miene, daß Rudolf lieber über ein anderes Thema, z. B. über seine Reisen, sprechen solle.

Doch Rudolf ließ sich nicht von seinem Vorhaben abbringen. Ich spreche ja gerade über eine Episode, die ich auf der Reise meines Lebens erlebte," tat er die Bemerkung des Geheimrats ab. Er fühlte in sich eine dumpfe Opposition gegen die kristallenen Lüster und gegen die seidenen Vorhänge heraufsteigen. Er lehnte sich gegen die Gesellschaft rings um ihn herum auf, bei welcher der Mensch erst da anfing, wo er imstande war, mit Frack, seidener Binde und Glacéhandschuhen aufzutreten. Ruhig sprach er weiter:

Es war gerade Mittagszeit, als ich im „Familienheim", diesen freundlichen Namen führt das Berliner Obdachlosenasyl, ankam. Nachdem ich im Aufnahmebureau registriert worden war, wurde ich über einen gefängnisartigen Hof hinweg nach einem nebenanliegenden Gebäude geschickt. Dann ging es einige Treppen hoch und verschiedene Korridore entlang zur Essenempfangsstelle. Dort standen ein paar Dutzend Leute in Reih und Glied. Ich schloß mich hinten an. Es wurde mir ein blecherner Napf in die Hand gedrückt. Ich erhielt eine gut riechende Kartoffelsuppe verabreicht. Ein ansehnlicher Würfel Gefrierfleisch wurde noch nachträglich dazugetan. Ein Beamter in weißem Kittel probierte die Suppe. Das Personal arbeitete ruhig, freundlich, lautlos, exakt.

Jetzt wurde ich in einen großen Saal gewiesen, der anscheinend Speiseraum und Tagraum zugleich war. Und hier hatte ich ein Erlebnis, das mich bis ins Mark erschütterte und das ich niemals vergessen werde, selbst wenn ich hundert Jahre alt würde.

An langen Tischen und auf Bänken an den Wänden entlang saß die „Familie". Es waren junge Menschen in zerlumpten Kleidern mit stumpfen Gesichtern. Und es waren alte Menschen in zerlumpten Kleidern mit stumpfen Gesichtern. Eine Resignation, eine Trostlosigkeit, ein Leiden lag in der Luft, das mir die Kehle zuschnürte. Kaum ein Wort wurde gesprochen. Eintönig und monoton klapperten die Löffel der gierigen Esser auf den Blechgeschirren. Und doch hörte ich hundert- und tausendstimmig wie von Fanfaren geschmettert jenes Wort durch den Saal gellen, das der große Tolstoi in die Welt geschleudert haben soll: Warum muß das alles so sein?!

Ein junger Mensch, der mir zur Seite saß, grinste mich blöde an und fragte, warum ich nicht esse. Obwohl mir der Appetit vergangen war, wollte ich meinen Blechnapf leeren, um kein Aufsehen zu erregen. Da entdeckte ich, daß ich keinen Löffel hatte. Ein Wärter, den ich darauf aufmerksam machte, wollte ein Geldpfand haben, das ich nicht bezahlen konnte. Alle meine Ueberredungskünste konnten ihn nicht bewegen, mir einen Löffel ohne Pfand auszuhändigen.

Von einem alten Mann, der mir gegenübersaß, war bemerkt worden, wie ich mich bemühte, mein Essen ohne Löffel mit Hilfe der Finger hinunterzuschlingen. Sein Haar war schlohweiß und hing ihm in klebrigen Strähnen in die Stirn. Sein Gesicht war blatternarbig und unrasiert. Aus dem Mund lief ihm der Speichel und tropfte auf den Tisch. Mit einer Geste unsäglich rührenden Mitleids bot er mir seinen eigenen Löffel an. Um ihn zu säubern, leckte er ihn mit seiner geschwollenen Zunge ab.

Dies war fast mehr, als ich ertragen konnte. Am liebsten wäre ich aufgestanden und davongelaufen. Doch das hätte bestimmt den alten Mann verletzt, der mir einen Dienst hatte erweisen wollen. Dankend nahm ich den dargereichten Löffel in Empfang. Heimlich und verstohlen wischte ich ihn an meinem Taschentuch ab. Und dann hatte ich mich so weit überwunden, daß ich mit dem Löffel des alten Mannes langsam Bissen für Bissen essen konnte. Ich tat es als lebendiges Zeichen dafür, daß ich mich dem Greis als Menschenbruder zugehörig fühlte. Der Name „Familienheim" hatte für mich plötzlich einen Sinn bekommen. Mauern von überkommenen Vorurteilen und Wände selbstischen Dünkels waren in mir zusammengebrochen. Ueber dem Löffel des alten Mannes, meine Damen und Herren, bin ich zum Dichter geworden!"

Eine Viertelstunde später hatten sämtliche Gäste das Haus des Geheimrats verlassen. Die adelige Rittergutsbesitzersehefrau hatte ihr Aufbrechen mit einem Anfall von Kopfweh entschuldigt. Der Direktor erwartete plötzlich in einer halben Stunde einen nächtlichen Telephonanruf. Die übrigen fanden womöglich noch bessere Ausreden. Alle vermieden sie geflissentlich, dem Dichter Rudolf die Hand zu geben, der es gewagt hatte, sie mit den Insassen eines Obdachlosenasyls zu vergleichen.

Als letzter war Rudolf weggegangen. Der Geheimrat aber hatte sich in sein Arbeitszimmer zurückgezogen. Dort saß er in einem Lehnstuhl und hatte die Hände vors Gesicht geschlagen. Wollen wir ihn darüber trauern lassen, daß er einen gesellschaftlichen Mißerfolg gehabt hatte, oder soll er sich daran erinnern, daß er auch einmal zu Berlin in der Fröbelstraße auf der „Familienbank" gesessen hatte?

Schlechte Börsen.

Die Spekulation ist unter sich. – Die Verzinsung ist schlecht und Geld fehlt!

Seit Wochen, ja seit Monaten kommt an der Börse kein richtiges Geschäft mehr auf. Die Jubelstimmung vom Frühjahr ist gründlich verflogen und die Kurse fallen — langsam aber stetig. Immerhin liegen die Kurse zum Teil auch heute noch höher als zu Anfang dieses Jahres, aber das in der folgenden Hausseperiode ganz und gar überspannte Mißverhältnis der Preise für die gehandelten Aktien und der gezahlten Dividende ist durch die letzte Kursentwicklung doch schon ziemlich berichtigt.

Der Abflieg der Kurse.

Wie aus der folgenden Tabelle hervorgeht, ist die Angleichung der Aktienrendite an den inzwischen wieder gestiegenen Landeszinsfuß, der entsprechend dem Reichsbankdiskontsatz mit zirka 7 Proz. anzusehen ist, bei den zwei aufgeführten Bankaktien durch die Börsenbewertung bereits vollzogen. Bei den Industriepapieren geht das aus später zu erörternden Gründen langsamer, aber die Tendenz der Kursanpassung an den wahren Wert der Unternehmungen ist nicht zu verkennen.

	letzte Divid.	31. Dez. 1926	31. März 1927	30. Juni	31. Aug.	25. Nov.	Rendite %
			(in Prozent)				
Deutsche Bank .	10	191	190	166	160	147	6,8
Comm. u. Pr.-Bk.	11	227	208	184	173	150	7,35
Hapag	6	185	150	141	149	130	4,6
Ilse-Bergbau . .	8	269	325	284	261	180	4,45
IG.-Farben . .	10	324	315	289	294	240	4,17
AEG.	7	170	172	187	184	145	4,8
Ver. Glanzstoff .	15	357	600	676	685	500	3,0
Schulth.-Patzenh.	15	300	435	434	419	334	4,5

In der letzten Spalte der Tabelle ist ausgerechnet, wie sich das in den obigen Aktien angelegte Kapital bei den augenblicklichen Kursen verzinst. Dabei ist aber zu beachten, daß die tatsächlich verteilte Dividende und auch der Aktienkurs über den inneren Wert eines Unternehmens zunächst nichts aussagen. Die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften ist ein Kapitel für sich. Andererseits ist für den Erwerb der Aktien vielfach nicht die Rücksicht auf die gezahlte oder zukünftig zu erwartende Dividende maßgebend. Wenn die Industriellen zur Ausdehnung ihres Machtbereichs oder zur Abrundung ihres Effektenbesitzes Aktien anderer Gesellschaften kaufen oder wenn die Spekulation heute Papiere kauft, um sie morgen wieder zu verkaufen, so spielt die Dividende dabei die geringste Rolle. So ist es möglich, daß bei reichlicher Kreditgewährung durch die Banken — und die Börsenspekulation arbeitet in der Hauptsache mit Kredit — die Kurshöhe über die Rentabilitätsgrenze weit hinausgetrieben wird und die Verzinsung unter den allgemeinen Landeszinsfuß sinkt.

Ganz anders ist das Publikum — also die Bankenkundschaft —, das dem Börsenmarkt als Abnehmer zu dauernder Kapitalanlage erst die Grundlage gibt, an der Rentabilität der gekauften oder zu kaufenden Papiere interessiert. In demselben Maße, wie die Rendite zu niedrig wird, bleiben die Anlagekäufe des auf entsprechende Verzinsung reflektierenden Publikums aus, die Nachfrage verringert sich, während das Angebot der auf Realisierung der Gewinne bedachten Effektenbesitzer wächst.

Die augenblickliche Börsensituation

liegt so: Der Anlagekäufer fehlt, das spekulierende Publikum ist durch die bereits erlittenen Börsenverluste vorsichtig geworden und verhält sich abwartend. Die Spekulation ist unter sich und beherrscht den Markt, versucht aus der täglichen Gestaltung von Angebot und Nachfrage Gewinn zu ziehen und beschränkt sich im übrigen darauf, durch Meinungskäufe und Meinungsmache die Kursentwicklung auf kurze Zeit in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Ohne größere Beteiligung des Publikums ist eine nachhaltige Belebung des Börsengeschäftes aber nicht zu erzielen. Wenn die festverzinslichen Papiere eine Rente von 8 Proz. und mehr abwerfen, bietet eine Aktie, die sich mit 3 Proz. und 5 Proz. verzinst, als Daueranlage wenig Kaufreiz. Aber auch die festverzinslichen Wertpapiere finden keinen Absatz. Das ist ein Beweis dafür, daß die augenblickliche Börsenentwicklung im ganzen noch von anderen als nur Rentabilitätsgründen bestimmt ist.

Die Hauptursache liegt in der Geldknappheit.

Einmal bedingt die Konjunkturbelebung für die vermehrte Produktion und zur Bewältigung des gestiegenen Umsatzes die Heranziehung größerer Mittel, die sich viele Unternehmer durch Verkauf ihres Effektenbesitzes verschaffen. Das verstärkte Angebot an der Börse geht zum Teil auf solche Industrieverkäufe zurück. Auf der anderen Seite fehlt es an Geld, dieses vermehrte Angebot aufzunehmen. Die Kapitalbildung konnte mit dem steigenden Geldbedarf für die Konjunktur nicht Schritt halten; das Auffüllen der so entstandenen Kapitallücke durch die Aufnahme von Auslandsanleihen wird aber immer mehr erschwert. Daher stammt die Kapitalknappheit, die naturgemäß auf die Börse übergreift und die den Zinssatz nach oben treibt. Das Steigen der Zinssätze zieht aber wieder fallende Börsenkurse nach sich, da die natürliche Tendenz der Kursentwicklung auf Angleichung des Kursniveaus an den Landeszinsfuß gerichtet ist.

F. D.

Das schweigsame statistische Amt.

Was sagt der Reichswirtschaftsminister?

Wir haben am vergangenen Mittwoch darauf hingewiesen, daß das Statistische Reichsamt im letzten Heft von „Wirtschaft und Statistik" in einer dem Ansehen und der Objektivität des Amtes widersprechenden Weise gegen die Betätigung der öffentlichen Hand und über die wirtschaftliche Bedeutung der öffentlichen Unternehmungen sich geäußert hat. Wir hätten es begrüßt, wenn das Statistische Reichsamt die Gelegenheit ergriffen hätte, sein sachlich unbegründetes und in der politischen Wirkung tendenziöses Vorurteil zu revidieren und damit zum Ausdruck zu bringen, daß ihm Objektivität und Zurückhaltung von einseitigen, nur den Auffassungen der Privatwirtschaft Rechnung tragenden Urteilen eine Selbstverständlichkeit sind. Diese Erklärung ist bisher noch nicht erfolgt.

Es ist kein Zweifel darüber, daß diese einseitige Stellungnahme gegen die öffentliche Wirtschaft nicht nur von erheblicher innenpolitischer, sondern im gegenwärtigen Augenblick auch von einer ganz besonderen außenpolitischen Bedeutung ist. Dieser Tatsache muß sich auch das Statistische Reichsamt bewußt sein. Wir müssen heute fragen, ob sich der Präsident des Reichsamts, bzw. seine Beamten für befugt halten, durch einseitige Kommentare Wirtschaftspolitik zu treiben? Wir müssen den Herrn Reichswirtschaftsminister ferner fragen, ob es ihm erwünscht sein kann, daß das öffentliche Vertrauen in Deutschland in die amtliche Statistik des Reiches durch derartige Einseitigkeiten erschüttert werden darf?

Wir hatten leider schon vielfach Gelegenheit, auf derartige gefährliche Unzulänglichkeiten der amtlichen statistischen Reichsbehörden hinzuweisen, ohne daß es möglich scheint, daß das Statistische Reichsamt derartige Entgleisungen selbst verhindert. So wie bisher kann es nicht weitergehen. Und es ist erforderlich, daß sich die kompetenten Stellen der Reichsregierung und eventuell auch der Reichstag um die Dinge kümmern.

Sechster deutscher Bauhüttentag.

Der Aufschwung der sozialen Baubetriebe Berlins.

Vom 27. bis 29. November findet in Berlin der sechste deutsche Bauhüttentag statt. Die Tagung wird am Sonntag nachmittag, 16 Uhr, im Plenarsaal des vorläufigen Reichswirtschaftsrates eröffnet. Nach einer Begrüßungsansprache des Genossen Paeplow, dem Vorsitzenden des Aufsichtsrates des Verbandes sozialer Baubetriebe, dem alten Führer der deutschen Bauarbeiter und dem Vorsitzenden der Bauarbeiterinternationale, wird Reichswirtschaftsminister a. D., Genosse Robert Schmidt, einen Vortrag halten über den Kampf der kapitalistischen Interessenverbände gegen die Gemeinwirtschaft. Am Abend um 19 Uhr vereinigen sich die Teilnehmer der Tagung im großen Festsaal des Berliner Gewerkschaftshauses in einer geselligen Zusammenkunft, an der der Junge Chor, der Sprech- und Bewegungschor der Berliner Volksbühne und bedeutende künstlerische Kräfte mitwirken werden.

Bei dieser Gelegenheit sei auch auf den bedeutenden Aufstieg hingewiesen, den die sozialen Baubetriebe im Bezirk Berlin nach den jetzt gedruckt vorliegenden Berichten im Jahre 1926 zu verzeichnen hatten. Während die Zahl der Unternehmungen gegenüber dem Vorjahre sich im wesentlichen gleich geblieben ist, hat sich die Zahl der Beschäftigten, die Größe der Leistungen außerordentlich erhöht. Die Beschäftigung lag während des Jahres 1926 im Durchschnitt um 50 Proz. höher als im Vorjahr, so daß auch das letzte Jahr zeigt, wie die sozialen Baubetriebe einen ständig wachsenden Anteil an der allgemeinen Bauwirtschaft erringen. In beiden Jahren lagen die niedrigsten Beschäftigungsziffern im Bezirk Berlin im Monat Januar. Aber sie ist im Jahre 1926 von 1586 auf 1934 Personen gestiegen. Die Höchstbeschäftigungsziffer lag 1925 mit 2735 Personen im August, sie hat sich im Jahre 1926 für Oktober auf 4192 Personen erhöht. Auch der Gesamtumsatz wurde im Jahre 1926 um 50 Proz. gesteigert und hat rund 24 Millionen Mark erreicht. Dabei ist der Anteil der gemeinnützigen Unternehmungen (Bau- und Siedlungsgenossenschaften, Konsumvereine, Gewerkschaften) am Gesamtumsatz von etwa 75 auf rund 85 Proz. gestiegen. Zwar sind die Ueberschüsse im ganzen niedriger als im vorigen Jahr. Aber die Anlagewerte sind um 45 Proz. von 1,26 Millionen auf 1,84 Millionen, die Betriebswerte um 50 Proz. von 5,59 Millionen auf 8,43 Millionen erhöht.

Die Bauhütte Berlin, Baugesellschaft m. b. H., und die Deutsche Bauhütte G. m. b. H., Berlin, schauen als größte Unternehmungen des Bezirks auf einen bedeutsamen Aufstieg zurück. Die Höchstzahl der Beschäftigten ist bei der Bauhütte Berlin von 608 auf 782 Personen, der Jahresumsatz von 3,8 Millionen auf 5,15 Millionen, die produktive Lohnsumme von 1,3 Millionen auf 1,7 Millionen gestiegen. 581 Wohnungen wurden im Jahre 1926 fertiggestellt. Die größten Bauaufträge liegen vor für das Baugelände Kurfürstendamm, Lehniner Platz, in der Siedlung Eichkamp und in Neukölln. Die Deutsche Bauhütte G. m. b. H. steigerte die Höchstzahl der Beschäftigten von 918 auf 1314 Personen, den Jahresumsatz von 3,4 Millionen auf 6,3 Millionen, die produktive Lohnsumme von 0,97 Millionen auf 1,65 Millionen. 1028 Wohnungen wurden 1926 fertiggestellt. Die bemerkenswertesten Bauaufträge liegen in den Großsiedlungen Berlin-Britz und Berlin-Zehlendorf.

Der sechste deutsche Bauhüttentag wird eine große Menge ernster kaufmännischer und organisatorischer Fragen zu besprechen haben. Seine Verhandlungen können aber von der Zuversicht getragen sein, daß der große Aufschwung, den die sozialen Baubetriebe Deutschlands bisher genommen haben, auch in der Zukunft fortdauern wird.

Aktuelle Wirtschaftsstudien.

Neue Veröffentlichungen des Instituts für Konjunkturforschung.

Das soeben veröffentlichte zweite Ergänzungsheft des Instituts für Konjunkturforschung für das Jahr 1927 enthält drei Untersuchungen, von denen man erfreulicherweise sagen kann, daß sie nicht nur hochaktuelle und wirtschaftspolitisch wichtige Gegenstände behandeln, sondern auch zu fruchtbaren Ergebnissen führen.

Universitätsprofessor Dr. Lederer behandelt die Frage „Monopole und Konjunktur". Er untersucht den wichtigen Zusammenhang zwischen einer sich ausbreitenden Monopolpolitik und dem Konjunkturverlauf einer Volkswirtschaft: Die Wirkungen der verschiedenen Maßnahmen der Monopolpolitik, der Preisregulierung und der Produktionsbeschränkung auf den Zirkulationsprozeß und umgekehrt die Wirkungsmöglichkeiten auf die Politik der Monopole, die durch den Wechsel der Konjunktur bedingt sind.

Eine Arbeit besonders eigenartiger und mutiger Prägung gibt Staatssekretär a. D. Professor Dr. Hirsch in seinem Versuch eines Versuches, methodisch und zahlenmäßig den Umfang des nationalen Betriebskapitals zu bestimmen. Er geht dabei von der sehr kühnen, aber bald außerordentlich plausiblen Theorie aus, daß die Größe des Betriebskapitals in einer Volkswirtschaft gleich den vorhandenen Warenvorräten zuzüglich der Deckungsmittel für die Währung ist. In sorgfältigen Untersuchungen kommt er zu einer Schätzung der gesamten deutschen Warenvorräte von rund 30 Milliarden Mark für das Jahr 1926 und untersucht dann weiter die Bedeutung der Vorratsveränderung für die Konjunktur.

Eine dritte Arbeit beschäftigt sich mit den Saisonschwankungen in den Umsätzen der Warenhäuser, die für die Beurteilung der konjunkturellen Bewegung der Marktnachfrage der letzten Konsumenten von besonderer Bedeutung ist. Es zeigt sich, daß für die Bekleidung die Monate März bis Mai und die Monate Oktober bis Dezember die zwei Hauptperioden für die Eindeckung der Konsumenten sind, während beim Hausrat der Hauptumsatz im Weihnachtsmonat liegt, und für Nahrungs- und Genußmittel sich Umsatzsteigerungen vor allem vor dem Oster- und Weihnachtsfest ergeben. Das zeigt sich auch besonders bei den Warenhäusern, für die die Frage untersucht ist, inwieweit die Vielseitigkeit ihrer Geschäfte einen Ausgleich der hauptsächlichsten Konsumschwankungen ermöglicht.

Auf die für die allgemeine Wirtschaftspolitik besonders wichtigen Arbeiten von Prof. Lederer und Prof. Hirsch werden wir noch ausführlich zurückkommen.

Sanierung nach großen Verlusten.

Der Bamag-Berlin ist die industrielle Ausdehnung schlecht bekommen.

Die Berlin-Anhalter Maschinenfabrik in Berlin-Moabit, kurz Bamag genannt, gehörte vor dem Kriege zu den rentabelsten Gesellschaften in der Maschinenindustrie. Auch die Inflation hatte das Unternehmen verhältnismäßig gut überstanden. Im Jahre 1924 erfolgte die überraschende Fusion mit der Meguin A.-G. in Oberbutzbach-Hessen.

Nach der Fusion änderte sich das Krisenverhältnis innerhalb der neuen Bamag-Meguin A.-G. sehr schnell. Die Meguin-Betriebe, hinter denen übrigens der Saargewaltige Röchling stand, waren während der Inflation ohne jede Berechnung der Absatzmöglichkeiten errichtet worden, und so mußten schon 1925 die hessischen Hauptwerke in Butzbach, die besonders für Bergwerksanlagen und Kokereiausbauten tätig waren, stillgelegt werden. Aehnlich erging es den Gleiwitzer Betrieben. Damit nicht genug, hatten die früheren Meguin-Werke noch eine Anzahl großer Aufträge auszuführen, die schwere Verluste auf Grund falscher Kalkulationen ergaben.

Mit diesen Stillegungen und den Verlusten bei der Abwicklung der alten Aufträge wurden nun naturgemäß die alten, verhältnismäßig günstig arbeitenden Bamag-Betriebe in Berlin-Moabit, Dessau und Köln belastet. Die Folgen waren natürlich ein starkes Anwachsen der Schulden und hohe Verluste, die jetzt eine Sanierung des Unternehmens erfordern.

Wie bekannt wird, sieht der Sanierungsplan eine Zusammenlegung des Aktienkapitals von 16,0 auf 5,3 Millionen Mark und zur Beschaffung neuer Mittel eine Wiedererhöhung auf 12,0 Millionen Mark vor. Mit den 6,6 Millionen Mark neuer Gelder soll zunächst ein Teil der etwa 8 Millionen Bankschulden getilgt werden, während die über 10 Millionen Mark Buchgewinne aus der Kapitalzusammenlegung für Abschreibungen auf die Anlagen verwendet werden. Außerdem sind zurzeit noch etwa 12 Millionen Mark Warenschulden vorhanden, dagegen ist die Höhe der Forderungen, die in der letzten Bilanz am 30. Juni 1926 7,3 Millionen Mark betrug, nicht bekannt.

Der augenblickliche Beschäftigungsstand des Unternehmens ist ausgezeichnet, da durch die Bergbaukonjunktur dem Unternehmen große Aufträge zum Ausbau von Kokereien und Bergwerksanlagen zugefallen sind. Auch die Entwicklung der Gruppen- und Ferngasversorgung wirkt sich bereits in Aufträgen von Kommunen und anderen öffentlichen Körperschaften aus. Insgesamt wird der vorliegende Auftragsbestand auf rund 40 Millionen Mark beziffert, was einem zweieinhalbfachen Umschlag des bisherigen Aktienkapitals entspricht.

An und für sich stehen also die Bamag-Betriebe auf durchaus gesunder Grundlage, die durch die neuen Entwicklungsmöglichkeiten in der Gaswirtschaft noch befestigt wird.

Teuerung auch für Gefrierfleisch. Nach dem Preisbericht des Fachausschusses für Fleischversorgung betrug der Kleinhandelspreis für gefrorenes Rindfleisch in 13 preußischen Städten für ein Kilo im Monat Oktober 1,46 M. gegen 1,44 M. im September und 1,42 M. im August. Die Preise für Frischfleisch sind vergleichsweise nicht in demselben Maße gestiegen, so daß sich die Preislage zuungunsten des Gefrierfleisches verschlechterte. Die Differenz zwischen Frisch- und Gefrierfleischpreisen ist im Oktober auf 41 Proz. gesunken gegen 42 Proz. in den Monaten September und August. Auch das Fleisch der kleinen Leute ist also wieder verteuert worden. Hoffentlich wird aus den noch laufenden Erhebungen der Enquetekommission bald erkennbar, in wie überflüssigerweise der Großhandel zu diesen unnötigen Verteuerungen beiträgt, und es ist nur zu hoffen, daß die neuerdings verschärfte örtliche Preiskontrolle der weiteren Steigerung der Gefrierfleischpreise entgegenwirkt.

Das neue Filmkontingent. Wie wir erfahren, hat der Reichskommissar für Aus- und Einfuhrbewilligung die neuen Richtlinien für die Einfuhr belichteter Kinofilme, welche für die Zeit vom 1. Januar 1928 bis 30. Juni 1929 Geltung haben, nunmehr bekanntgegeben. Danach werden für diese Periode 260 Berechtigungsscheine für ausländische Filme erteilt. Die Berechtigungsscheine werden wie bisher den Verleihern gegeben; sie sind nicht übertragbar. Die Verteilung an die Verleiher erfolgt in dem Verhältnis, in dem eine jede Verleihfirma deutsche in den Jahren 1926 und 1927 zensierte kompensationsberechtigte Spielfilme erstmalig zum Verleih gebracht hat. Für ausländische Lustspiele und Groteske sowie für ausländische Lehr- und Kulturfilme bleiben die alten Bestimmungen in Kraft; Uebergangsbestimmungen tragen in weitgehendem Umfange dafür Sorge, daß aus der Neuregelung unnötige Härten nicht entstehen.

Die Holzlieferungen Polens an Deutschland waren durch den jetzt abzubauenden deutsch-polnischen Zollkrieg zwar wesentlich eingeschränkt, aber doch infolge der guten deutschen Konjunktur und der günstigen Frachtlage Polens ziemlich beträchtlich. Das nach den letzten Verhandlungen geschlossene Holzabkommen sieht für polnisches Schnittholz ein Kontingent von 1¼ Millionen Kubikmeter vor. Da in den ersten neun Monaten dieses Jahres die polnische Schnittholzeinfuhr nur rund 2,08 Millionen Doppelzentner, d. h. nicht mehr als 300 000 Kubikmeter betrug, wird die polnische Holzeinfuhr sehr bedeutend steigen. Die Gegenleistung für dieses Kontingent wird bekanntlich in Erleichterungen für die deutsche Maschinen- und Fertigwareneinfuhr bestehen. Der Anteil Polens an der ausländischen Holzbelieferung Deutschlands war gegenüber dem Vorjahr von 44 auf 54 Proz. gestiegen bei unbearbeiteten Hölzern, von 18 auf 27 Proz. bei längs beschlagenen Hölzern und von 60 auf 80 Proz. bei Eisenbahnschwellen. Dagegen hatte sich der polnische Anteil an der ausländischen Schnittholzeinfuhr nach Deutschland gegenüber dem Vorjahr von 20 auf 14 Proz. verringert.

Rußland will Inlandsanleihen im Ausland verkaufen. In der bürgerlichen Presse sind große Inserate der Russischen Staatsbank erschienen, in denen die Ausfuhr russischer Inlandsanleihen propagiert wird. Offenbar sucht Rußland seinen noch immer fortdauernden großen Kapitalverlegenheiten und den Schwierigkeiten, die Rußland bei der Aufnahme von Inlandsanleihen findet, durch die Gewinnung von Anleihezeichnern im Auslande zu begegnen. Es wird mitgeteilt, daß russische Inlandsanleihen ausgeführt werden dürfen, wenn die Bezahlung des Gegenwerts in ausländischer Währung, d. h. in Valuta, erfolgt. Den Anleihezeichnern wird versprochen, daß die Bezahlung der Zinsen und der Tilgungsraten ebenfalls in ausländischer Währung erfolgen wird. Dabei sollen offenbar die Einzahlungen bei dem Ankauf der russischen Anleihen nach der Goldparität der Tscherwonezwährung erfolgen. Für Rußland hätte das den großen Vorteil, einen erheblich größeren Erlös aus der Anleihen hereinzubekommen, als dies in Rußland selbst möglich wäre, weil die Tscherwonezwährung in Rußland außerordentlich stark entwertet ist.

Diskontermäßigung in Finnland. Wie aus Helsingfors gemeldet wird, hat die Bank von Finnland den Diskontsatz von 6½ auf 6 Proz. ermäßigt.

ARABERFORMAT
REEMTSMA
OVA
Die 22 Tabaksorten
XANTHI-OVA
XANTHI-YAKA
XANTHI
ZICHNA
MAHALLA
CAVALLA
PRAVISTA
SERRES-DOVISTA
SERRES-SARMUSAKLI
DUBNITZA
KUSCHUKAVAK
DJOUMA
AYASOLUK
LYGDA
AK-HISAR
SAMSUN-BAFFRA
ALATSHAM
ERBA'A
HENDEK
KIRLIKOVA
PURSUTSCHAN
DRAMA-BASMA
Das Rezept der Cigarette
REEMTSMA
OVA
Araberformat
5 Pf.

CREPE-SOHLEN

NICHT KAPUTT ZU KRIEGEN

billig, weil sie länger halten als das Schuhzeug

chic, weil jede Art Schuhzeug mit Crepe-Sohlen eigenartig und flott wirkt

gesund, weil die Crepe-Sohlen wasserdicht und warm sind

angenehm, weil sie einen elastischen Gang ohne Ermüdung bewirken und, weil der Fuß keine Unebenheiten und Steinchen durch die Sohle fühlt

praktisch, weil die Sohlen mit Leichtigkeit unter jede Art Schuhzeug zu kleben sind und

modern, weil jeder fortschrittlich veranlagte Mensch die Crepe-Sohlen trägt und sie nie wieder missen möchte

Durch Crepe-Sohlen zu Höchstleistungen im Sport

Seid sparsam und klug, verlangt nur die echten auf der Plantage selbst fertig hergestellten

ORIGINAL-CREPE-SOHLEN

RUBBER GROWERS' ASSOCIATION, 2,3,4, IDOL LANE LONDON EC. 3.

MERCEDES

Heute Eröffnung

Wilmersdorferstr. 54a

Ein Harold-Lloyd-Corp.-Film der Paramount im Verleih der Parufamet

Regie: SAM TAYLOR

Wochentags 5 7 9¹⁵ Sonntags 5 7 9¹⁵

Ufa-Palast am Zoo

Vorverk. bei A. Wertheim u. von 12-2 Uhr im Ufapalast am Zoo

Theater, Lichtspiele usw.

Sonnab., 26.11.27 — **Staats-Oper** Am Pl. d. Republ. 7½ Uhr — **Troubadour**

Sonnab., 26.11.27 — **Städtische Oper** Bismarckstr. Abo.-Tausch I Anf. 6½ — **Lohengrin**

Staatl. Schauspielh. Am Gendarmenmarkt Anf. 8 Uhr: **Der Kaufmann von Venedig**

Staatl. Schillerth. Charlottenburg 8 Uhr **Weh dem der lügt**

Volksbühne

Theater am Bülowplatz 8 Uhr: **Hinkemann**

Th. am Schiffbauerdamm 8 Uhr **Schieber des Ruhms**

CASINO-THEATER 8 Uhr: Lothringer Str. 47

Neu! **Klein-Kleckersdorf!** Neu!

Ausschneiden! Gutschein 1—4 Pers. Fauteuil nur 1,10 M., Sessel nur 1,60 M.

8 UHR **SCALA**

GROCK

und weitere 9 internat. Varietéstars

Sonnabends u. Sonntags je 2 Vorstellungen

3⁰⁰ u. 8 Uhr — 3⁰⁰ zu ermäßigten Preisen das ganze Programm.

Deutsches Theater Norden 10334—37 8 U. Ende 11 U. Dorothea Angermann v. Gerh. Hauptmann Regie: Max Reinhardt

Kammerspiele Norden 10334—37 7½ Uhr Ende nach 10 Uhr. **„Maya"** Schauspiel von Simon Gantillon Regie: Gaston Baty Dienstag, d. 29. Nov. Zum 1. Male 7½ Uhr **Broux-Expreß** Regiebuch von Louis Drewe Regie: Heinz Hilpert

Die Komödie Bismarck 2414/7516 8½ U., Ende nach 10 **Die Ehe von Welt** Komödie von Noël Coward. Regie: Fritz Lantinger

Piscatorbühne Theat. a. Nollendorfplatz Kurfürst 2091/93 Anf. 8, Ende nach 11 Rasputin, die Romanows, der Krieg und das Volk, das gegen sie aufstand von Alexey Tolstoi und Schtschegolew inszen. Erwin Piscator

Neues Theater am Zoo Täglich 8 Uhr **Die Hotelratte** Operette v. Bromme Julius Hardy, Paul Heidemann

Theater des Westens Täglich 8½ Uhr: **Frasquita** Operette von Lehár Kammersänger Tarn Jadlowker a. G., Martha Sarah Schnitzer, Steppanek und Genossen

Großes Schauspielhaus. Tägl. 8 U. Ende 11 U. **DER MIKADO** Die neue CHARELL-Inszenierung mit Max Pallenberg, Rita Georg, Bendow, Jankuhn, Szöke Szakall, Werkmeister, Westermeier, Jackson Boys, Sunshine Girls. Ausst. Prof. Stern. Dirig. Dr. Römer. Sonntag nachmitt. 3 Uhr Werner Krauß in Gretchen. Kleine Preise. Vorverkauf 10—6 Uhr

Residenz-Theater Tägl. 8½ Uhr: **Sumpf** Sittendrama i. 3 Akt. Sonnab. u. Stg. 4 Uhr **Dornröschen** Jedes Kind erhält ein Geschenk

Rose-Theater 4 Uhr: Dornröschen 8½ Uhr Einer von unsere Leut.

Theater am Kottbusser Tor Kottbusser Straße 6. Täglich 8 U. u. Sonntagnchm. 3 U. **Elite-Sänger** im großen Novemberprogramm Volkspreise von 50 Pf. bis 2,50 M. Sonntagnachmittag: Große Familien-Vorstellung Volles Progr. Kl. Preise v. 40 Pf. b. 1,75 M.

Thalia-Theater Täglich 8 Uhr **Der rote Hahn**

Reichshallen-Theater Abds. 8 U. u. Sonnt. nachm. 3 U. **Stettiner Sänger** „Eine Hochzeit in de Müllerstraße" nachm. halbe Preise, volles Programm.

Dönhoff-Brett'l: Täglich: Varieté, Tanz-Kabarett.

Komödienhaus Norden 6304. 8.15—10.45 Uhr **Hokuspokus** von Curt Götz

Berliner Theater Dönhoff 170. 8.15—10.15 Uhr Letzte Aufführungen! bis 2. Nov. Der Geisterzug

8 Komische Oper 8 Neuartiges Revue-Stück **Alles Nackt!** (Nach d. gleichn. Paris. Revue „Tout nu"). 200 Mitwirkende! Original-Pariser Kostüme. Sonnt. 3½ Uhr: Vollständige Vorstellg. zu kleinen Preisen. Jeder Erwachs. 1 Kind frei. Parkett 3,50 Mk. Theaterkasse ununterbr. geöffn.

Trianon-Th. Tägl. 8¼ Uhr: Gastspiel Erika Glässner in **Gretchen** Für Jugendliche nicht zugelassen. Sonntag nchm. 4 U. Max u. Moritz u. Kasperle-Theater

Salzburg-Bühne Ots. Künstler-Th. 8½ Uhr **Chicago** Lessing-Theater 8 Uhr **Schinderhannes**

Walhalla-Theat. Täglich 8¼ Uhr: **Am Rüdesheimer Schloß steht eine Linde** Parkett statt 4 Mk. tägl. auch Sonntags nur 60 Pf. Sonnab. nchm. 4 Uhr Zauberkünstler Cumberland Hierauf: Aschenbrödel Parkett v. 30 Pf. an.

Lustspielhaus 8¼ Uhr **„Zaza"** Neueinstudierung

Der Circus der 100 Löwen der Circus des Volkes! Circus Kapitän Schneider spielt jetzt in Moabit, **Wallenweberstraße, Ecke Hansaufer** 2 Minuten vom Stadtbhf. Tiergarten! Nur noch wenige Tage! Täglich 8 Uhr, Mittwoch 3 nachmittags, Sonntag nach 3 Uhr. Tierschau, Nachtfütterung ab 10 vorm.

8 Uhr **Winter-Variete Garten** Rauchen gestattet. Stg. nchm. 3⁰⁰ U.: Ermäßigte Pr.

Theater in der Kommandantenstr. 8 Uhr: Der große Erfolg! **Schön sehn wir aus!** m. Henry Bender Dönhoff 5083

Th. im Admiralspalast Täglich 8¼ Uhr **HALLER-REVUE „Wann und wo!"** 2 Sonntag Vorstellung. 3 Uhr u. 8¼ Uhr Nachm. die ganze Vorstellung zu halb. Preis. Heute nachm. 3½ U.: Märchen-Revue „Aschenbrödel" Kl. Preise 1—8 M. Stg. 11½ U. Vorm **Funk-Konz.** d. Jazz-Sinf.-Orch. der Haller-Revue Dir. Hans Schindler u. d. Godwin-Band **Alfred Braun** persönl. anwesend sagt d. Progr. an. Preise 50 Pf.—2 M.

Planetarium am Zoo Fernspr. Jusbimsthaler Straße Nollendorf 1878 Der Sternenhimmel auf der Reise von Berlin nach dem Aequator Vorführungen: 4½, 6, 7½, 9 Uhr. Eintritt 1 M. Kinder unt. 15 Jahren 0,50 M.

Prima geschlachtete junge, prachtvolle **Gänse 1.10** einzelg. Geschmack 9 bis 14 Pfd. schwer, **Wegner, Berlin SO** Mariannenstraße 34 im Gänsekeller.

Am Dienstag, dem 22. November, verstarb plötzlich, mitten aus der Arbeit für das Allgemeinwohl heraus, unser lieber Genosse und Bezirksleiter

Alwin Klawitter

Wir beklagen in ihm einen lieben Freund, der durch sein lauteres, stets hilfsbereites Wesen uns unvergeßlich sein wird.

Wir werden in seinem Sinne weiterarbeiten.

3. Bezirk, 77. Abteilung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Montag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr, in der Schulaula, Badstraße 22

Branchenversammlung aller in der Geldschrankindustrie beschäftigten Kollegen.

Tagesordnung: 1. Bericht über die Arbeitsverhältnisse in der Branche 2. Diskussion 3. Verschiedenes.

Es ist Pflicht sämtlicher Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen.

Achtung! Karosseriearbeiter Achtung!

Montag, den 28. November, nachmittags 5 Uhr, im Verbandshause, Linienstraße 83/85

Vollversammlung.

Tagesordnung: 1. Stellungnahme zu unserer Lohnforderung 2. Diskussion.

Die Ortsverwaltung.

Metropol-Th. Tägl. 8½ Uhr **Paganini** Operette von Franz Lehár. Julius, Edward Lichtenstein, Lucie Rimarowa, Hella Kürty, Arthur Hell u. a.

10 Pf. Quittungs-, Rabatt- u. Reklamemarken gegen Nachahmung gesetzl. geschützt. Fertigstellt 45 Jahre als Spezialität **Conrad Müller** Leipzig-Schkeuditz

Wunder Kinderspiegel GARANTIE 100 MARK

MASS- Anzüge, Paletots, Mäntel aus in deutschen u. engl. Stoffen von 125.— an, unter Garantie für tadellosen Sitz und Verarbeitung. Auf Wunsch Zahlungserleichterung **MODENHAUS MÜLLERSTR. 141** U-Bahn Seestraße